ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 25

Juni / September 1995
2,50 DM

Aktionen zum Tag der Befreiung in Kiel

RCDS unterstützt rechten 8. Mai-Aufruf

"Bund für Gotterkenntnis" scheitert mit Schulungszentrum

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

das Erscheinen der letzten **ATZE** liegt schon etwas zurück; eine gelungene Party am 30. April (*Tanz in den Mai*) und die Arbeit an einer inzwischen erschienenen Broschüre haben mehr Zeit als ursprünglich veranschlagt benötigt. Wir hoffen auf Euer Verständnis.

Das gemeinsam mit der dänischen Antifa-Gruppe DEMOS herausgegebene Heft *Versorgungslinie Nord* stellt ausführlich die Geschichte und Gegenwart der Verbindungen von deutschen und dänischen Neonazis dar. Daß das Thema weiterhin aktuell ist, hat der Aufmarsch von Nazis aus verschiedenen Ländern am Pfingstmontag nördlich von Kopenhagen gezeigt; neben dänischen, schwedischen und norwegischen Nazis waren daran auch deutsche Faschisten beteiligt.

Angesichts der engen internationalen Zusammenarbeit der Nazi-Szene gewinnt der Gedanken- und Informationsaustausch von AntifaschistInnen aus verschiedenen Ländern an Bedeutung. Im Februar organisierte die ATZE daher gemeinsam mit anderen Antifa-Zeitungen eine Vortragsreise von Antifaschisten aus den USA; in Kiel wurden neben einer gut besuchten Veranstaltung auch Bauernhöfe besucht (vgl. Bericht in dieser ATZE). Wenige Wochen später fand in Oklahoma ein von rechtsextremen Milizen verübter Anschlag statt, dem weit über hundert Menschen zum Opfer fielen. Einen ausführlichen Bericht zu den Milizen findet ihr im hinteren Teil des Heftes.

Ein Erfolg antifaschistischer Mobilisierung läßt sich aus der Gemeinde Bargstedt vermelden. Dort hatte der antisemitische *Bund für Gotterkenntnis* (Ludendorffer) versucht, eine alte Schule als Tagungszentrum zu nutzen. Eine rasch gegründete BürgerInneninitiative konnte diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung machen. In einem umfangreichen Sonderbericht stellen wir Geschichte, Ideologie und die schleswig-holsteinischen Stützpunkte dieser Organisation dar, deren Wurzeln bis in die Weimarer Republik zurückreichen.

Schließlich möchten wir Euch noch auf den Schwerpunkt zum 8. Mai hinweisen, zu dem mehrere Berichte am Anfang des Heftes zu finden sind.

Die **ATZE**-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung
Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 700
Nr. 25, Juni / September 1995
V.i.S.d.P.: W. Petersen

Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20

Inhaltsverzeichnis

50 Jahre Befreiung vom Faschismus

Neofaschistische Aktivitäten im Norden

Kurdistan - Solidarität

Rassismus

Sonstiges

Korrekturen

In der letzten ATZE sind uns in zwei Artikeln Fehler unterlaufen, die wir im folgenden berichtigen:

1) Im Artikel "Auschwitzleugner an der CAU" wurde dem Universitätsdozenten Dr. Hundrieser ein falscher Vorname zugeordnet. Er heißt nicht - wie angegeben - Michael, sondern Bernd.

2) Auf Seite 5 der ATZE 24 berichteten wir über den DLVH-Parteitag in Steinburg. Die Teilnahme von Achim Lege, Jörn Lembke und Thomas Schröder kann nicht bestätigt werden.

Mai 1945 - Mai 1995:

Aktionen zum "Tag der Befreiung" in Kiel

Nachdem Mitte März der Versuch gescheitert war, ein von vielen Kieler Gruppen getragenes Bündnis zum 8. Mai auf die Beine zu stellen, fanden sich in der Folge noch sieben Gruppen, die zumindest partiell zusammenarbeiten wollten. Als gemeinsame tragfähige Aktion wurde ein "Gedenkzug in Erinnerung an die Häftlinge des KZ am Russee" organisiert. Hinzu kamen zwei Filmveranstaltungen, auf denen der Videofilm "Wiedersehen nach 42 Jahren" (über das KZ Russee) gezeigt wurde, sowie eine Stadtrundfahrt des Arbeitskreis Asche-Prozeß. Zeitdruck und organisatorischer Pragmatismus bestimmten das Bündnis, das vielleicht wegen der Einigung auf eine eher historisch ausgerichtete Aktion Tragfähigkeit bewies.

Während der KZ Russee-Film in der FH Sozialwesen (wahrscheinlich wegen der schlechten Werbung) auf überhaupt keine Resonanz stieß, kamen zur Veranstaltung in die Jugendinformation KURBEL immerhin noch 20 Menschen (darunter zehn aus dem Spektrum der OrganisatorInnen). Wie so häufig gab es im Anschluß keine Diskussion: Sprachlosigkeit, Ruhe haben wollen und "Verdauen müssen" waren die Reaktionen auf den Film.

Die zentrale gemeinsame Aktion des Bündnisses trug den Titel "Spuren suchen, Spuren legen - ein Gedenkzug in Erinnerung an die Häftlinge des KZ am Russee". Dieser Titel war gewählt worden, um zweierlei deutlich zu machen: Zum einen müssen auch 50 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur Spuren zu Kiel im NS-Staat immer wieder neu gesucht/ausgegraben werden, zum anderen sollten auf dem Gedenkzug wiederum Spuren an die Häftlinge am Weg hinterlassen werden. (s.u.)

Trotz schlechter Ankündigung in der Presse kamen am 4. Mai, dem Tag der Befreiung Kiels, ca. 120 bis 150 Teilnehmer/innen zum Mahnmal am Russee, wobei sich das Spektrum auf Angehörige der Antifa-Szene (in der Mehrzahl Jugendliche) und des Umfeldes der Veranstalter/innen reduzierte. Bürgerliche Menschen waren die Ausnahme. Die Anzahl der Teilnehmer/innen steigerte sich aber ungefähr auf 200 Leute, weil sich entsprechend viele Männer in grünen Wagen entschlossen hatten, uns zu begleiten.

Wie widersprüchlich es auch in "unserer" Szene zugeht, machten Ereignisse am Rande klar: Einerseits wurde sich mächtig über die Sportler/innen aufgeregt, die auf dem ehemaligem KZ-Gelände Tennis und Fußball spielten, andererseits hatten einige der Teilnehmer/innen keine Probleme damit leere Bierdosen auf das Gelände zu werfen bzw. den Gedenkstein als Müllhalde zu verwenden...



Der Gedenkzug begann mit einem Redebeitrag über die Geschichte des KZ am Russee, wobei am Ende das Wissen der Kieler Bevölkerung um das Lager hervorgehoben wurde. Etwas überraschend war, daß viele der zumeist jugendlichen Teilnehmer/innen nur wenig hierüber zu wissen schienen und sich damit nicht viel von ihren unpolitischeren Altersgenossen/innen unterschieden.

Im Anschluß zogen alle unter starker Polizeieskorte in die Innenstadt, wobei ein Weg der Häftlinge nachgegangen wurde. Um deutlich zu machen, daß die Kielerinnen und Kieler die Häftlinge jeden Tag zu Gesicht bekamen, wurden auf der Strecke sichtbare Spuren hinterlassen:

An die Teilnehmer/innen waren schwarze Bänder verteilt worden, auf denen die Inschrift zu lesen war: "Weg der Gefangenen des KZ Russee". Diese Bänder konnte jede und jeder an einer beliebigen Stelle an einem Zaun, Laternenpfahl oder eine Ampel festbinden, um an die hier vorbeigezogenen Häftlinge zu erinnern.

Durch diese sichtbaren Spuren markierten die Demonstranten/innen einen der Wege der Häftlinge in die Stadt Kiel.

Während sich alle Teilnehmenden daran hielten, daß aus dem Gedenkzug heraus keine Parolen gebrüllt werden sollten, war einigen Kielern schon das Outfit der Teil-

nehmenden daran hielten, daß aus dem Gedenkzug heraus keine Parolen gerufen werden sollten, war einigen Kielern schon das Outfit der Teilnehmenden Ärgernis genug: In der Saarbrückenstraße kam es zu wütenden Anmachen auf den Gedenkzug ("Ihr solltet mal Arbeiten gehen"). Dies sollte nachher auf dem Rathausmarkt noch eine Rolle spielen.

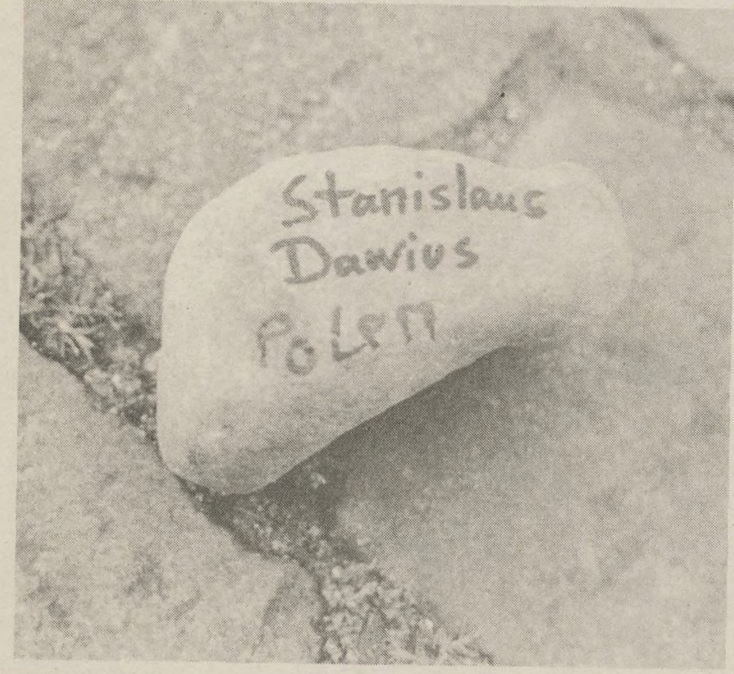
Bei der Zwischenkundgebung auf der Wiese vor dem Hochbunker am Schützenwall ging der Redner auf das Thema "Bunkerbau und Zwangsarbeit in Kiel" ein. Dabei wurde betont, welche wichtige Rolle die Zwangsarbeiter/innen für die Kieler (Rüstungs-) Industrie spielten und welche Firmen davon profitierten. (Vgl. den Beitrag in dieser ATZE)

Abschließend zogen die Teilnehmenden zum Rathausplatz. Eigentlich sollte jetzt die Abschlußkundgebung stattfinden, aber die Polizei wollte es anders: Sie griff sich eine Teilnehmerin heraus und wollte mit dieser wegfahren. Tumult, eine Blockade des Polizeiwagens und die Drohung einer Räumung waren die Folge. Während ein Teil der Polizisten auf Eskalation aus war und am liebsten die Demo eingekesselt hätte, war ein anderer Teil darauf aus, die ganze Sache friedlich zu beenden, um endlich Feierabend machen zu können. Aus Sicht der Teilnehmenden war die ganze Aktion eine ziemliche Provokation und sah danach aus, als ob die Polizei bewußt auf dem Rathausplatz den Gedenkzug im Chaos enden lassen wollte.

(Beim Schreiben dieser Zeilen ist mir noch nicht ganz klar, was eigentlich genau passiert war, so daß das folgende nicht den ganzen Sachverhalt wiedergeben wird: Nach dem Zwischenfall an der Saarbrückenstraße waren einige Antifas losgezogen, um den Pöbelnden die Meinung zu sagen. Was dann passiert ist, ist unklar. Auf jeden Fall hat dann dieser Mensch beim 3. Revier Anzeige gegen eine Frau wegen angeblicher Körperverletzung erstattet und eine Personenbeschreibung gemacht. Von einer Frau sollten dann die Personalien aufgenommen werden und die Polizei hatte nichts besseres zu tun, als dies in obiger Aktion auf dem Rathausmarkt zu versuchen.)



Der *Offene Brief* mit der Forderung nach einer Forschungs- und Gedenkstätte wird an Vertreter der Stadt Kiel übergeben



Einer von 574 Steinen, mit denen der Opfer des KZ Russee gedacht wurde

Nachdem die Frau dann wieder freigelassen worden war, fing die Abschlußkundgebung an:

Eine KAGON-Sprecherin (Autonome Gruppe) hob die gemeinsame Forderung des Bündnisses nach einer Forschungs- und Gedenkstätte "Kiel im Nationalsozialismus" hervor und stellte dies in einen Kontext mit der derzeitigen Politik der Bundesregierung: "Die Forderung nach einer solchen Gedenkstätte hat für uns nicht nur den moralischen Charakter des würdigen Gedenkens der Verfolgten und der Opfer Nazi-Deutschlands, sondern auch politische Komponenten: Da, wo nicht dokumentiert und somit nicht informiert wird, bleibt viel Raum für Spekulationen." Thesen zum Umgang mit der NS-Geschichte in der BRD ("Wenn wir die Entwicklung des Umgangs mit der eigenen deutschen Geschichte in den letzten Jahren verfolgen, können wir nicht nur feststellen, daß der Raum der Unwissenheit und des Nicht-wissenwollens größer geworden ist, sondern auch bewußt für eine Uminterpretation genutzt wird. Aus Tätern werden Opfer gemacht."). Kritik an der "Neuen Wache" in Berlin, der neuen Großmachtrolle Deutschlands und zum Versuch der Umbewertung des 8. Mai im reaktionären Sinne hoben auf den politischen Aspekt der Forderung nach einer Gedenkstätte ab.

Anschließend wurde ein "Offener Brief" an den stellvertretenden Stadtpräsidenten, sowie einen Vertreter der SPD- und der Grünen-Fraktion übergeben. Inhaltlich ging es hierbei um Versäumnisse der Stadt Kiel und um die Aufforderung, endlich die eigenen Beschlüße umzusetzen. (In einer kurzen Diskussion mit den drei Herren wurde aber schnell deutlich, wo die Grenzen sind: Für eine Aufarbeitung der NS-Zeit Kiels waren sie alle, doch Geldmittel würden dafür wahrscheinlich nicht zur Verfügung gestellt. Es bleibt aber abzuwarten, ob es eine weitere Zusammenarbeit in diesem Punkt zwischen Stadt und Bündnis geben wird bzw. diese gewollt ist.)

Anschließend legten die Teilnehmer/innen für jedes der 420 bekannten und 154 unbekannten Opfer des KZ am Russee einen gelben Grabstein (mit Namen und Nationalität bzw. der Aufschrift "Unbekannt") auf den Rathausplatz aus, um so die Opfer aus ihrer Anonymität herauszuheben.

Bleiben nur noch zwei Dinge nachzutragen: Zum einen lagen fast alle Steine schon um 7.00 Uhr am Freitagmorgen nicht mehr auf dem Platz. Zum anderen war die Presse zwar weder anwesend noch hatte sie eine Vorberichterstattung gemacht, dafür aber druckte sie in der Folge kommentarlos die Stellungnahme der Polizei ab. Tenor: Auf einem Gedenkaufmarsch (!) kam es zu Ausschreitungen...

Frank Omland
Arbeitskreis Asche-Prozeß

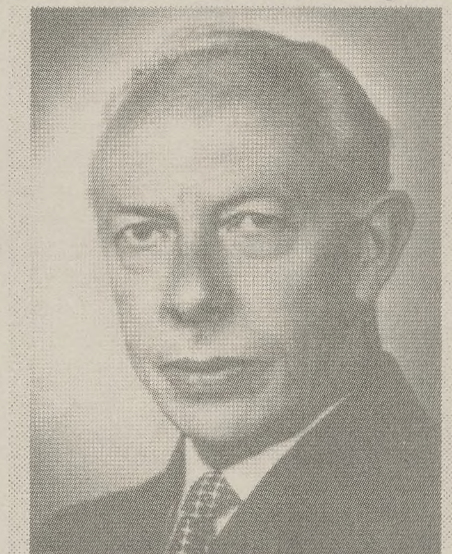
Nazizeit in Kiel - Auf den Spuren der Täter

Wieder einmal hatte der Arbeitskreis Asche-Prozeß *zu einer neuen Stadtrundfahrt eingeladen. Diesmal sollten auf einer Busfahrt anhand von acht Biographien der Werdegang von Tätern und Karrieristen vor, in und nach der Nazidiktatur aufgezeigt werden. Die Tour stieß auf so großes Interesse, daß die Fahrt nochmals wiederholt wurde.*

Bei der Begrüßung grenzte sich der Redner deutlich von dem Versuch der Umbewertung des 8. Mai durch Rechtskonservative ab und ging dann auf die Situation in Kiel ein: "Natürlich war der Tag für viele Kielerinnen und Kieler erstmal das herbeigesehnte Kriegsende, ein Tag der Kapitulation Deutschlands, der ungewissen Zukunft unter Besatzungshoheit und weniger ein Tag der Befreiung: Immerhin hatten bei der RT-Wahl 1933 knapp 69.000 (47,7%) von ihnen die NSDAP und fast 13.000 (8,8%) den rechtskonservativen Bündnispartner Deutsch-Nationale Volkspartei gewählt [...] Der 8. Mai 1945 wurde deshalb wohl von vielen Kielerinnen und Kielern nicht als Befreiung von den Nazis empfunden, war man/frau doch selbst häufig genug Mitläufer, Parteimitglied, Denunziant und so weiter gewesen. [...] Der 8. Mai war das Ende der Nazidiktatur und ein demokratischer Neubeginn gewesen. Aus diesem Grund und aus Solidarität mit den über tausend Opfern unter den nach Kiel verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, den Kriegsgefangenen und den von den Nazis ermordeten Menschen, insbesondere der Jüdinnen und Juden, begreifen wir diesen Tag als einen Tag der Befreiung."

Anschließend fuhr der Bus zur ersten Station: dem ehemaligem Sondergericht am Schützenwall/Ecke Harmsstraße (heute: Landgericht). Hier stand mit dem Staatsanwalt Dr. Thamm ein typischer Karriere-Jurist im Mittelpunkt: Aus Opportunismus 1933 in die NSDAP eingetreten, an 15 Todesurteilen beteiligt und nach 1945 nahtlos weiter Karriere gemacht (Am 15. Juli 1945 wurde Thamm von den Briten zum Staatsanwalt am Landgericht Kiel ernannt, in der Entnazifizierung galt er als entlastet (Gruppe V), stieg bis 1964 zum leitenden Oberstaatsanwalt auf, ging 1969 in den Ruhestand und starb erst vor kurzem).

Zweite Station war die Goethestraße/ Ecke Schrevenpark. Hier, an der Stelle, wo einmal die Synagoge stand, ging es mit dem ehemaligem Kreisleiter der NSDAP (1937-1939) Otto Ziegenbein um einen der politisch Verantwortlichen für die Reichspogromnacht. Es folgten Ausführungen zum Vorgänger im Amt des Kreisleiters und Oberbürgermeister Walter Behrens am Rathausplatz (vgl. Kurzbiographie) sowie zu einem Mediziner der Uni: Professor Holzlöhner (Schloßgarten, ehemaliges Unigelände): Dieser hatte knapp drei Monate lang in Dachau an Menschenversuchen teilgenommen und dann 1945 Selbstmord begannen. (Seine Darstellung nach 1945 war sehr positiv, bis heute gibt es keine Biographie zu ihm.)



Ferdinand Weinhandl, Professor für Philosophie an der Universität Kiel, besonders aktives Mitglied im NS-Dozentenbund

Deutlich anders stellte sich die nächste Biographie für die RundfahrtteilnehmerInnen dar: Es ging um den Gerichtsmediziner Prof. Hallermann. Einem Mann der weder Nazi noch Täter im eigentlichen Sinne gewesen war, dessen gerichtsmedizinische Gutachten aber vor Gericht eine wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Rolle für das Urteil gespielt haben. An dieser Station wurde klar, daß einfache Schwarz/Weiß-Schemata auf viele Menschen im Nationalsozialismus nicht anwendbar sind. Hallermann agierte in jedem Gesellschaftssystem (Weimar, NS, BRD) nach den dort jeweils geltenden (Un-) Rechtsnormen ohne das jeweilige Unrecht bzw. die dortigen Diskriminierungen zu reflektieren. In diesem Kontext war er verantwortlich zu machen.

Mit Fritz Schmidt (Gestapo-Chef ab 1944) und dem Gauleiter Hinrich Lohse bewegten sich die nächsten beiden Beiträge wieder im Bereich der leicht als Täter zu benennenden Männer.

Als eine Art Klammer wurde am Landeshaus auf die mißlungene Entnazifizierung und beginnende Renazifizierung in Schleswig-Holstein eingegangen, ohne allerdings diesmal auf Einzelbeispiele einzugehen. Mit dem aktuellen Thema *Deutsche Liga für Volk und Heimat* schloß ein Kollege von der **Atze** die Stadtrundfahrt ab. Hierbei war auffällig, wie wenige TeilnehmerInnen den Wechsel von der DVU zur DLVH mitbekommen hatten, bzw. wie wenig schon etwas über die DLVH gehört hatten.

Nach 2 1/2 Stunden war der Bus wieder am Wilhelmplatz angelangt und obwohl dies für Touren des AK Asche-Prozeß sehr früh war, haben wir in der zweiten Tour deutliche Textkürzungen vorgenommen und auf Vollständigkeit zugunsten von aufnehmbarer "Kürze" verzichtet.

Frank Omland
Arbeitskreis Asche-Prozeß

Literaturhinweise

AKAP: *Kiel im Nationalsozialismus.* Kiel 1994 // Klaus D. Godau-Schüttke: *Ich habe nur dem Recht gedient... Die 'Renazifizierung' der Schleswig-Holsteinischen Justiz nach 1945.* Baden-Baden 1993 // *Ende und Anfang im Mai 1945. Das Journal zur Wanderausstellung des Landes Schleswig-Holstein.* Kiel 1995 (hier insbesondere zu Lohse) // Detlef Korte: *Erziehung ins Massengrab.* Kiel 1991 // (Zu Hallermann forscht derzeit ein Volkskundler, vielleicht folgen entsprechende Veröffentlichungen).

Bunkerbau und Zwangsarbeit

Mit Beginn des II. Weltkrieges durch den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen wurden überall im Reich Bunkeranlagen gebaut.

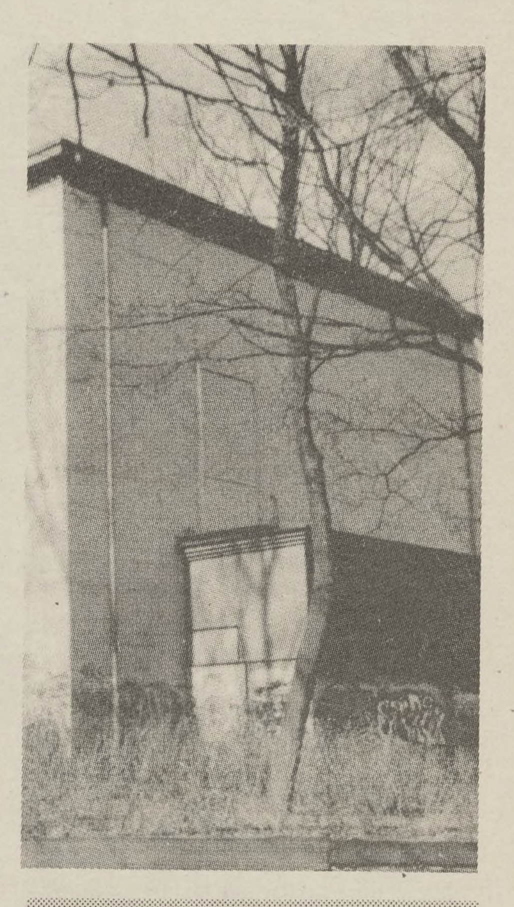
Kiels Zivilbevölkerung konnte im Laufe der Zeit auf 17 Tiefbunker, 18 Luftschutzstollen sowie 28 Hochbunker zurückgreifen. Hinzu kamen 10 Hochbunker für Angehörige der Kriegsmarine sowie weitere Anlagen auf den Werften und in den anderen Fabriken. Ungefähr 70.000 Menschen dürften hier Platz gefunden haben. Dies erklärt auch, warum es in Kiel trotz 90 Bombenangriffen und 633 Luftalarmen "nur" 2.835 Tote gegeben hat. 1.286 dieser Toten waren als Arbeitskräfte nach Deutschland bzw. Kiel zwangsweise verschleppt worden, um hier im Wohnungs- und Barackenbau, bei den Versorgungsbetrieben, in der Landwirtschaft im Kieler Umland, in der Rüstungsindustrie und auch beim Bau von Hochbunkern eingesetzt zu werden.

Anfangs kamen (z.T. noch freiwillig) Dänen und Tschechoslowaken, die im Wohnungsbau eingesetzt waren. Es folgten Polen sowie die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, die in der Rüstungsindustrie arbeiten mußten. 1942 sollen es ca. 10.000 Zwangsarbeiter in Kiel gewesen sein, deren Anzahl sich zum Kriegsende ungefähr verdoppelte. Seit 1941 kamen verstärkt Frauen hinzu, insb. Polinnen und Sowjetrussinnen. Frauen stellten insgesamt ca. 1/6 aller ausländischen Arbeitskräfte.

Natürlich wußte die Kieler Bevölkerung um diese Menschen: Sie waren aus dem Stadtbild und in den Betrieben nicht mehr wegzudenken. (Nach dem Krieg gaben dies auch viele Zeuginnen und Zeugen vor Gericht zu Protokoll, behaupteten aber vielfach, nichts von der schlechten Behandlung dieser Menschen gewußt zu haben.)

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren nicht nur häufig Denunziationen durch Spitzel bzw. den "normalen" deutschen Kollegen ausgesetzt; ihnen drohte auch schnell die Gestapo und es gab zahlreiche Verurteilungen vor dem Kieler Sondergericht (größtenteils wg. geringfügiger Strafdelikte). Hinzu kam ab Mitte 1944 für sie die Drohung mit der sogenannten Arbeitserziehungshaft im KZ am Russee. Zudem wurden sie häufiger Opfer von Bombenangriffen, da ihnen zum Teil der Weg in die Bunkeranlagen verwehrt wurde und es für sie ab 1944 fast unmöglich war, diese aufzusuchen: In der Kieler Bevölkerung hatte es schwere Proteste dagegen gegeben, daß ZwangsarbeiterInnen Bunkerplätze für Deutsche versperrten!

Bevor ich noch zwei holländische Zwangsarbeiter zu Wort kommen lassen will, sollen hier noch einige der Firmen genannt werden, die von der Zwangsarbeit profitierten. Keine dieser Firmen hat meines Wissens je Entschädigung an die Opfer gezahlt: Bohn und Kähler (Antriebsmotoren), Deutsche Reichsbahn, Deutsche Werke (Werft), Elektro-Akustic (Elektronik für U-Boote), Wäscherei Greve und andere kleine Handwerksfirmen, Kieler Licht- und Wasserwerke, Walter-Werke (Waffen) u.v.m.



Zeitzeugenbericht Petrus van Eekelen:

"Als ich am ersten Tag zur D.W.K (Deutschen Werke Kiel) Werft kam, erhielt ich einen Ausweis, worauf deutlich ein H (Holländer) vermerkt war. Mir wurde mitgeteilt, daß ich Elektro-Schweißer werden sollte, und ich wurde dafür ausgebildet... Auf der Werft wurde sowohl an neuen U-Booten, als auch an Reparaturen beschädigter U-Boote und anderer Schiffe gearbeitet. ... Wenn ich mich richtig erinnere, so arbeitete man von halb acht bis zwölf Uhr, dann eine halbe Stunde Pause, und dann wieder bis sechs Uhr. Die Bedingungen, unter denen man arbeitete, waren auch nicht optimal, denn man hat fast immer draußen gearbeitet, auch im Winter, was vor allem im Winter '44/'45 sehr schlecht war, wenn man an den geringen Widerstand, den man körperlich hatte, denkt."

Zeitzeugenbericht von Koos de Bruin:

"Soweit ich weiß, war es Donnerstag, der 3. Mai 1945, als wir durch die SS in Gruppen aufgeteilt wurden und rund um Kiel Panzergräben ausheben mußten. Ich traf es schlecht, wie einige Niederländer, und mußte zwischen Polen und Russen graben. Äußerlich war da wenig Unterschied, denke ich, alle waren wir in Lumpen gehüllt. Ich hatte mich an Erdarbeiten gewöhnt und hatte, im Verhältnis zu meinen Losgenossen, die es langsamer angehen ließen, den Graben an meinem Platz schnell auf Tiefe gebracht. Ein alter Deutscher, um die 70, ruft mich und sagt: 'Holländer, hee, mach, daß Du wegkommst, denn die SS hat etwas Schreckliches vor!' Ich gehe Austreten und nehme die Beine in die Hand Richtung Meimersdorf. Unterwegs höre ich ein Maschinengewehr rasseln, und jetzt, nach all den Jahren, frage ich mich: Sind all die Menschen ermordet worden?"

Zur Aufrechterhaltung der Rüstungsindustrie auf den Werften, in der Zulieferindustrie, bei den städtischen Versorgungsunternehmen, im (Werks-) Wohnungsbau und eben auch im (Hoch-) Bunkerbau wurden tausende von ausländischen Arbeitssklaven beschäftigt. Untergebracht waren die Menschen in Barackenlagern und zwangsweise geräumten Schulräumen im ganzem Stadtgebiet, wobei streng auf die Einhaltung der Nazi-Rassenideologie geachtet wurde, sowohl was Behandlung als auch Überwachung und Privilegien anging. Ganz unten in der Hierachie standen dabei die sogenannten Ostarbeiter, Menschen aus Polen und der Sowjetunion.

Cap Arcona - Gedenken

Viel ist in diesen Tagen um den 8.Mai herum von dem Leid der deutschen Zivilbevölkerung in den letzten Kriegsjahren die Rede gewesen, und nicht nur bei den neurechten Unterzeichnern des Aufrufs "Gegen das Vergessen" schien allenthalben die Absicht durch, die Naziverbrechen zu relativieren und als durch Luftkrieg und "Vertreibungsterror" abgegolten zu betrachten.

Der Geschichtsrevisionismus der 80'er zeigt Früchte. Wie selbstverständlich ist heute der 8.Mai in der ach so pluralen Medienwelt für keinen Nachrichtenmoderator und keinen Rundfunksprecher mehr der Tag der Befreiung. Noch konkurrieren das verschämte "Tag des Kriegsendes" und der "Tag der Kapitulation" miteinander, beim nächsten runden Jahrestag wird es dann - so er noch begangen werden wird - "unsere Kapitulation" heißen.

Das ist durchaus folgerichtig. Die Linke hat die Definitionsgewalt längst an die Konservativen und die Neue Rechte verloren. Für jene, die an diesem Tag definitiv befreit wurden, die Insassen der Folter- und Vernichtungslager der Nazis, ist im Selbstverständnis des neuen Deutschlands nicht einmal mehr der Katzentisch vorgesehen.

Und so waren Erinnerungen an eine der letzten großen Grausamkeiten des deutschen Faschismus, eine, die noch einmal seine ganze einzigartige Bestialität deutlich machte, wenn überhaupt nur ganz vereinzelt in den Medien zu finden.

Als die Nazis längst dabei war, Fluchtwege zu organisieren und geraubte Reichtümer in neutralen Ländern in Sicherheit zu bringen, gab am 14.April Heinrich Himmler, Reichsführer der SS, einen folgenschweren Befehl an die Kommandanten der Konzentrationslager aus: "Die Übergabe kommt nicht in Frage. Das Lager ist sofort zu evakuieren. Kein Häftling darf lebendig in die Hände des Feindes fallen." Für Zehntausende bedeutete dies den Untergang, die Befreiung greifbar nah vor Augen. In Todesmärschen wurden die KZ-Insassen ins Hinterland getrieben; wer zu langsam war oder vor Erschöpfung und Hunger zusammenbrach, wurde von den Wachen ermordet. Bei Gardeleben verbrannten SS-Männer 1000 Häftlinge eines solchen Marsches in einer Scheune, nur wenige Stunden vor dem Eintreffen alliierter Truppen.

Wo den SS-Aufsehern keine Zeit mehr zur Evakuierung blieb, wurden die Häftlinge oftmals in ihren Zellen ermordet. Im Lager Neuengamme in Hamburg Bergedorf hatte SS-Arzt Kurt Heissmeyer Versuche an russischen Kriegsgefangenen und jüdischen Kindern durchgeführt, indem er ihnen Tbc-Erreger injezierte. Um die Spuren und Zeugen dieser Menschenversuche zu beseitigen, brachte man die Kinder am 20. April in die Schule am Bullenhauser Damm. Dort wurden sie erst betäubt und dann im Keller an den Heizungsrohren erhängt. Auch die 24 betroffenen sowjetischen Kriegsgefangene wurden von SS-Leuten ermordet.

Einen Tag später, am 21. April, trifft es ebenfalls in Neuengamme 71 Widerstandskämpfer. Auf Geheiß der Hamburger Gestapo ermorden die SS-Wachmannschaften 13 Frauen und 58 Männer, zum Teil durch Erhängen, zum Teil mit Handgranaten.

Die Evakuierung Neuengammes begann am 19. April. Nach und nach wurden die verbliebenen Häftlinge in Güterwaggons nach Lübeck gebracht, um dort auf drei Schiffe verladen zu werden, die beiden Frachter *Athen* und *Thielbek* sowie den abgetakelten ehemaligen Luxusdampfer *Cap Arcona*, auf dem allein über 5000 Menschen zusammengepfercht wurden. Heinrich Bertram, Kapitän der *Cap Arcona*, weigerte sich zunächst, die Häftlinge an Bord zu nehmen. Erst am 25. gab er den Drohungen der SS nach.

Schließlich liefen die Schiffe aus und blieben vor Neustadt (Holstein), zum Teil manövrierunfähig, liegen. Die Zustände an Bord waren unbeschreiblich. Die Häftlinge wurden auf engstem Raum untergebracht, erhielten kaum Nahrung und natürlich keine medizinische Versorgung. Mehrere Hundert starben in den nächsten Tagen. Besonders schlimm traf es die gefangenen Rotarmisten. Von den anderen isoliert, wurden sie ohne ausreichende Luftzufuhr in den Bananenbunker gesperrt, wo sie in Mitten ihrer Notdurft und der Leichen ihrer an Entkräftung gestorbene Kameraden ausharren mußten.

Was die SS letztlich mit den drei Häftlingsschiffen und ihren über 9000 Opfern vor hatte, ist bis heute nicht restlos



Befreite Häftlinge vor den Gräbern der Stutthof-Opfer. Heutiger "CAP ARCONA"-Ehrenfriedhof (7. Mai 1945)

geklärt. Fest steht, daß die *Cap Arcona* Turbinenschäden hatte und auch nicht über ausreichend Treibstoff verfügte. Ein weiterer Transport kam also nicht in Frage.

1946 wurde Graf von Basewitz, hoher SS-Führer aus Hamburg , in einem Prozeß gegen die Leitung des KZ-Neuengamme gefragt, was denn mit den Häftlingen angesichts fehlender Evakuierungsmöglichkeiten hätte passieren sollen. Seine Antwort: "Entsprechend diesem Befehl mußten sie getötet werden." (Gemeint ist die Anordnung Himmlers.)

Nicht unwahrscheinlich, daß geplant war, die Schiffe zu versenken. Auf der *Cap Arcona* waren Rettungsringe und selbst Bänke, die als Flöße hätten dienen können, weggeschlossen.

Doch dazu kam es nicht mehr. Am Nachmittag des 3. Mai, Lübeck war von britischen Truppen eingenommen, alliierte Panzer standen bereits vor Neustadt, tauchten Typhoon-Jagdbomber der Royal Air Force über der Ostsee auf. Bei schlechter Sicht griffen sie die Häftlingsschiffe an, die die SS natürlich nicht mit dem Roten Kreuz gekennzeichnet hatte. Kapitän Bertram, zu dem die illegale Organisation der Häftlinge ein gutes Verhältnis hatte und den die SS nur unter der Androhung des Standrechts zum Mitmachen hatte zwingen können, hißte zwar auf der Cap Arcona die weiße Flagge. Doch gleichzeitig wurden die Briten vom Bordflak der *Athen*, von einem Marinestützpunkt aus und von Flugsicherungsbooten unter Beschuß genommen.

Offensichtlich hatte die Air Force zuvor per Funk die Schiffe aufgefordert, in den Neustädter Hafen einzulaufen, "andernfalls würden sie bombardiert". Doch die SS kümmerte sich nicht um die Warnungen. Einige Royal-Air-Force-Veteranen behaupten gar, die SS habe bewußt irreführende Funksprüche abgesetzt, um die Angreifer glauben zu lassen, an Bord befänden sich Soldaten und Kriegsmaterial.

Auch ist bekannt, daß das schwedische Rote Kreuz noch versucht hat, die vorrückenden Briten von den Häftlingsschiffen vor Neustadt zu informieren. Doch tragischerweise kam diese Information nicht mehr bei den Bomberpiloten an.

In drei Staffeln flogen diese ihre Angriffe, nichts ahnend vom zynischen Spiel der Nazis. Das Abwehrfeuer hielt sie weit genug auf Distanz, so daß sie zwar die im eiskalten Wasser Schwimmenden sehen, nicht aber erkennen konnten, daß es sich um KZ-Häftlinge handelte. Die *Cap Arcona* wurde in Brand geschossen, kippte auf die Seite und riß Tausende in den Tod. Selbst auf die im Wasser ums Überleben kämpfenden Menschen schossen die SS-Mannschaften noch. Von den 4200 Häftlingen, die sich am dritten Mai noch an Bord befanden, überlebten nur 450.

Insgesamt starben an diesem Tag über 7000 Menschen im Wasser und an den Stränden vor Neustadt. Darunter auch 300 Häftlinge des KZ Stutthof bei Danzig, die Ende April ebenfalls auf Schiffen nach Neustadt gebracht worden waren. Stunden vor dem britischen Angriff richtete die SS unter ihnen ein Massaker an.

(wop)

Neues von den völkisch-rassistischen *Deutschen Unitariern*

Um die *Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft* (*DUR*), wegen deren völkisch-rassistischem Charakter es vor drei Jahren auch in Kiel heftige politische Auseinandersetzungen gegeben hat (vgl. zuletzt ATZE Nr. 21), finden weiterhin Kontroversen statt. Zwar konnte sie Ende April weitgehend unbeachtet von kritischer Öffentlichkeit im niedersächsischen Hitzacker ihr bundesweites Treffen abhalten. Im *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften* (*DFW*) hingegen haben die Diskussionen um die Mitgliedschaft der *DUR* einen vorläufigen Höhepunkt erreicht: der *Deutsche Freidenker-Verband* beschloß nun seinen Austritt, weil eine gemeinsame Mitgliedschaft mit der *DUR* wegen deren mangelnder Abgrenzung von faschistischen und rassistischen Positionen dort für nicht länger tragbar gehalten wird. Die *Deutschen Unitarier*, bei denen an prominenter Stelle auch der an der Kieler Universität lehrende Dr. Wolfgang Deppert wirkt, können sich in Zukunft also nicht mehr dieses demokratischen Feigenblattes bedienen.

Während im September letzten Jahres in Braunschweig der langjährige Präsident der *DUR* (Amtszeit: 1959-1971), Erich Schärff, unter reger Anteilnahme der dortigen Burschenschaft Alemannia, zu Grabe getragen wurde, bemühen sich die *Deutschen Unitarier* in Kiel darum, mit sozialen Projekten ihren Wirkungsbereich wieder auszuweiten. Seit Anfang Januar bietet die Organisation in ihren Räumlichkeiten in der Beseler Allee Kinderbetreuung an. Hierfür wird - gemeinsam mit dem *Hilfswerk der Deutschen Unitarier* - in Hauswurfsendungen oder per Kleinanzeige in Kieler Veranstaltungsmagazinen geworben.

Die Burschenschaft Alemannia trauert um ihren Bundesbruder und Ehrenbandträger

Baudirektor i. R.

Erich Schärff

* 5. 10. 1905 † 23. 8. 1994

Aktiv seit dem WS 1926/27

68 Jahre lang hat er seiner Burschenschaft die Treue gehalten
und ihr in schwierigen Zeiten
in verantwortungsvoller Position
lange Jahre als Vorsitzender des Alt-Herren-Verbandes
in selbstloser Weise gedient.

Sein Beispiel wird in der Burschenschaft Alemannia stets Vorbild sein.

In tiefer Trauer

Dr. Schwebig
Vorsitzender des AHV

Ewald
Sprecher der Aktivitas

NPD-Funktionär zu 4 Jahren Haft verurteilt

In Schwerin mußte sich seit Februar der stellvertretende Landesvorsitzende der neofaschistischen NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) vor Gericht verantworten. Ihm wurde versuchter Mord, schwere Brandstiftung und schwerer Landfriedensbruch im Zusammenhang mit einem Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft im Juli 1992 vorgeworfen. Ende April wurde er deshalb zu 4 Jahren Haft verurteilt. Seine wegen Nichtanzeige einer Straftat angeklagte Lebensgefährtin, Lieselotte Diestel (NPD), wurde freigesprochen.



Enge Kontakte zur gewalttätigen Nazi-Szene: NPD beim Heß-Marsch in Fulda 1993

Im Zusammenhang mit der von den Bonner Regierungsparteien forcierten Kampagne gegen das Asylrecht und die Anwesenheit von Flüchtlingen in der Bundesrepublik kam es Anfang der 90er Jahre zu einer bis dahin unbekannten Zunahme rassistischen Terrors. Täglich wurde in den Medien von neuen Brandanschlägen, Mordversuchen oder Morden berichtet. Täter wurden nur selten ermittelt; war dies jedoch der Fall, so galten sie meist als „ideologisch verirrte und betrunkene Jugendliche" ohne organisatorischen Hintergrund.

Daß offen dem Nationalsozialismus huldigende Organisationen wie die inzwischen verbotenen Gruppierungen *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (*FAP*) und *Nationalistische Front* (*NF*) den rassistischen Terror vorangetrieben haben, konnte in etlichen Fällen nachgewiesen werden. Anschläge im Herzogtum Lauenburg und im angrenzenden Kreis Hagenow stehen jedoch mit der sich stets auf ihre besondere Gesetzestreue berufenden NPD in Verbindung.

Hierzu zählt nicht allein der mörderische Anschlag in Mölln vom 23. November 1992, dem mehrere Menschen zum Opfer fielen und an dem Michael Peters beteiligt war, der mindestens 1989/90 im NPD-Kreisvorstand Lauenburg saß und noch 1992 für die Partei im Landtagswahlkampf aktiv war. Ein Angriff auf die Flüchtlingsunterkunft in Boizenburg am 31. Juli 1992 war maßgeblich von dem Kreisvorsitzenden der NPD in Hagenow, Rüdiger Klasen, organisiert worden. Wegen versuchten Mordes war er im Dezember 1994 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Als weiterer Anführer betätigte sich Torsten Poppe. Von den insgesamt acht Angeklagten waren fünf NPD-Mitglieder oder Sympathisanten.

Enge Kontakte zwischen Klasen und dem nun wegen der Beteiligung an eben diesem Anschlag verurteilten Heinrich Förster ergaben sich durch dessen führende Tätigkeit beim Versuch der neofaschistischen Partei, beim Aufbau von Organisationsstrukturen in der ehemaligen DDR unterstützend tätig zu werden. Die Vorarbeit zur Gründung des NPD-Kreisverbandes Hagenow-Boizenburg, dessen Vorsitzender Klasen wurde, leistete Förster; dieser bereitete auch verschiedene öffentliche NPD-Versammlungen in Boizenburg vor, bei denen Mitglieder des NPD-Bundesvorstandes sprachen.

Im Prozeß gegen Klasen u.a., der weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, hatte Sven Uterhardt, Nachfolger von Klasen als NPD-Kreisvorsitzender, bestätigt, daß sich der NPD-Kreisvorstand vor dem Überfall mehrfach getroffen habe, um den Angriff zu organisieren. Ort und Tatzeit seien fest verabredet worden. Ursprünglich habe der Überfall eine Woche früher stattfinden sollen; es seien jedoch zu wenige Mitglieder der Hagenower Gruppe erschienen. Aus diesem Grunde war für den Überfall am 31. Juli eine Gruppe von Nazis aus Ludwigslust als Verstärkung geholt werden. Der rassistische Angriff, bei dem glücklicherweise kein Mensch ernsthaft körperlich verletzt wurde, war in Boizenburg vorher bekannt, und die dort lebenden Jugendlichen hätten ihn als Aktion der NPD aufgefaßt.

Die Staatsanwaltschaft warf dem NPD-Vize-Chef von Schleswig-Holstein vor, an



Heino Förster (NPD-Funktionär)

der Planung des Anschlages beteiligt und am Abend am vereinbarten Treffpunkt erschienen zu sein. Ende Januar 1993 war der nach der Verhaftung Klasens am 3. September 1992 abgetauchte Förster verhaftet worden. Schon wenige Wochen später konnte er die Untersuchungshaft verlassen. Bei dem nun in Schwerin durchgeführten Prozeß wurde Förster von Klasen schwer belastet. Er bestätigte, daß Förster vom Angriff gewußt und ihn gebilligt habe. Auch Geld für Waffenkäufe sei angeboten worden. Mit Videos von rassistischen Angriffen „wie in Hoyerswerda" sei die Durchführung geplant worden. Ein anderer Zeuge ergänzte, daß Förster auch Unterstützung von Faschisten aus Mölln (!) und für den Fall der Verhaftung den Beistand des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger angeboten hat.

Am Rande des Prozesses wurden zwei als Zeugen geladene Personen festgenommen: Der Leiter einer Jugendinitiative wegen Nichtanzeigen des Überfalls, ein anderer, weil er eine Zeugin durch Drohungen und tätliche Angriffe davon hatte abbringen wollen, im Prozeß gegen Förster auszusagen. Förster, der die Vorwürfe bis zuletzt bestritt, wurde in diesem Prozeß vom Nazi-Anwalt Jürgen Rieger verteidigt. Dieser mußte am 24. Februar selbst in den Zeugenstand, nachdem Klasen ausgesagt hatte, auch Rieger sei im Vorwege des Anschlages durch ein Telefonat informiert gewesen. Enge Kontakte zwischen Rieger und Klasen bestanden wegen dessen Tätigkeit auf einer „Baustelle" der neofaschistischen *Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung* in Hetendorf, deren Funktionär Rieger ist. Dort sei auch über den geplanten Angriff auf die Flüchtlinge gesprochen worden.

Die NPD hat sich seit Bekanntwerden der Anschläge hinter ihren Funktionär gestellt. Er wurde als stellvertretender Landesvorsitzende nicht nur wiedergewählt, die Partei richtete auch einen Spendenaufruf an „alle nationalgesinnten deutschen Bürger", um gegen die Öffentlichkeitsarbeit antifaschistischer Zeitschriften vorzugehen. In der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* heißt es dazu: „Verschiedene ausgesuchte und qualifizierte Anwälte wurden von der Partei beauftragt, den Sumpf der Hetze gegen uns endlich trockenzulegen, damit wir den Rücken zur regulären Parteiarbeit ... wieder frei haben." In diesem Sinne erstattete die NPD auch Anzeige wegen Volksverhetzung gegen die Lübecker *Antifaschistische Zeitung*. Diese wurde jedoch vor kurzem eingestellt.

Das Urteil gegen Förster ist noch nicht rechtskräftig. Bereits jetzt läßt sich jedoch erkennen, daß der rassistische Terror in der Region Mölln - Lauenburg - Boizenburg von der NPD nicht zu trennen ist. Rassistische Hetze gehört seit jeher zum festen Bestandteil der Politik der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen. Die von ihr organisierten rassisti-sche Wahlgemeinschaf-ten haben Anfang der 80er Jahre maßgeblich dazu beigetragen, daß die extreme Rechte dieses Thema besetzt hat. Nicht zuletzt das hohe Wahlergebnis der *Kieler Liste für Ausländerbegrenzung* (*KLA*) bei dem Kommunalwahlen 1983 galt als Signal für das rechte Lager.

In dem durch den regierungsoffiziellen Rassismus aufgeheizten gesellschaftlichen Klima sahen NPD-Funktionäre und Aktivisten dann offensichtlich gute Chancen, der Hetze auch Taten in Gestalt von Überfällen und Mordversuchen folgen



zu lassen. Daß NPD-Mitglieder sich auch mit der Beschaffung von Schußwaffen befassen, war schon etliche Jahre früher bekannt geworden. Ende September 1978 stahl eine Gruppe von Neofaschisten während eines Militärmanövers von einem Land-Rover der britischen Rheinarmee einen sog. „Panzerwürfel". Darin befanden sich jedoch nicht wie erhofft Waffen, sondern geheime NATO-Papiere. Mit diesen wollte der „Werwolf Deutsches Reich", wie sich die Gruppe um den NPD-Kreisvorsitzenden von Nordfriesland, Ernst-August Möller, Jürgen Töppke (Tönning) und Rolf-Dieter Böhm (Garding) nannte, die Freilassung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß erpressen. Alle Beteiligten wurden im Januar 1981 vom Oberlandesgericht Schleswig verurteilt.

SPENDENAUFRUF

An alle nationalgesinnten Bürgerinnen und Bürger!

Vertreter der etablierten Parteien und deren Handlanger schrecken in der letzten Zeit immer weniger vor Rechtsbeugung und Amtsmißbrauch zurück. Dies bekommt vor allem die NPD und der stellvertretende Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Heino Förster, zu spüren. Daher wurden wir gezwungen, nun erst recht gegen Verleumdung und Diskriminierung der nationalen Sache, insbesondere gegen unsere Partei und Funktionsträger, zu kämpfen.
Heino Förster und die NPD haben daher mittlerweile mehrere Strafanträge und Anklageerhebungen gegen Parteien, autonome Chaoten und mehrere Staatsanwaltschaften gestellt. Verschiedene ausgesuchte und qualifizierte Anwälte wurden von der Partei beauftragt, den Sumpf der Hetze gegen uns endlich trockenzulegen, damit wir den Rücken zur regulären Parteiarbeit und zum Wohle des deutschen Volkes endlich wieder frei haben.
Dieser Kampf für Recht und Ordnung sowie für die Erhaltung unserer Partei verschlingt sehr viel an finanziellen Mitteln, so daß wir gehalten sind, diesen Spendenaufruf zu starten.
Wir bitten deshalb alle nationalgesinnten deutschen Bürger, denen das Wohl Deutschlands nicht egal ist, der NPD in ihrem Rechtskampf finanziell beizustehen.

Helfen Sie uns mit Ihrer Spende nach bekanntem Motto:

EINER FÜR ALLE - ALLE FÜR EINEN

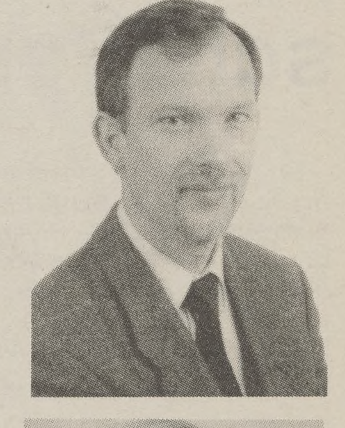
U. Schäfer, NPD-Landesvorsitzender — W. Siemssen, NPD-Landesschatzmeister

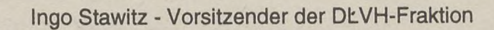
SONDERKONTO: "H.F. - L.D."
Sparkasse zu Lübeck
Kto.-Nr.: 5 503 289 BLZ: 230 501 01

Spendenaufruf in der NPD-Parteizeitung *"Deutsche Stimme"* 1/95



Aus dem Landtag





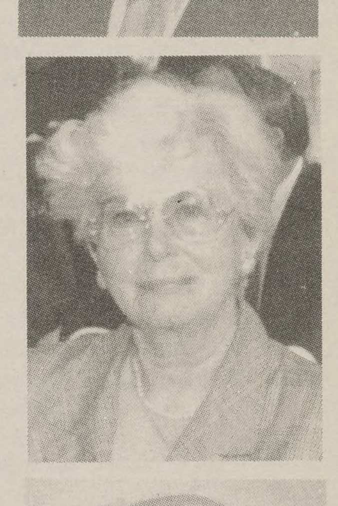
Ingo Stawitz - Vorsitzender der DLVH-Fraktion

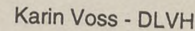
Benvenuto Friese - DLVH

Das Verbot der neofaschistischen Parteien *Deutsche Volksunion* (*DVU*) und *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (*DLVH*) hat Ende Mai der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Gert Börnsen, gefordert. Anlaß dieses öffentlichkeitswirksamen Schrittes war ein Schreiben des DLVH-Fraktionsvorsitzenden Ingo Stawitz, das er nach dem erneuten Anschlag auf die Synagoge in Lübeck an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gerichtet hat. Darin bezeichnet der Faschist die Jüdische Gemeinschaft in Schleswig-Holstein als „so gut wie nicht vorhanden". Mit dieser Formulierung wendet sich Stawitz gegen einen Antrag auf finanzielle Förderung, den die Jüdische Gemeinde an Ministerpräsidentin Heide Simonis gerichtet hat. Sonst könnten ja, so der DLVH-Fraktionschef, alle möglichen Gruppen wie „Zigeuner-Sippen", Kroaten oder Kurden kommen und Geld fordern, welches eigentlich deutschen Arbeits- und Obdachlosen zustehe. Börnsen begründete seine Forderung nach einem Verbot, welches auch die letzte Innenministerkonferenz beschäftigte, mit dem in diesem Brief zum Ausdruck kommenden untergründigen Antisemitismus.

Derweil bereitet sich die DLVH auf die Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag im Frühjahr 1996 vor. Ihre KandidatInnen wurden bereits vor längerem aufgestellt. Bei verschiedenen Gelegenheiten, so z.B. bei einem Fußballspiel des VfB Lübeck, wurden Unterstützungsunterschriften, die die DLVH zur Wahlteilnahme benötigt, gesammelt. Verstärkt tritt die Partei dabei auch in der Öffentlichkeit auf; sie verteilt Flugblätter und führt kleinere, vorher nicht angekündigte Kundgebungen durch. Bereits im Januar 1995 erschien eine ganzseitige DLVH-Anzeige in der Zeitschrift „Polizeiruf 110". Diese wird nicht von Polizeibehörden herausgegeben, versucht jedoch besonders, unter PolizistInnen LeserInnen zu finden.

Von besonderer Bedeutung für die Wahl dürfte sein, ob die DLVH als einzige neofaschistische Partei bei den Wahlen in Schleswig-Holstein antreten wird. Mit dem Landesverband der NPD ist bereits vor einiger Zeit ein Kooperationsabkommen geschlossen worden. In welcher Form sich dies in der Praxis auswirken wird, bleibt abzuwarten, da es bisher nicht die aktive Zustimmung des NPD-Bundesvorstandes gefunden hat. Und mit dem REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer hat sich Stawitz vor kurzem am Rande des REP-Parteitages in Uetersen getroffen, um über ein gemeinsames Auftreten bei den Wahlen zu sprechen. Während hier ein taktisches Zusammengehen nicht ausgeschlossen scheint, dürften Absprachen mit Freys DVU, von der sich die DLVH-Fraktion 1993 im Streit getrennt hatte, nicht zu erwarten sein.





Karin Voss - DLVH



Ingo Schachtschneider - DLVH

Helmut Werner Tienemann - ehemals DVU, heute fraktionslos

Ludendorffer in Schleswig-Holstein verstärkt aktiv

Bund für Gotterkenntnis scheitert mit Schulungszentrum

Große Aufregung herrschte im Kreis Rendsburg-Eckernförde im Frühjahr 1995: Der Verein "Ferienheim Schönhagen", der zur Bewegung der Ludendorffer gehört, will eine alte Schule in Holtdorf (Gemeinde Bargstedt) kaufen und daraus ein Ferien- und Ausbildungszentrum machen. Durch gezielte Indiskretion wird eine entsprechende Bauvoranfrage bekannt; verschiedene öffentliche Versammlungen in Dorfgasthöfen sind die Folge; schnell gründet sich eine Bürgerinitiative, der die ATZE Informationsmaterial zur Verfügung stellt. Ende April scheint die Sache (vorerst?) ausgestanden zu sein: der Verein verkündet öffentlich, kein Interesse mehr an der ehemaligen Schule zu haben.

Diese Ereignisse bieten Anlaß, sich etwas genauer mit dem Bund für Gotterkenntnis zu befassen, der im Kreis Rendsburg-Eckernförde eine Reihe von Stützpunkten und seine Aktivitäten in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren ausgebaut hat.

Im *Bund für Gotterkenntnis* haben sich in Deutschland nach 1951 - ab 1945 war er von den Allierten zunächst verboten - die Anhänger Ludendorffs gesammelt. Erich Ludendorff (1865-1937) war in den beiden letzten Jahren des Ersten Weltkriegs als Erster Generalquartiermeister bei der Obersten Heeresleitung zusammen mit Generalfeldmarschall Hindenburg praktisch Militärdiktator im Deutschen Kaiserreich. Nach der Niederlage Deutschlands und der Novemberrevolution beteiligte sich Ludendorff an den Versuchen, die bürgerliche Demokratie der Weimarer Republik zu beseitigen.

Beim sog. Hitler-Putsch am 9. November 1923 marschierte er mit Hitler an der Spitze von mehr als 3000 SA-Männern vom Bürgerbräukeller in die Münchner Innenstadt. Aufgrund seiner militärischen Leistungen im Ersten Weltkrieg und der Anerkennung, die ihm viele Angehörige von Armee und Polizei zollten, hofften die Putschisten, mit seiner Beteiligung die bewaffneten Kräfte der bayerischen Polizei auf ihre Seite ziehen zu können. Daraus wurde jedoch nichts. Im anschließenden Prozeß wurde Ludendorff allerdings durch die demokratiefeindliche Justiz von der Anklage des Hochverrats freigesprochen.

1925 wurde Ludendorff von der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung*, die als Dachorganisation zerstrittener Gruppen aus der NSDAP und *der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung* auftrat, als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Das magere Ergebnis (1,1% der abgegebenen Stimmen), Rivalitäten um den Führungsanspruch und taktische Differenzen - Ludendorff forderte massive Angriffe auf die katholische Kirche, die Hitler zu diesem Zeitpunkt für sinnlos hielt - führten zu einem Abkühlen der Beziehungen zwischen Ludendorff und Hitler. Diesen Umstand stellen die Ludendorffer, z.B. in der Auseinandersetzung um das geplante Schulungsheim in Bargstedt, gerne als Beweis für eine grundsätzliche Ablehnung des Nationalsozialismus durch die Ludendorffer heraus.

Seine AnhängerInnen, Ende der 20er Jahre über 100.000, sammelte Ludendorff im 1926 gegründeten *Tannenbergbund*, der zahlreiche Flugschriften und Bücher gegen die "überstaatlichen Mächte" ("Judentum, Freimaurer, Jesuiten und Marxisten") verbreitete und in denen teilweise so extreme Standpunkte vertreten wurden, daß selbst Nazi-Ideologen sie als Hirngespinste zurückwiesen. Seit 1925 wurde die Zeitschrift "Ludendorffs Volkswarte" herausgegeben; ihr folgte nach einem Verbot 1933 das Blatt "Am heiligen



Ludendorff-Veröffentlichungen während der Nazi-Zeit

Quell deutscher Kraft". Ludendorff veröffentlichte auch nach 1933 mehrere Schriften, u.a. 1935 das Werk "Der totale Krieg". Schließlich söhnte sich Ludendorff nach dem Übergang des deutschen Faschismus zu forcierter Kriegsvorbereitung 1937 mit Hitler aus, was in der Nazidiktatur u.a. zur offiziellen Anerkennung der "Deutschen Gotterkenntnis" als Religionsgemeinschaft führte. Als Ludendorff am 20. Dezember 1937 in Tutzing starb, ließ Hitler ein Staatsbegräbnis für diesen "großen Patrioten" durchführen.

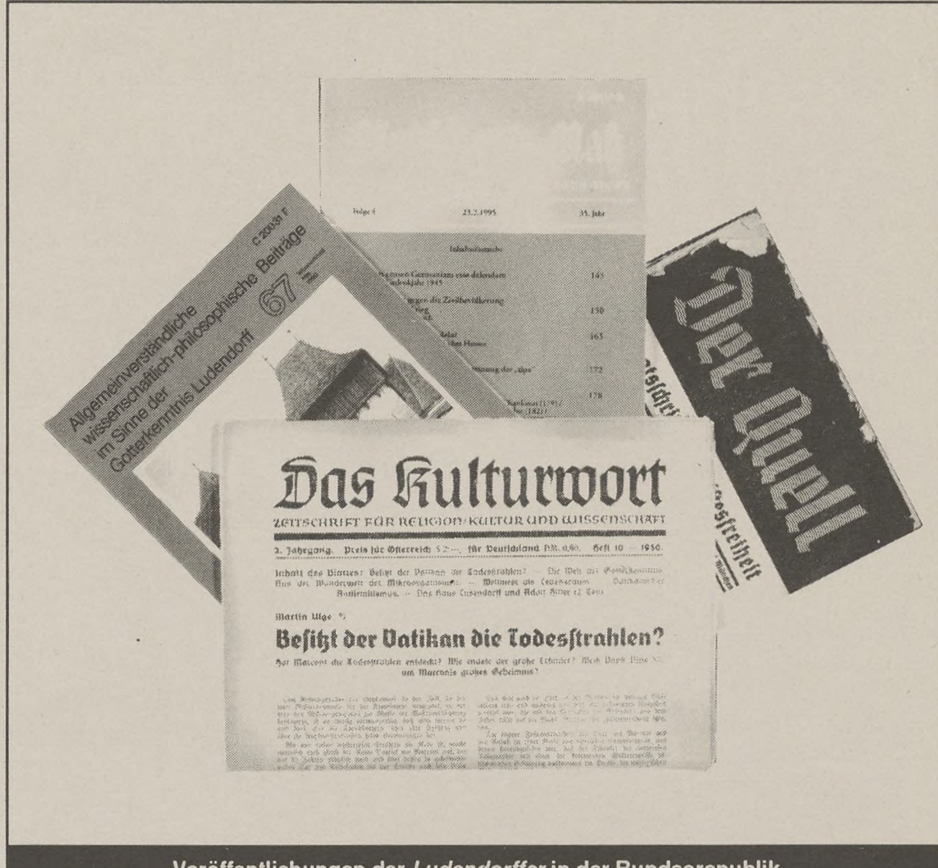
Nach 1945 mußte sich Mathilde von Ludendorff (1877-1966) im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens vor einer Spruchkammer verantworten. Diese stufte sie "wegen außerordentlicher Begünstigung des Nazismus" als "Belastete" ein - kein Wunder, bedenkt man, daß den Ludendorffern in den dreißiger Jahren die Ausgrenzung und Verfolgung der Juden und Jüdinnen (Boykott der Geschäfte, Nürnberger Rassegesetze, Pogrome) nicht rasch und konsequent genug vonstatten ging.

Trotz dieses Urteils formierte sich die Ludendorffer-Bewegung rasch neu. Bereits 1947 hatten Anhänger des späteren *Bund für Gotterkenntnis (L) e.V.* (früher: Bund für deutsche Gotterkenntnis) in Stuttgart eine "Religionsphilosophische Feierstunde" und im Zoologischen Institut der Universität Kiel eine Gedenkstunde zu Ehren des "Feldherrn" veranstalten können. Damalige Beobachter schätzten die Zahl der AnhängerInnen auf etwa 100.000 Personen (1949). Als Mitteilungsblätter fungierten die Zeitschriften *Der Quell* (monatlich) und ab 1957 die *Volkswarte* (wöchentlich). Im Rahmen bundesweiter Vortragsveranstaltungen, die über ein weitverzweigtes Netz örtlicher Ansprechpersonen organisiert wurden, und großer Sommerferiencamps für Jugendliche (1959: 13) wurden die antisemitischen Verschwörungstheorien verbreitet.

Verbot und Wiederzulassung

Am 25. Mai 1961 wurde in allen Bundesländern von den Innenministern wegen Verstoßes gegen die Verfassung und den Gedanken der Völkerverständigung der Ludendorffsche "Bund für Gotterkenntnis e.V." verboten und der *Verlag Hohe Warte* in Pähl/Oberbayern aufgelöst. Der Verlag war ein Nachfolgeunternehmen des Volkswarte-Verlages von Erich Ludendorff. Inhaber des Verlages ist auch heute noch Franz Freiherr Karg von Bebenberg, ein Schwiegersohn Ludendorffs. Durch Pozesse vor verschiedenen Verwaltungsgerichten hat der Verlag erreicht, daß Jahre nach dem Innenminister-Beschluß das Verbot immer noch nicht rechtswirksam geworden war. Wegen eines 1959 veröffentlichten antisemitischen Artikels von dem in Kairo lebenden ehemaligen Nazipropagandisten Johannes von Leers war Bebenburg aber zu zwei Monaten Gefängnis mit Bewährung und einer Geldbuße von 1500 DM zugunsten der Organisation "Berliner Ferienkinder" verurteilt worden.

Im *Verlag Hohe Warte* erschienen neben den Zeitschriften *Volkswarte*, *Der Quell* und *Das Füllhorn* vor allem in Neuauflagen zahlreiche Bücher von Erich und Mathilde Ludendorff über ihre antisemitische germanisch-nordische Ersatzreligion von der "deutschen Gotterkenntnis" und den "überstaatlichen Mächten" (zu denen sie Freimaurer, Juden, Jesuiten und Marxisten zählen). Auch Bücher des bei den Nazis in hohem Ansehen stehenden "Rassenforschers" H.F.K. Günther wurden wieder verlegt. Von Ludendorffschen Nachwuchs-Germanen wurden im *Verlag Hohe Warte* Bücher und Schriften unter Titeln wie diesen veröffentlicht: "Siegfried - Die Saga von Germaniens Befreiung", "Herr Heinrich - Die Saga vom ersten Deutschen Reich", "Judentum und Antisemitismus - ein Problem unserer Zeit", "Überstaatliche Mächte und Völkerfreiheit", "Kämpften wir im Hitlerreich tatsächlich für einen ‚Unrechtsstaat'?" oder "Verschwörung gegen Deutschland".



Veröffentlichungen der *Ludendorffer* in der Bundesrepublik

Nach der Aktion der Innenminister gegen die Ludendorff-Bewegung und gegen den *Verlag Hohe Warte* in Pähl/Oberbayern wurde vom Verlag Franz Karg von Bebenburg in Pähl/Oberbayern die nationalistische und völkische Monatszeitschrift "Mensch und Maß" herausgebracht, die sich unverhohlen in die Tradition ihrer Vorgängerinnen stellte.

1977 wurde das Verbot vom Bayerischen Verwaltungsgerichts wegen Verfah-

Weihnachtliches Beisammensein
in Schönhagen

am Sonnabend, dem 12.12.1992

Beginn: 16.00 Uhr

Hoch- und plattdeutsche Geschichten und Gedichte zur Weihnachtszeit

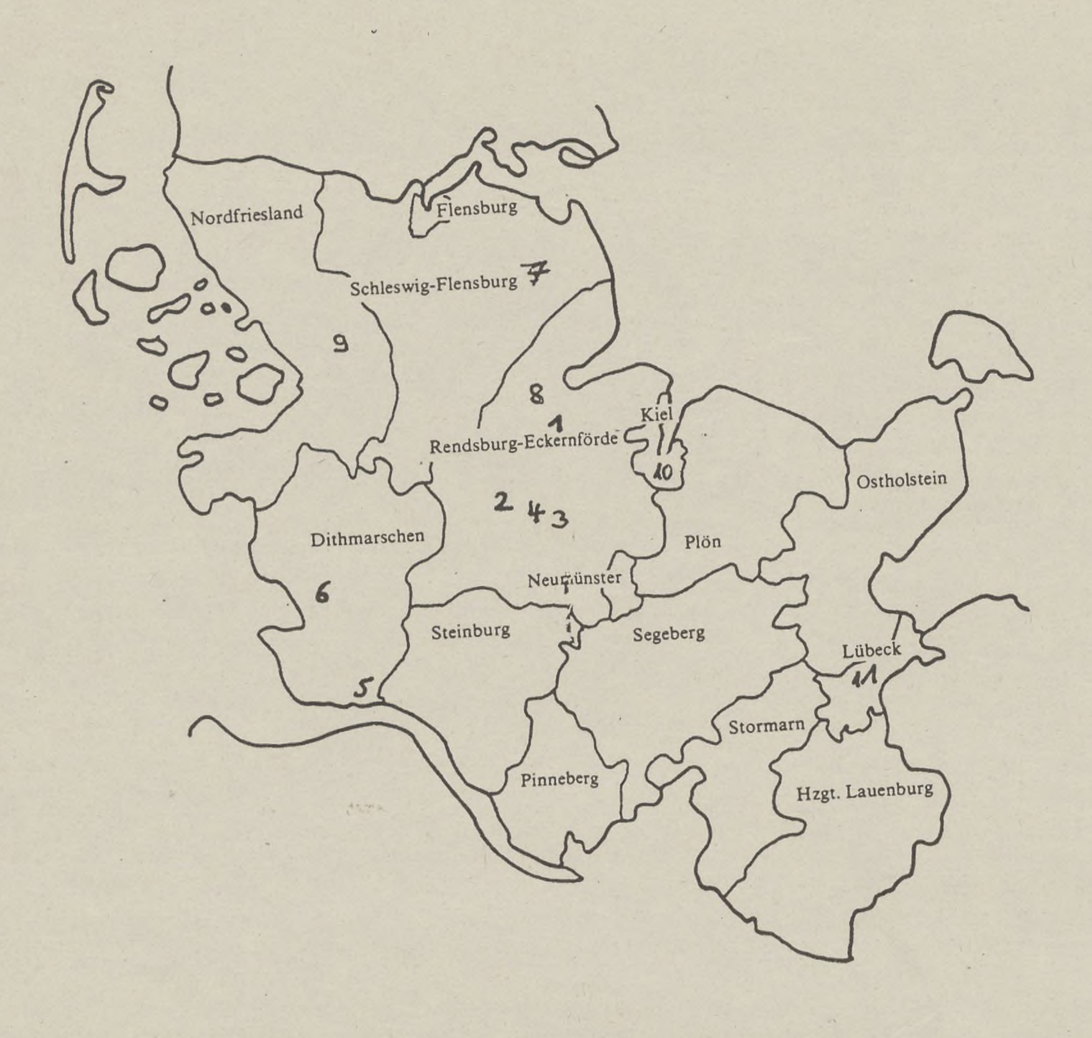
Kaffeetafel (bitte etwas Gebäck mitbringen)

Näheres durch:

Lothar Grünkorn
Am Deich 33
2201 Kollmar

Ruf: 0 41 28-313

Einladung ins schleswig-holsteinische *Ludendorffer*-Zentrum in Schönhagen



1 **Ferienheim in Schönhagen**
2 **Verlagsauslieferung in Stafstedt**
3 **Cafe Lepthien in Nortorf**
4 **geplantes Schulungszentrum in Bargstedt**
5 **Lothar Grünkorn in Kollmar**
6 **Elke und Gundolf Fuchs in Hemmingstedt**
7 **Lühe-Verlag in Süderbrarup**
8 **Notverwaltung des Deutschen Ostens in Groß-Wittensee**
9 **Versandbuchhandlung Bohlinger in Viöl**
10 ***Eider-Krug* (Kiel)**
11 ***Schwarzbunte* (Lübeck)**
(10 + 11: Veranstaltungsorte der Ludendorffer)

rensfehlern wieder aufgehoben, und die antisemitische Sekte als religiöse Gemeinschaft eingestuft. Gegen antifaschistische Kritik und Aktionen führen sie denn auch gerne das grundgesetzlich verbriefte Recht auf freie Religionsausübung an. Während der Verbotszeit hatte sich die Ludendorff-Bewegung zahlreiche Ersatzstrukturen geschaffen, so z.B. den Verein "Ludendorff-Gedenkstätte e.V.", die "Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft" (Hamburg 1956), den "Gesamtdeutschen Rat für Biopolitik" (Hamburg 1965) sowie den "Arbeitskreis für Lebenskunde e.V.", der hauptsächlich der Indoktrination von Kindern und Jugendlichen dient.

Die faschistische Weltanschauung der Ludendorffer

Anknüpfend an die aus dem Jahre 1927 stammenden "Kampfziele" propagieren die Ludendorffer einen aggressiven Antisemitismus und machen kein Hehl aus ihrer rassistischen, antidemokratischen und antiparlamentarischen Einstellung. Größte Bedeutung haben noch immer die Veröffentlichungen von Mathilde Ludendorff. In ihrem Werk "Aus der Gotterkenntnis meiner Werke", das vom BfG weiterhin vertrieben wird, heißt es u.a.: "Die Erhaltung der Rassereinheit und die Pflege des arteigenen Gotterlebens (...) sind Voraussetzung dafür, daß der einzelne in seinem Volke seelisch fest verwurzelt ist und alle segensreichen Auswirkungen des Rasseerbgutes oder, wie wir auch sagen können, der Volksseele erfährt, in sich das Gotterleben stärkt und sein Volk seelisch gesund erhält." Dies schlägt sich in den *Richtlinien für das politische Wirken der Ludendorff-Bewegung* nieder: "Sinn der Rassen und Völker ist, Gott auf ihre Art und Weise zu erleben und ihr Gottlied entsprechend erklingen zu lassen. Erhaltung der rassischen Erbeigenart, aber auch Erkenntnis ihrer Stärken und Schwächen sind die Voraussetzung für das artgemäße Gotterleben des einzelnen und ganzer Völker, sonst ist es gefährdet."

Auf der Basis solcher Grundgedanken und antisemitischer Verschwörungstheorien erklären die Ludendorffer seit Jahrzehnten gesellschaftliche und politische Entwicklungen und formulieren ihre aggressive Propaganda. "Der Staat ruht letzten Endes auf dem Rasseerbgut, dem Rassecharakter und der hieraus erwachsenden Weltanschauung des Volkes" (*Der Quell*, 5/58) In Deutschland hätten daher weder Christentum noch der jüdische Glauben Berechtigung, denn das Christentum müsse betrachtet werden als eine "volksauflösende Lehre, die aus dem Geist des Judentums geboren ist." (*Mensch und Maß*, 5/65, 7/65) Deutlich daher auch die Feindmarkierung der Ludendorffer: "Als Hauptgegner des völkischen Lebens erkannte Ludendorff die von ihm so benannten ‚überstaatlichen' Mächte. Er hat dabei besonders die Machtballung geistiger, politischer und wirtschaftlicher Art im orthodoxen Judentum, in der Freimaurerei, in der

Vortragsveranstaltungen

Dr. V. Biese
Freiheit und Begrenzung – Ist die Erde für soviel Lustversklavung zu eng? (BfG)

N. P.
Der schwierige Weg zur Weltanschauung

19. 2. 1994 Sonnabend 14.00 Uhr 23554 Lübeck, Hotel „Schwarzbunte", Bei der Lohmühle 11a

Dr. G. Fuchs
Schülerindoktrination – Ihre Folgen und Abwehrmöglic

26. 2. 1994 Sonnabend 15.00 Uhr 24113 Kiel, Hotel „Eiderkrug", Hamburger Chaussee 349

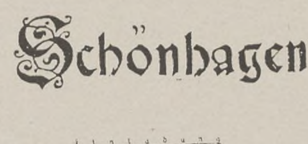
Romkirche mit dem sie beherrschenden Jesuitenorden und im Weltkommunismus im Auge." (*Der Quell*, 3/60) Heute wird gar die Frage erörtert, ob Helmut Kohl "Jude sei" (*Mensch und Maß*, 6/93).

In einer Reihe mit einer Vielzahl anderer faschistischer Organisationen und Propagandisten unterstützen die Ludendorffer seit jeher die Verbreitung der Auschwitzlüge. 1978 druckte ihre Zeitschrift *Mensch und Maß* den Brief des Auschwitz-Leugners Wilhelm Stäglich ab, in dem die Nazi-Vernichtungslager als vorbildlich eingerichtet dargestellt werden. 1979 hieß es in derselben Zeitschrift als Werbung für das Buch "Hexen-Einmal-Eins einer Lüge": "Unsere Antwort auf die antideutsche Greuelpropaganda hat niemand besser gegeben als Emil Arez in seinem Werk Hexen-Einmal-Eins einer Lüge (...) Stück für Stück wird darin die ungeheuerliche Lügenpropaganda über die angebliche Vergasung von sechs Millionen Juden zerfetzt." Ende September 1992 trat der über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannte Auschwitzleugner Udo Walendy bei einer Veranstaltung des BfG auf. In jüngster Zeit wird in den Veröffentlichungen der Ludendorffer die These des Auschwitzleugners David Irving verbreitet, daß die Juden "mit ihrer Gaskammerlegende die Menschen zu lange ausgebeutet hätten". Ferner werde "das deutsche Volk" seit Jahren "zur Finanzierung seiner eigenen Ausrottung gezwungen durch pseudomoralischen Druck, um den Widerstand gegen eindringende Millionenmassen an Parasiten zu lähmen". Durch Zuzugsgenehmigungen für "Primitiv-Ausländer" werde der "Schatz an hochwertigem Gen-Material" zerstört. Entsprechend anerkennend heißt es denn auch zu den Pogromen in Rostock, daß "den Demonstranten gegen die Asylantenheime eine große Welle der Sympathie entgegenschlug" (*Mensch und Maß*, 2/93).

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Ludendorffer stehen weder die Teilnahme an Wahlen, obwohl sich nicht wenige in neofaschistischen Wahlparteien wie den REP betätigen, noch ein lautstarkes Werben in der breiten Öffentlichkeit. Noch heute konzentrieren sich die Anwerbemethoden des BfG auf die persönliche Werbung und den Vertrieb einer Vielzahl von Kleinschriften. Eine wesentliche Zielgruppe sind dabei Jugendliche und Kinder bzw. - hinsichtlich der Erziehungsmethoden - auch Eltern. Zum Thema "Kindererziehung - eine verantwortungsvolle Aufgabe" schreibt Gunda Siling u.a.: "Schon das Wort ‚Volkserhaltung' ist heute bei Schülern und Lehrern unbekannt, und der Gebrauch der Worte ‚Rasse' oder gar ‚Rassereinheit' ist verpönt. Hier müssen die Eltern ihren Kindern alles Wichtige mitgeben...." (1976) Und: "Kinderlosigkeit und Rassenmischung sind der sicherste Volksuntergang, sind Selbstmord des Volkes." (Lothar Grünkorn, *Über die Genialität der Verantwortung*) "Denn die ‚ethnische Ab-stammung' zerstören heißt: Verfassungsbruch, Volkstod und Frevel am göttlichen Sinn unserer Schöpfung." (Gunther Duda, *Religion Weltanschauung Ideologie*). "Volkserhaltung beginnt in der Sippe. Hier gilt es zunächst einmal die ‚schirmende Hülle' der Gemütskräfte des Kindes zu achten. In der Familie erwachsen Willenszucht, klares Denken und Urteilen, Heimatliebe, Mütterlichkeit, Volksverantwortung, moralisches und sittliches Handeln."



Dr. Gundolf Fuchs



Einladung

Liebe Freunde!

„Der Winter ist vergangen...", und damit die Zeit gekommen, im Ferienheim Schönhagen unser Frühlingstreffen zu veranstalte

Am Sonnabend, dem 3.April wollen wir uns zu einer Vortrags- und Aussprachetagung zusammenfinden. Dazu laden wir herzlich e

Tagungsfolge:

14.00 Uhr Begrüßung
Vortrag [illegible]
"Die psychologische Verpackung einer [illegible] List zur Erlangung der Weltherrschaft"

15.00 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr Vortrag Dr. [illegible]
"Überlegungen und praktische Maßnahmen Wiederherstellung der Einheit Gesamtdeutschlands"

17.00 Uhr Aussprache
Leitung [illegible]

Mit freundlichen Grüßen

Ferienheim Schönhagen e.V.
2301 Schönhagen Post Westensee

[illegible]

(Gunther Duda, *Warum Volkserhaltung heute ?*) In diesem "Kampf um Volkserhaltung" sehen sich die Luden-dorffer als Elite: "Es waren immer Zeiten des Niedergangs der Völker, da die Wertvollsten ihre Stimme erhoben und die Seele ihrer unersetzlichen Lebensgemeinschaft wieder zum Leben erweckten und die Gefahren abwehrten. (...) An vorderster Stelle des Einsatzes für Leben und Kultur unseres und darüber hinaus aller anderen Völker steht selbstverständlich die bewußte Vertretung der Erkenntnisphilosophie Mathilde Ludendorffs. (...) Das ist eine lange Aufgabe, eine Aufgabe für viele Geschlechterfolgen. Wir als ‚freie Deutsche' tragen **diese** Aufklärung weiter, in den Sippen, im Beruf, in unsere Umwelt, ... Kritik an den Zeitereignissen ist gewiß wichtig, noch mehr aber der Aufbau." (Gunther Duda, *Deutscher Freiheitskampf - heute*). Einen solchen Aufbau betreiben die Ludendorffer seit einiger Zeit auch in Schleswig-Holstein.

Schwerpunkt Schleswig-Holstein

Für die Tätigkeit der Ludendorffer, deren Bewegung keine Orts-, Kreis- oder Landesverbände kennt, sind verschiedene Einrichtungen als zentrale Kerne geschaffen worden, um die sich die antisemitische Gruppierung organisiert. Diese treten nach außen gewöhnlich als Vereine auf, denen eine spezifische Aufgabe übertragen worden ist. So gibt es z.B. Schulungsstätten in Herboldshausen (Kreis Schwäbisch-Hall), Versmold-Loxten (Ostwestfalen-Lippe) und Schleswig-Holstein.

Auch wenn die Ludendorffer-Bewegung heute deutlich weniger AnhängerInnen als noch Ende der 40er Jahre zählt, so hat die Erwartung, mit dem Tod der älte-

ren, in den 20er Jahren geprägten Mitglieder verschwinde die Gruppe, getrogen. Nach Angaben des *Handbuchs religiöse Gemeinschaften* (1993) orientieren sich noch heute über 12.000 Leute an den abstrusen Theorien Ludendorffs. Und das zweiwöchentlich erscheinende Blatt *Mensch und Maß* hat gar eine steigende Auflge zu verzeichnen.

In den letzten Jahren ist eine deutliche Verstärkung der Aktivitäten in Schleswig-Holstein zu beobachten. Schon seit Januar 1976 gibt es den Verein "Ferienheim Schönhagen e.V.", der einen großen Bauernhof in Schönhagen (Westensee) betreibt; dem Vereinsvorstand gehören Lothar Grünkorn (Kollmar) und Lieselotte Partuschke (Reinfeld) an. Dort finden Vortrags- und Schulungsveranstaltungen sowie Sommersonnenwendfeiern statt. Dieser Verein trat nach außen hin auch als Kaufinteressant an der früheren Schule in der Gemeinde Bargstedt auf.

Ebenfalls im Kreis Rendsburg-Eckernförde ist der Nortorfer Konditor Hans-Werner Lepthien aktiv. Er reiste 1987 zum Grab des Nazi-Kriegsverbrechers Rudolf Heß, um dort einen Kranz niederzulegen. Auch sein Cafe war in der Vergangenheit Treffpunkt der Ludendorffer; zwischenzeitlich engagierte er sich immer mal wieder bei den *Republikanern*.

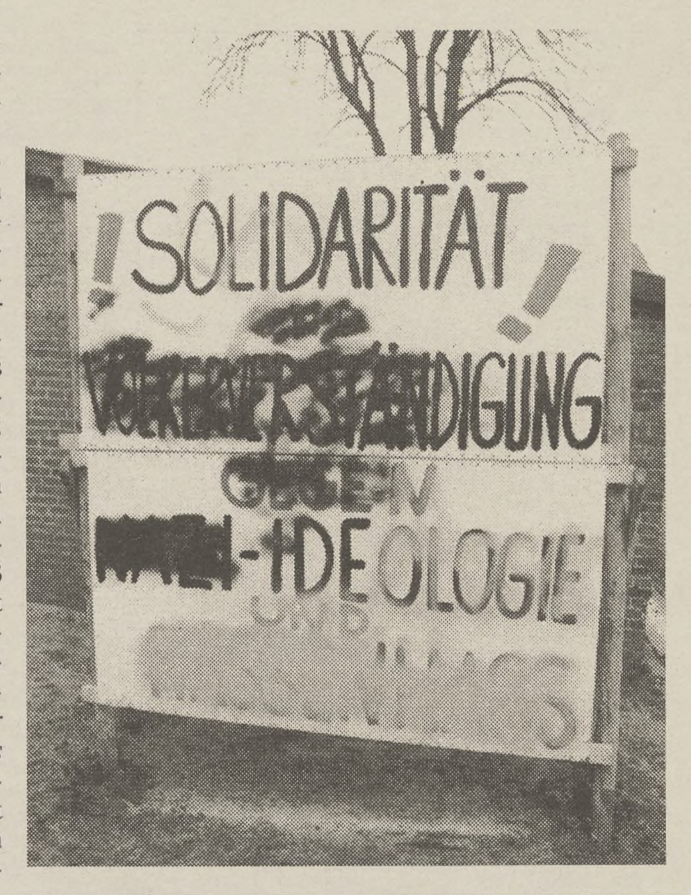
Zu den altgedienten Ludendorffern im Norden müssen auch Elsbeth Knuth (Nortorf) und - im Westen von Schleswig-Holstein ansässig - das Ehepaar Elke und Gundolf Fuchs sowie Lothar Grünkorn gerechnet werden. Die beiden Herren engagierten sich an "vorderster Front" für die Durchsetzung des neuen Ludendorffer-Schulungszentrums in Holtdorf - sei es als Redner bei den Dorfversammlungen, sei es als Verteiler der "Offenen Briefe" in den Orten der Gemeinde Bargstedt.

Im Umfeld der Ludendorffer sind in Schleswig-Holstein zudem drei weitere Aktivisten tätig: in Viöl residiert der *Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur* des vehementen Antisemiten Roland Bohlinger; in Mohrkirch bei Flensburg hat sich Harm Menkens mit seinem *Lühe-Verlag* niedergelassen, und in Groß Wittensee gibt Horst Ochmann die revanchistischen und rassistischen *GOG-Zirkelbriefe* bzw. den *Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens* heraus. Ochmann verfügt über gute Beziehungen zum *Bund für Gotterkenntnis*.

Seit 1993 ist zudem die zentrale Verlagsauslieferung der Ludendorffer von Bayern nach Schleswig-Holstein verlegt worden. Diese wird nun vom Ehepaar Stiller in Stafstedt abgewickelt. Der jüngste Versuch, mit einem weiteren Schulungszentrum einen weiteren Stützpunkt in Schleswig-Holstein zu errichten, verdeutlicht, welche Wichtigkeit das nördlichste Bundesland für diese faschistische Gruppierung inzwischen hat.

Umso wichtiger und erfreulicher ist der jüngste Erfolg der *Bürgerinitiative gegen das Nazi-Zentrum*, die mit ihrem raschen Handeln einen entscheidenden Beitrag geleistet hat, den Ludendorffern ihre Pläne zu verderben. Aus verschiedenen Orten der Gemeinde Bargstedt hatten sich Menschen zusammengefunden, die der Wille einte, einen solchen Nazi-Stützpunkt nicht entstehen zu lassen. Im Unterschied zu manchem Gemeindevertreter sahen sie eine wesentliche Augabe darin, Öffentlichkeit herzustellen. Acht großformatige Tafeln Infotafeln wurden daher in kurzer Zeit aufgestellt; auch wenn diese zum Teil zerstört oder beschmiert wurden, und nicht wenige Alteingesessene einen öffentlichen Bruch mit den in der Gemeinde lebenden Ludendorffern vermieden, ist die Arbeit der BI positiv einzuschätzen: die Ludendorffer mußten ihre Pläne begraben, und die Gründung der BI hat dazu beigetragen, daß sich die antifaschistisch eingestellten Menschen der Gemeinde kennengelernt haben. Und nicht zuletzt hat der Erfolg der BI auch BewohnerInnen der Gemeinde Westensee, in der der Verein *Ferienheim Schönhagen* seine Aktivitäten konzentriert, ermutigt, nun etwas gegen das dortige Schulungszentrum zu unternehmen.

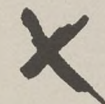
vf



Protestplakate der Bürgerinitiative wurden beschmiert


Ludendorffer-Grabstätte in der Nähe Bargstedts

Schon gehört?



Am Parteitag der baden-württembergischen REPUBLIKANER am 13. Mai 1995 nahm die Kieler REP-Funktionärin **Ingeborg Akkermann** teil. Sie gehört als Bundesschriftführerin seit Mitte Dezember 1994 dem REP-Bundesvorstand an. Aus Schleswig-Holstein findet sich dort zudem **Dr. Jens Steffen** (Kiel-Gaarden) als Beisitzer.



Neben der *DVU* und der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* sind nun auch die *REP* mit einem Abgeordneten im Landtag Schleswig-Holsteins vertreten. **Helmut Thienemann**, 1992 auf der Liste der DVU gewählt, hat sich nun dieser rechtsextremen Partei angeschlossen. Damit hat Schleswig-Holstein gegenwärtig den einzigen Landtag, in dem drei neofaschistische Parteien Abgeordnete stellen.



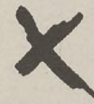
Auch in Schleswig-Holstein gehen die Versuche weiter, das "nationalliberale" Lager zu organisieren und ihm zu politischer Wirkung zu verhelfen. Der frühere Landesvorsitzende des *Bundes Freier Bürger* (BFB), **Godehard Schmidt-Goertz**, ist zunächst wohl mit seinem Versuch gescheitert, Rechtsaußen-Kräfte in die schleswig-holsteinische FDP zu schleusen. Gegenwärtiger Landesvorsitzender des BFB ist **Claus-Hinrich Stange**. Bereits Ende 1994 organisierte die schleswig-holsteinische Kommunalpolitikerin **Maria von Below** (Mielkendorf) ein Treffen zwischen BFB-Chef Manfred Brunner und dem Vorsitzenden der vor allem in Bayern verbreiteten *Freien Bürger-Union*, Ortwin Lowack. Von Below unterzeichnete auch den am 7. April 1995 in *der Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienenen Aufruf "Gegen das Vergessen". Dieser war von rechtskonservativen Kräften initiiert und quer durch das reaktionäre und neofaschistische Spektrum gezeichnet worden.



Nach Schweden übergesiedelt ist der Sänger der Band Kraftschlag, **Jens A.** Von dort soll durch die *"Nordland-Records"* in Zukunft auch der Vertrieb der Platten und CDs vorgenommen werden.

Kurze Meldungen +++ "Kraftschlag", die Band aus dem hohen Norden (sprich: Schleswig-Holstein), ist nach eigenen Angaben nicht mehr bei "Skull-Records" unter Vertrag. Nach der Aufnahme eines nigel-nagel neuen Albums in Schweden, behielt Sänger Jens A. (der jetzt auch in Schweden wohnt und von dort einen Versand betreibt bzw. betreiben will), kurzerhand das fertigabgemischte DAT-Band. Das zweite offizielle "Kraftschlag" Werk (die Mini CD nicht mitge-

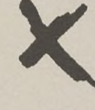
Meldung in der Nazi-Musikzeitschrift „Moderne Zeiten"



Der nach Dänemark geflüchtete Altnazi **Thies Christophersen**, dem in letzter Zeit der Wind antifaschistischer Aktivitäten arg ins Gesicht blies, hat die Herausgabe der Vierteljahres-Postille *Die Bauernschaft* an den in Kanada lebenden Nazi Ernst Zündel abgegeben. In der ersten Ausgabe des neuen Jahres findet sich neben einem Fragebogen, mit dem Zündel den Vertrieb neu organisieren will, auch eine Kleinanzeigensparte. Unter der Kieler Telefonnummer 36883 werden dort "nebenberufliche Mitarbeiter" gesucht. Dieser Anschluß läuft auf **Michael Brüsewitz** im Norden von Kiel.



Die letzte im Landtag Schleswig-Holsteins vertretene DVU-Abgeordnete, **Renate Köhler**, bemüht sich durch Kleinanzeigen in den Wochenzeitungen ihres Chefs, Gerhard Frey, intensiv darum, ihre Pension auf Westerland in den Sommermonaten mit braunen Gesinnungsfreunden auszulasten. In der *Deutschen Wochen-Zeitung* durfte sie sich Ende März zudem als Vertreterin von "Kriminalitätsopfern" darstellen.



Henning Wolff, langjähriger Herausgeber und Chefredakteur des *Fehmarnschen Tageblattes*, wendet seine Aufmerksamkeit in letzter Zeit zunehmend der führenden neofaschistischen Monatszeitschrift *Nation + Europa* zu. Der Träger des Bundesverdienstkreuzes, Anfang der 90er Jahre zum stellvertretenden Vorsitzenden der neofaschistischen *Deutschen Volksunion e.V.* gewählt, lobte dort eine Reihe von Aktivitäten, die "das deutsche Element" in "Nordostpreußen" stärken sollen. Von *der Landsmannschaft Ostpreußen* hatte er im Februar 1995 das *Goldene Ehrenzeichen* erhalten. In der Laudatio werden die rassistischen und revanchistischen Kommentare in Wolffs Tageszeitung als "mutige, unabhängige Kommentierung zu (...) politischen und gesamtdeutschen Problemen" bezeichnet.



Etwa 90 Neonazis zogen Anfang Mai durch den Ort Halstenbek, früherer Sitz der FAP-Bundesgeschäftsstelle und Wirkungsbereich der Brüder **André** und **Glenn Goertz**, die beide an dieser angemeldeten Veranstaltung teilnahmen. Die Aktion ist Bestandteil umfangreicherer Aktivitäten der sog. *„Norddeutschen Bewegung"*.

Schon gehört?

Zu einem Eklat kam es in Neustadt/Ostholstein anläßlich der diesjährigen Cap-Arcona-Gedenkfeiern. Mit diesen begehen die Gemeinde, Parteien und die antifaschistische VVN/BdA alljährlich den Tod tausender von KZ-Häftlingen, die bei der Bombardierung von Schiffen Anfang Mai 1945 umgekommen waren. Anläßlich des 50. Jahrestages sollte auf Initiative der örtlichen SPD eine gesonderte Resolution verabschiedet werden. Bürgermeister **Dr. Horst Kratzmann** versuchte jedoch, diese mit der Begründung zu verhindern, es sei nicht nötig, daß sich die Stadt am "allgemeinen Trott" der Gedenktage beteilige und einen "Beitrag zum ebenso vielstimmigen wie mißtönenden Konzert Kriegsende" liefere; mit einer allgemeinen Erklärung zum Kriegsende begäbe sich die SPD-Fraktion zudem "endgültig auf die moralische Überholspur". Ob der Bürgermeister, der sich damit in die Reihe der reaktionären Kritiker der Gedenktage einreiht, der Rücktrittsforderung inzwischen nachgekommen ist, war bei Redaktionsschluß dieser ATZE noch nicht bekannt.

Im Rahmen der bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen BezieherInnen von NSDAP/ AO-Material am 23. März 1995 wurden 84 Wohnobjekte durchsucht, darunter auch einige in Schleswig-Holstein. Ziel der Aktion war z.B. **Ingo Lachnit** (Flensburg). Der aus dem Schuldienst inzwischen entfernte Lehrer nutzte für seinen Geschichtsunterricht fleißig die Literatur und Lektüre der neofaschistischen Monatszeitschrift „Nation und Europa". Für diese schrieb er auch selbst Artikel. Weitere Durchsuchungen fanden in Hartenholm, Bad Segeberg, Neumünster, Trittau und Bad Oldesloe statt. Wegen Verbreitung von NSDAP/AO-Hetzmaterial wurde Anfang Mai 1995 der Kieler **Ernst Uwe Gellert** (38), früheres DVU-Mitglied mit späterer REP-Sympathie, vom Landgericht Flensburg zu sechs Monaten Haft (3 Jahre Bewährung) verurteilt. Bei einer Hausdurchsuchung Ende Januar 1994 waren Nazi-Armbinden, Anstecker, Poster u.ä. gefunden worden.

Mit dem *Goldenen Ehrenzeichen* der *Landsmannschaft Ostpreußen* wurde Anfang 1995 der frühere Funktionär der *neofaschistischen Kieler Liste für Ausländerbegrenzung*, **Fritjof Berg**, ausgezeichnet. Damit belohnte der Verband, in dessen Bundesvorstand er seit 1992 sitzt, die vielfältigen Bemühungen Bergs, als sog. "Stadtvorsitzender Königsberg" in der russischen Stadt Kaliningrad den deutschen Einfluß zu stärken. Mit weiteren AktivistInnen aus den Revanchistenorganisationen unterzeichnete Berg Anfang April eine Anzeige in den *Kieler Nachrichten*; darin gedenken die Unterzeichnenden der "tapferen deutschen Soldaten", die sich der Roten Armee in ihrem Kampf zur Zerschlagung des deutschen Faschismus entgegengestellt haben. Zu den Unterzeichnern gehört auch **Arwed Sandner**, ein enger Mitarbeiter Bergs. Sandner ist als Redakteur im "Königsberger Bürgerbrief" tätig und betätigte sich seit 1994 im schleswig-holsteinischen Landesverband der rechtsextremen Kleinpartei "Aufbruch 94" als Schatzmeister.



Königsberg
in Preußen

Am 9. April 1945 verloren wir Königsberg (Pr.), die Hauptstadt Ostpreußens, unsere Heimat. Nach monatelangem Festungskampf mußte die Stadt mit einer Restbevölkerung von etwa 125000 Einwohnern kapitulieren.

Wir gedenken in Dankbarkeit der tapferen deutschen Soldaten und verneigen uns vor den Toten und den unzähligen Opfern, die auch noch nach der Einnahme Königsbergs durch die Rote Armee unter der deutschen Bevölkerung eingetreten sind.

Fritjof Berg, Edmund Ferner, Wolfgang Hochhaus,
Wolfram Knull, Herbert Lemke, Horst Lettau,
Klaus Munier, Helmut Rogowski, Arwed Sandner,
Eva Walsdorff, Dr. Heinz Walsdorff, Erika Westphal

V. i. S. d. P.: A. Sandner, Fallreep 13, Kiel

Zensur in der Atze ?

In der *Atze* Nr.24 erschien ein Artikel nicht, der wenig später in den *Lokalberichten* und im *Gegenwind* veröffentlicht wurde (*Gegenwind* 77 vom Februar 1995, S.32 „Brandanschläge auf faschistische türkische Einrichtungen“ von ***). Schnell wurde das Gerücht in die Welt gesetzt und in der linken Szene Kiels verbreitet, die *Atze* übe Zensur aus und sei zu einer Strömungszeitung geworden, die bestimmte Teile der Linken ausgrenze und nun für diese auch nicht mehr als Forum in Frage komme.

Die Wahrheit allerdings sieht anders aus.

*** legt in der Einleitung zu dem Artikel nahe, daß das In-Brand-setzen (bestimmter) türkischer Einrichtungen in der Bundesrepublik berechtigt und politisch sinnvoll sei.

Das wurde und wird innerhalb der *Atze*-Redaktion anders beurteilt. Wegen der unleugbaren Brisanz des Themas wurde *** um ein Gespräch gebeten. (Bis zum Redaktionsschluß der Atze 24 war noch ausreichend Zeit.)

An einem solchen Gespräch bestand bei *** jedoch zum damaligen Zeitpunkt kein Interesse.

Die Atze solle den Artikel wie vorliegend veröffentlichen oder es eben sein lassen, so der knappe Kommentar. Der Artikel wurde nicht veröffentlicht.

Es war und ist nicht Selbstverständnis der *Atze*-Redaktion, als Vervielfältiger für jedes zugesandte Manuskript zu fungieren. In der Redaktion arbeiten Menschen mit unterschiedlichen Standpunkten und Zielvorstellungen, die sich als Antifaschistinnen einander verbunden wissen. Die Themen jeder Ausgabe werden in gemeinsamer Diskussion festgelegt.

Sicher hätte auch nach erfolglosem Gesprächsangebot an *** die Möglichkeit bestanden, den Artikel abzudrucken und ergänzend die Bedenken der Redaktion deutlich zu machen (ein unkommentierter Abdruck kam allerdings nicht in Frage), aber es wurden andere Prioritäten gesetzt. Über diesen Punkt sollte nun doch ein Gespräch zustande kommen.

In einer Diskussion mit kurdischen und deutschen GenossInnnen im Januar‘95 verhärteten sich die Fronten. Zum einen, weil *** deutlich machte, daß die erwähnten und andere Anschläge nicht nur andeutungsweise gutgeheißen, sondern lauthals begrüßt gehörten, zum anderen, weil die unsinnige Abqualifizierung der ATZE, auch ohne Argumente dafür, stur durchgehalten wurde; schließlich, weil der Vorschlag für ein gemeinsames politisches Vorgehen gegen Zentren türkischer Faschisten - das ist unseres Erachtens der Punkt, über den vor allem geredet werden muß - ohne Erwiderung blieb.

Konsequenterweise blieb auch die Ankündigung eines kurdischen Genossen, mit einer Stellungnahme zu den deutlich gewordenen Meinungsverschiedenheiten die grundsätzliche Diskussionsbereitschaft der Redaktion auf die Probe zu stellen, bis heute ohne tatsächliche Folgen. Schade.

Soviel zum Hintergrund einer von unaufrichtigen Motiven geleiteten Verunglimpfung dieser Zeitschrift. Auf einige inhaltliche Kernpunkte der Auseinandersetzung bezieht sich der nachfolgende Artikel.

Die Atze-Redaktion

Dokumentation:

Entschließung der Landesdelegiertenkonferenz der VVN - Bund der Antifaschisten

Solidarität mit dem kurdischen Volk darf nicht nachlassen !

Der Teilabzug der türkischen Armee aus dem nördlichen Irak ist eine Farce: Hunderttausende, ja Millionen Kurden wurden und werden aus ihren Lebensgebieten vertrieben, Dörfer und ganze Landstriche dem Erdboden gleichgemacht, und noch immer hält der Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk an. In aller Öffentlichkeit behält sich die türkische Regierung das Recht vor, jederzeit wieder mit militärischen Mitteln in das Nachbarland einzufallen. Die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten* in Schleswig - Holstein verurteilt die militärische Aggression der Türkei gegen das kurdische Volk. Sie erklärt sich mit der kurdischen Bevölkerung solidarisch und fordert die internationale Ächtung der friedensbedrohenden, demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Politik Ankaras. Sie fordert die Beendigung der deutschen Waffenlieferungen in die Türkei, das Einfrieren finanzieller Hilfe für die Aggressoren und die Einhaltung der Menschenrechte in diesem NATO-Land. Unsere Solidarität und Hilfe muß den von der Abschiebung bedrohten Kurden gelten. Wer Menschen abschiebt, die bei uns vor der Verfolgung Asyl gesucht haben, macht sich an Mord und Folter in der Türkei mitschuldig. Aus antifaschistischer Erfahrung wissen wir, daß viele Deutsche die NS-Zeit nur überlebt haben, weil sie Asyl in fremden Ländern fanden. Dieses Asylrecht muß solange gewährt werden, bis endlich Demokratie und Menschenrechte in der Türkei gewährleistet sind.

Kiel, im Mai 1995

„Solidarische Kritik ist uns herzlich willkommen, aber ...“

Zu einigen Meinungsverschiedenheiten mit kurdischen Genossen/innen

„Es ist natürlich für einen Menschen, der in Sicherheit und Reichtum aufgewachsen ist, sehr schwer, in der Kategorie >Vernichtungskrieg< zu denken. Von hier aus, wo keine Bomben die Häuser zerstören, nicht die halbe Familie im Knast gefoltert wird, keine Konterguerilla Angst und Schrecken verbreitet und niemand bei Demonstrationen von hinten abgeknallt wird, läßt es sich bequem zurücklehnen und die Welt unter den Augen des eigenen, doitschen, ach so political correkten Blickwinkels betrachten.“
(Karen Wind im „Gegenwind“ 80)

Es ist üblich geworden, jeder Kritik an der PKK oder der Vorgehensweise anderer Gruppen in ihrem Kampf gegen das türkische Terrorregime und seine bundesdeutschen Förderer und Finanziers mit dem Hinweis auf das mangelnde Engagement und/oder die fehlenden Erfolge der deutschen Linken bei der Unterstützung dieses Kampfes zu begegnen. Karens oben zitierte Ausführung ist eine Entgegnung auf einen Artikel Jens Hülsens aus dem „Gegenwind“ 79, der nicht Gegenstand meiner Einlassung ist; Karen bringt aber etwas zum Ausdruck, was in allen Diskussionen über das hier behandelte Thema eine Rolle spielt. Der richtige Kern dieser und ähnlicher Ausführungen ist der Hinweis, daß die Leiden des kurdischen Volkes und die Mitverantwortung des deutschen Imperialismus gerade den Deutschen jede oberflächliche oder schulmeisterliche Stellungnahme dazu verbieten. Hier wie allerdings bei einer Vielzahl ähnlich gelagerter Probleme stellt sich auch immer die Frage nach dem eigenen Handeln. Angesichts der allgemeinen Erfolglosigkeit der arg dezimierten deutschen Linken und der Unmöglichkeit, der Fülle „eigentlich notwendiger“ Einsatzgebiete gerecht zu werden, bieten sich vor allem zweierlei Formen von Fehlverhalten an: zum einen die Aufforderung, jede Form des Kampfes von Menschen nicht deutscher Nationalität im In- und Ausland ohne Vorbehalte zu unterstützen - da sie immerhin „wirklich“ kämpfen; zum anderen, die allgemeine Erfolglosigkeit und Überforderung nun auch präventiv entschuldigend ins Feld zu führen nach der Devise: Wir können halt nichts ausrichten, aber mitreden und Ratschläge erteilen können wir immerhin. Beide Formen haben ihre AnhängerInnenschaft.

Jenseits hilflosen Moralisierens und folgenloser Rechthaberei geht es vor allem darum, für alle, die etwas tun wollen, Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zu finden. Und: weitere MitkämpferInnen zu gewinnen, auch in Deutschland. Gerade das muß man wollen. Ob man das ernsthaft will, zeigt sich nicht daran, wie oft man sagt: „Klar, wollen wir! Gerade darum geht es doch!“. Es geht um die Entwicklung einer politischen Strategie, die dieses Ziel ermöglicht.

Eine Strategie beinhaltet mehr als die Festlegung eines Ziels - z.B.: ein freies (sozialistisches) Kurdistan - und die Festlegung auf eine (hauptsächliche) Kampfform - etwa den militärischen Kampf, den Befreiungskrieg. Es gilt z.B. auch, die Frage der Reserven zu klären, die im Kampf zur Verfügung stehen, der möglichen BündnispartnerInnen - wenn der Kampf in verschiedenen Ländern geführt wird, auch in jedem einzelnen Land. Eine politische Partei, die darauf keinen Wert legt, darf sich nicht wundern, wenn sie an Ansehen verliert. Wie wenig die GenossInnen der PKK sich um die Besonderheiten der BRD kümmern, wurde auch in Kiel spätestens nach der faschistischen Mordtat von Solingen deutlich. Man konnte schon damals den Eindruck gewinnen, daß zumindest von der türkischen Bevölkerung in Deutschland wenig bis nichts erwartet wurde. Das mußte Auswirkungen auf die Frage haben, ob der Versuch zur Isolierung türkischer FaschistInnen sich lohnen würde.

Nach den verbrecherischen bewaffneten Übergriffen türkischer Nationalisten gegen kurdische Genossen während der Demonstration anläßlich des Möllner Brandanschlags gab es noch das Bemühen um Diskussion gerade mit türkischen EinwohnerInnen, auch bei uns in Gaarden - sehr mutig und unbedingt richtig. Die Bereitschaft dazu hielt allerdings nicht lange vor. Ohne die besonders schwierige Lage der KurdInnen und ihre besondere Gefährdung zu übersehen, muß das zumindest als politisch unklug bezeichnet werden.

Damit ist ein wesentlicher Punkt der aktuellen Meinungsverschiedenheiten benannt.

Mit dem Übergang von AnhängerInnen des kurdischen Befreiungskampfes und GegnerInnen des türkischen Terrorregimes zur Verübung von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen, die als faschistisch oder auch nur als systemstabilisierend gekennzeichnet wurden, mußten sich die Differenzen vertiefen. Sie müssen nun auch öffentlich ausgetragen werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich zumindest für alle diejenigen, die in der BRD gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus kämpfen.

Mit wem für welches Ziel?

Bereits zum Zeitpunkt der Herausgabe des Artikels von *** (siehe die Stellungnahme „Zensur in der ATZE?“ in diesem Heft) gab es Brandanschläge nicht allein in den darin genannten Städten Bremen, Hamburg und Uetersen. Bereits damals war klar, daß eine eindeutige politische Zuordnung der Täterschaft nicht nur für Außenstehende - etwa für die Mehrheit der türkischen Bevölkerung in der BRD - , sondern auch für politisch informierte und internationalistisch engagierte Menschen schwer bis unmöglich war. Bereits damals war klar, daß die zu diesem Zeitpunkt und später aufgestellte Behauptung, bei diesen Anschlägen würden immer nur FaschistInnen und niemals Unbeteiligte gefährdet,

nicht den Tatsachen entsprach. Bereits damals gab es in der Diskussion ein beachtliches Maß an Unaufrichtigkeit - also den bewußten Verzicht auf die Überzeugung möglicher Verbündeter. Mit den folgenden Anschlägen z.B. gegen Reisebüros - auch in Kiel - wurde deutlich, daß auf eine öffentlichkeitswirksame politische Arbeit mit dem Ziel der Entlarvung faschistischer Treffs, der Isolierung der FaschistInnen, der Mobilisierung breiterer Kreise usw. kein Wert mehr gelegt wird. Daß die FaschistInnen davon profitieren, leuchtet nicht nur theoretisch leicht ein, sondern ist (auch in Kiel) direkt zu beobachten. Sie können die Angst türkischer EinwohnerInnen z.B. vor Brandanschlägen, die seit den Nazi-Mordtaten erheblich ist, für sich ausnutzen und die nationalistische Formierung vorantreiben. Damit verschlechtern sich die Kampfbedingungen aller AntifaschistInnen erheblich.

Somit entsteht zwangsläufig der Eindruck, die Verantwortlichen für die Brandanschläge und ihre BefürworterInnen, um die es hier geht, handelten nicht aus sozialen oder sozialistischen, sondern nur noch aus nationalistischen Motiven. Nicht mehr das Werben für den Kampf um Selbstbestimmung und soziale Befreiung auch unter türkischen Menschen, sondern Abgrenzung von Kurden und Türken um jeden Preis scheint angesagt. Es wird hingenommen und gefördert, daß die Brücken zwischen Menschen kurdischer und türkischer Abstammung zusammenbrechen. Hofft man so, unter Einkalkulierung notwendig sich verschärfender Spannungen und eskalierender Konfrontationen, unter den KurdInnen besser für den militärischen Kampf rekrutieren zu können? Dieser Schuß wird nach hinten losgehen.

Was zu tun wäre

Ich möchte an dieser Stelle einiges von dem wiederholen, was ich im Januar (nicht zum ersten Mal) in der Diskussion mit kurdischen GenossInnen vorgebracht habe:

• Es wäre sinnvoll, gesicherte Informationen über Treffpunkte türkischer Faschisten in Kiel, wie sie den kurdischen GenossInnen wohl eher zur Verfügung stehen als den deutschen, zur Grundlage öffentlicher Mobilisierung mit der Forderung nach Aushebung dieser Treffs zu machen.

• Innerhalb der türkischen Bevölkerung und bei türkischen Vereinen muß jeder Ansatz der Gefolgschaftsverweigerung gegenüber den oft erpresserisch vorgetragenen Ansprüchen des türkischen Regimes nach Kräften unterstützt und gefördert werden.

• Die Urlaubszeit steht bevor. In einer öffentlichen Kampagne sollte versucht werden, deutschen UrlauberInnen klarzumachen, daß sie mit ihren Devisen den Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen unterstützen würden und deshalb von einer Reise in die Türkei absehen sollten. Dabei sind Erkenntnisse, wie sie u.a. die schleswig-holsteinische Delegation zu den Newroz-Feierlichkeiten in Kurdistan sammeln konnte, zu verbreiten. Deutsche Organisationen wie z.B. Gewerkschaften sind aufzufordern, eine solche Kampagne zu unterstützen.

• Viele kurdische RevolutionärInnen sind nicht der Lohnarbeit wegen nach Deutschland gekommen, sondern befinden sich hier im erzwungenen Exil. Es ist absolut verständlich, wenn sie dem Befreiungskampf in Kurdistan ihr Hauptaugenmerk schenken. Von einer in Deutschland tätigen politischen Partei mit sozialistischem Anspruch muß aber erwartet werden, daß sie dem in Deutschland stattfindenden Kampf gegen Rassismus und für gleiche Rechte Beachtung schenkt und ihn im Interesse der von ihr erreichbaren oder sogar direkt vertretenen Menschen unterstützt.

• Im Kampf gegen die Illegalisierung kurdischer Vereine sowie - das ist nicht dasselbe, hängt aber damit zusammen - das Verbot der PKK erwarten die KurdInnen mit Recht eine größere Unterstützung aus der deutschen Linken.

• Die angesprochenen politischen Fehler der letzten Zeit haben das alles unnötig erschwert. Es gibt aber keine Rechtfertigung dafür, es nicht dennoch anzustreben.

Ergänzend wäre hinzuzufügen, daß sich diejenigen kurdischen GenossInnen, die sich in den letzten Monaten einer wirklichen ergebnisorientierten Diskussion verweigert haben, eines Besseren besinnen sollten.

Wieder eine Chance vertan

Im „Gegenwind“ 80 erschien eine Verteidigung der aktuellen PKK-Politik durch einen ihrer in Kiel lebenden Anhänger, der dort „B.“ genannt wird. Die dort gewählte Bezeichnung „Interview“ für diese Publikation ist unangemessen; die Fragen beschränken sich auf ein dreimaliges „Was sagst Du zu ...“, nämlich zu Aussagen des eingangs erwähnten Jens Hülsen, den B. zwecks Umgehung einer ernsthaften Auseinandersetzung zu einer Art Sprachrohr des Bundesinnenministers abstempelt. Die „Interviewer“ bringen von sich aus keinen der bekannten Streitpunkte „auf den Punkt“, kritische Nachfragen zu der phrasenhaften Verherrlichung der PKK durch Genossen B. gibt es nicht. Nun hätte B. natürlich auch ungefragt diese Punkte behandeln können. Offensichtlich wollte er das nicht. Auch der Ankündigung, man könne von der PKK lernen, „wie man hier in der BRD Opposition macht“, läßt er nur die hier vollständig zitierte Einlassung folgen: „In einer Phase, in der die Bundesregierung gemäß den Interessen der deutschen Kapitalisten und ihrem Waffenpartner, der Türkei, zuliebe gegen die PKK und die kurdischen Vereine einen totalen Krieg eröffnet hat, ist es wichtig, daß die deutschen Antiimperialisten und Antifaschisten mit Wort und Tat die Kurden und Kurdinnen unterstützen.“ - So kommt man offensichtlich nicht weiter. Wenig hoffen läßt auch die folgende Ausführung: „Die PKK ist der einzige Hoffnungsträger der Kurden. Niemand sollte die Hoffnung und die Zukunft der Kurden unter Führung der PKK unter dem Motto der Kritik angreifen.“

Dennoch will ich weiterhin glauben, daß der von B. auch geäußerte Satz „Solidarische Kritik ist uns herzlich willkommen“ keine bloße Phrase ist. Jedenfalls werde ich nicht und sollte auch sonst niemand auf eine solche Kritik verzichten.

Dietrich Lohse

Wie vor 50 Jahren...

150 Polizisten umstellen Romawohnheim und verschleppen Romafrauen zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung

Köln, den 13.4.1995, Gründonnerstag: Um 6 Uhr morgens umstellen ca. 150 Polizisten die vier Baracken des Asylheims im Poller Holzweg in Köln. Sie stürmen in die Flure, verschaffen sich brutal Zugang zu den Räumen und reißen die dort lebenden Romafamilien aus dem Schlaf. Alle Romafrauen im „gebärfähigen Alter" werden von ihren Familien getrennt und aus den Zimmern abgeführt. Sie können sich noch nicht einmal richtig ankleiden bzw. waschen. Auf die Toilette dürfen die Frauen nur mit Bewachung und müssen bei offener Tür ihre Notdurft verrichten. Es spielen sich verzweifelte Szenen ab, weil die Familien, insbesondere die Kinder, davon ausgehen, daß ihre Mütter jetzt nach Bosnien, von wo die Mehrzahl der Familien stammt, abgeschoben werden. Alle Räume der Familien werden durchsucht, Männer und Kinder dürfen nicht auf die Flure hinaus.



39 Frauen werden zu bereitstehenden Polizeibussen geführt und gegen 8.00 Uhr zum Polizeipräsidium Waidmarkt gebracht. Die Busse werden im Innenhof geparkt, die Frauen müssen vier Stunden in den Bussen verbringen, ohne Essen und Trinken. Mehrere Babys sind dabei, die ständig weinen und nicht zu beruhigen sind. Nach und nach werden die Frauen aus den Bussen ins Präsidium geführt. Bei allen wird Blut entnommen, sie werden fotografiert und Fingerabdrücke werden abgenommen. Vier der Frauen werden in die Uni-Klinik gebracht und dort gynäkologisch untersucht. Gegen 12 Uhr werden die Frauen in Bussen zum Flüchtlingsheim zurückgefahren. Die Mitarbeiterinnen unseres Vereins stellen fest, daß die Mehrzahl der Frauen noch unter Schock steht und die männlichen Verwandten außer sich sind vor Empörung über das Verhalten der Polizei.

Der Rom e.V. stellt zu diesem ungeheuerlichen Vorgehen der Kölner Staatsanwaltschaft und Polizei folgendes fest:

1. Die Razzia auf einen ganzen Wohnblock erfolgte aufgrund eines einzigen Hinweises „aus der Bevölkerung". Statt sich an rechtsstaatliche Ermittlungspraxis zu halten, werden Menschen einer Minderheit kollektiv verdächtigt und mittels eines polizeilichen Überfalls verschleppt. Ältere Angehörige von Romafamilien, die noch am Sonntag an der Gedenkfeier im KZ Buchenwald teilgenommen hatten, fühlten sich an die Überfälle deutscher Wehrmacht und Polizei auf ihre Dörfer während der deutschen Besatzung erinnert.

2. Die durch das massive Polizeiaufgebot eingeschüchterten Frauen ließen sich weinend abführen, ohne daß sie bis zum Schluß überhaupt verstanden, warum diese Aktion stattfand. Insbesondere war ihnen nicht klar, daß sie in den Kreis der Tatverdächtigen für einen versuchten Kindesmord eingeordnet wurden. Eine für sie verständliche Übersetzung des Amtsgerichtsbeschlusses kam nicht zustande. Auf diese Weise wurde den Familien von vornherein die Möglichkeit genommen, sich gegen diese willkürlichen Maßnahmen, zum Beispiel durch Verständigung von Freundinnen des Rom e.V. und den ihnen bekannten Rechtsanwälten, zu wehren.

3. Die Willkürlichkeit und offene Rechtswidrigkeit des Einsatzes wird vor allem daran deutlich, daß Frauen abgeführt wurden, die von vornherein und offensichtlich überhaupt nicht als Tatverdächtige in Frage kommen konnten. Unter den Abgeführten befanden sich mehrere Mädchen im Alter von 12 bis 15 Jahren, Frauen, die erst am Tag zuvor zu Besuch gekommen waren - unter ihnen eine österreichische Staatsbürgerin -, außerdem Mütter mit wenige Wochen alten Säuglingen und schwangere Frauen. Die notwendige Einwilligung der Eltern für Blutentnahme und gynäkologische Untersuchung für die minderjährigen Mädchen wurde selbstverständlich nicht eingeholt. Die Anwälte des Rom e.V. stellen klar, daß das Vorgehen gegen von vornherein nicht tatverdächtige Personen keineswegs durch den § 81c Abs. 2 StPO gerechtfertigt ist und damit bereits formal rechtswidrig war.

4. Einen für die Romafamilien geradezu skandalösen Eingriff stellt die zwangswei-

se gynäkologische Untersuchung eines 15jährigen Mädchens dar, das noch nie eine Untersuchung auf einem gynäkologischen Stuhl erlebt hatte. Das Kind hat diesen Vorgang als ungeheure Entwürdigung erlebt, zumal es bei der Verletzung seiner Jungfräulichkeit für ihr weiteres Leben schwer gezeichnet wäre. Der Oberstaatsanwalt Weber besitzt die Dreistigkeit zu behaupten, daß diese Untersuchung selbstverständlich völlig freiwillig war.

5. Die Polizei nahm auch keinerlei Rücksicht darauf, daß mehrere Personen akut krank waren. Einer schwer kranken Frau zum Beispiel, die sich weigerte, mitzukommen, drohte sie damit, daß man andernfalls ihren Mann, der zwei Herzinfarkte hinter sich hat, festnehmen würde.

Wir stellen fest, daß das Vorgehen der Kölner Staatsanwaltschaft und Polizei nicht nur wie üblich bei Maßnahmen gegen Roma keinerlei Verhältnismäßigkeit der Mittel besitzt, sondern daß es sich in diesem Fall um eine eindeutige rechtswidrige Maßnahme und darüber hinaus um ein rassistisches Vorgehen handelt.

Keine einzige Bevölkerungsgruppe geschweige denn ganze Wohnblöcke in dieser Stadt würden derart kollektiv verdächtigt und überfallen, wenn es sich um vergleichbare Ermittlungen handelte.

Vor dem Hintergrund der betroffenheitstriefenden Erklärungen deutscher Politiker und Behörden zur Wiederkehr des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ist dieses Vorgehen nicht nur zynisch, sondern beweist erneut, daß die deutsche Justiz und Polizei nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt haben. Was soll es eigentlich, wenn der Polizeipräsident noch vor einem dreiviertel Jahr vor dem Präsidium eine Gedenkspur zur Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung der Roma im Beisein der Presse als „Mahnung auch für die Polizei" würdigte?

Der Rom e.V. wird folgende Maßnahmen ergreifen:

- Ein Bericht mit detaillierter Schilderung wird an die europäischen Menschenrechtsgremien von EU und KSZE und an die UNO gehen. In diesen Gremien ist der Rom e.V. als NGO (Nicht-Regierungsorganisation) registriert. Die europäischen Roma-Verbände werden umgehend von uns über den neuen Fall von offenem Rassismus in Köln informiert.
- Wir haben unsere Anwälte beauftragt, gegen die Verantwortlichen in der Staatsanwaltschaft und bei der Politei Strafantrag wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Beleidigung zu erstatten.
- Der Rom .V. erwartet von der Kölner Polizei und Staatsanwaltschaft umgehend eine Entschuldigung bei der Kölner Romabevölkerung. Sollte dies nicht erfolgen, wird sich der Verein vorbehalten, vor dem Präsidium, wie bereits heute erfolgt, Protestkundgebungen abzuhalten.

(Presseerklärung des Rom e.V. vom 13. April 1995; entnommen: *Jekh Chib* Nr. 4 vom Mai 1995)

Sozialhilfe nur bei deutschem Paß ?

Die Bundesregierung will mit einer breitflächigen Verschlechterung der Sozialhilfezahlungen im kommenden Jahr die Herausbildung einer Zone ständiger Armut für große Menschengruppen in dieser Gesellschaft weiter vorantreiben. Die Pläne aus dem Haus des CSU-Gesundheitsministers Seehofer sehen u.a. vor, etwa 600000 ausländischen Flüchtlingen nur noch bei „akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen" medizinisch zu behandeln und ihnen statt Sozialhilfe „Sachleistungen" auszuzahlen. Zugleich soll die zwangsweise Vermittlung von Sozialhilfebeziehern in Arbeitsstellen der Kapitalisten verstärkt werden. Die Tarifbruch-Strategie der BRD-Konzerne, die ähnlich wie die Konzerne in den USA auch hierzulande eine große Gruppe von „arbeitenden Armen" schaffen wollen, von Menschen, die trotz ständiger Arbeit nie aus extremer Armut herauskommen können, soll so staatlich unterstützt werden. Auch in seiner gezielten Attacke auf Flüchtlinge orientiert sich Seehofer offensichtlich an US-Rechten, die bereits bei den jüngsten Wahlen zum Entzug aller staatlichen Zahlungen an sogenannte „illegale Einwanderer", das Verbot des Schulbesuchs für Kinder und die Verweigerung medizinischer Versorgung für solche Flüchtlinge gefordert hatten. Wir dokumentieren einen ersten Protest der türkischen Föderation DIDF:

Im Rahmen der „umfassenden Sozialhilfereform" von Bundesgesundheitsminister Seehofer soll das Asylbewerberleistungsgesetz, das im November 1993 in Kraft getreten ist, aufgehoben und als „Ausländerleistungsgesetz" bzw. „Gesetz zur Neuregelung von Leistungen an Ausländer bei vorübergehendem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland" wieder eingeführt werden. Im Zuge des Asylbewerberleistungsgesetzes bekommen neu einreisende Asylbewerber/innen ein Viertel weniger staatliche Mindestunterstützung als Deutsche, und diese Hilfe wird nur als Gnadenbrot in Form von Naturalien und Sachleistungen gewährt. Das eigentliche Ziel war es, die Leistungskürzungen zuerst auf andere gesellschaftliche Gruppen und schließlich alle Arbeiter/innen auszudehnen. Nach eineinhalb Jahren schlägt Herr Seehofer zu.

Künftig sollen auch Bürgerkriegsflüchtlinge, geduldete Ausländer/innen und Asylbewerber/innen, die bereits länger als ein Jahr in Deutschland leben, ein Dasein unterhalb des Existenzminimums führen. Das geplante Gesetz dehnt aber nicht nur die monatlichen Sozialhilfekürzungen auf 600000 Ausländer/innen aus. Diese Menschen sollen in Zukunft nur noch zur „Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände" ärztlich behandelt werden. Auch körperlich, geistig und seelisch behinderte Flüchtlinge sollen nur noch dann medizinische Hilfe bekommen, wenn ihre Behinderung durch Krieg oder Bürgerkrieg verursacht wurde. *Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen Menschenrechte!*

Angeblich setzt sich die Bundesregierung überall für Demokratie und Menschenrechte ein, aber was hier in Deutschland gegenüber Asylbewerber/innen und Ausländer/innen praktiziert wird, kann man beim besten Willen nicht als menschenwürdig bezeichnen. Die Rolle der Bundesrepublik bei Kriegen in aller Welt ist nicht zu übersehen. Einer der Hauptverantwortlichen für Armut, Hunger und Krieg auf der Welt ist die Bundesrepublik Deutschland. Täglich werden Waffen- und Finanzhilfen an Länder wie die Türkei geliefert.

Die geplante Neuregelung beweist erneut, daß der deutsche Staat Nährboden für faschistische Parteien und Organisationen schafft. Der Staat erklärt die Ausländer/innen zu „Schmarotzern" und zu Zielscheiben faschistischer Angriffe. Die Tatsache, daß an Ausländer/innen sogar auf Kosten ihrer Gesundheit gespart werden kann, zeigt auch den Stellenwert, der ihnen in dieser Gesellschaft beigemessen wird. (...) Wieder wird versucht, deutsche Arbeiter/innen davon zu überzeugen, daß „Sparmaßnahmen" an Ausländer/innen zugunsten deutscher Arbeiter/innen sind. (...)

(aus: politische berichte 7/1995)

Meldungen

Freispruch für Rendsburger Antifaschisten

Am 2. September 1993 provozierte und bedrohte eine Gruppe von Neonazis BesucherInnen der Rendsburger Diskothek "Garage". Nachdem die Rechtsradikalen von den Diskothekenbesucher-Innen vertrieben wurden, fuhr wenig später ein Wagen an der Diskothek vorbei. Aus diesem Fahrzeug wurden mehrere Schüsse aus einer Gaspistole in die vor der Disko stehende Menschenmenge abgefeuert. Darauf raste das mit Rechtsradikalen besetzte Auto durch die Menge, dabei konnten sich einige BesucherInnen nur knapp durch einen Sprung zur Seite vor dem Wagen in Sicherheit bringen. Das Auto wendete und raste erneut an der Disko vorbei, dabei flogen aus der aufgebrachten Menge Flaschen in Richtung des PKW. Eine Flasche durchschlug das Fahrerfenster und fügte dem Rendsburger Faschisten Hauke Lage im Gesicht erhebliche Verletzungen zu.

Der Antifaschist F. wurde nun beschuldigt die Flasche geworfen und das Auto des Rechtsradikalen eine, bzw drei Wochen nach diesem Vorfall beschädigt zu haben. Im zwei Tage dauernden Prozeß vor dem Amtsgericht Rendsburg wurde deutlich, daß F. den Faschisten nicht verletzt haben konnte und die weiteren Beschuldigungen unhaltbar waren. Die Zeugen der Staatsanwaltschaft und Nebenklage, allesamt bekannte Rendsburger Rechtsradikale, widersprachen sich gegenseitig oder mußten sogar zugeben, daß sie vor der Polizei Falschaussagen abgegeben hatten. Somit sprach der Richter F. frei und gab allen einige moralische "seid doch nett zueinander" Ratschläge mit auf den Weg. Allerdings ist leider zu erwähnen, daß der Anwalt des Rechtsradikalen in Berufung gegangen ist, und das Ergebnis der Berufungsinstanz bleibt noch abzuwarten.

Flugblatt-Steckaktion von Rendsburger Neonazis zum 8. Mai

Am 8. Mai wurde in mindestens zwei Vororten Rendsburgs (Büdelsdorf und Fockbek) an zahlreiche Haushalte ein Flugblatt der "Jugendgemeinschaft Kreis Rendsburg-Eckernförde" verteilt. In diesem hetzt die Gruppierung gegen den 8. Mai als Tag der Befreiung. Die "Jugendgemeinschaft" fragt hämisch: "Befreiung - von wem, von was?". Mit den typischen Verdrehungen und dem Verschweigen von Tatsachen wird dann geantwortet: "Wir wurden durch Befreier von unseren Armbanduhren, Eheringen und Geldbörsen befreit (...) Unsere Tante in Schlesien befreite man beispielsweise von ihrem Haus (...)". Die bisher noch nicht in Erscheinung getretene "Jugendgemeinschaft Kreis Rendsburg-Eckernförde", mit Adresse über ein Postfach in Fockbek, setzt sich vermutlich aus Büdelsdorfer, Westerrönfelder und Fockbeker Neonazis zusammen.

(gekürzt aus GEGENGIFT - politische Informationen für Rendsburg und Umgebung Nr.20)

Fortsetzung von Seite 25

Wille, sich den immerhin zwei Sitze starken RCDS nicht als möglichen Koalitionspartner zu verprellen, sei dahin gestellt. Die Wirkung dieser Abstimmung ist jedenfalls fatal, das Stupa hat die die Nazi-Verbrechen verharmlosenden Geschichtsverbiegungen der Neuen Rechten an der Uni ein Stück weit salonfähig gemacht. Die LiBuLi zog daraus ihr Konsequenzen und trat sofort von dem bis dato von ihr geführten *AStA-Referat für politische Bildung* zurück.

Zu den Stupa-Wahlen Ende Juni ist der RCDS mit einer 27 Personen umfassenden und damit der personell größten Liste angetreten. Das bedeutet im Gegensatz zu den vergangenen Wahlen, daß der RCDS offensichtlich auf ein beachtliches Potential zurückgreifen kann, wobei zu befürchten ist, daß dies mit der Zunahme von VertreterInnen der neuen Rechten in den Reihen des RCDS in Verbindung steht.

Auf Listenplatz 13 des RCDS befindet sich Birga Bohlinger, Tochter des Betreibers des faschistischen Bohlinger-Verlags, die an der CAU durch rassistische Bemerkungen aufgefallen ist.

Es wird also deutlich, daß auch an der CAU Rechtsextreme mit Erfolg versuchen in konservative, bürgerlich-demokratische Gruppierungen einzudringen, um dort ihre faschistische Ideologie zu einer respektablen Meinung aufzubauen und damit rechtsextremes Gedankengut "hoffähig" zu machen. Damit steht neben der unerträglichen Relativierung der Nazi-Verbrechen in dem Flugblatt des RCDS die längerfristige Gefahr, daß im bürgerlichen Lager eine allgemeine Akzeptanz für faschistische Ideologie und Argumentation entsteht. Bei dem bisher als konservativ, aber nicht rechtsextrem eingeschätzten Kieler RCDS, ist die weitere Entwicklung und das Auftreten der Gruppierung also genau zu beobachten.

(Quellen: Flugblätter der LiBuLi und des RCDS) (waste)

Antifa-Cafe an der Uni: jeden Dienstag ab 13 Uhr im KOMM (Max Eyth-Str. 2)

Antifa Uni Plenum: Mittwochs 18 Uhr im KOMM

Neue Rechte an der Uni

RCDS stellt sich hinter den Aufruf „8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen“

Zum 8. Mai verteilte die Kieler Gruppe der CDU StudentInnenorganisation RCDS (Ring Christlich- Demokratischer Studenten) ein Flugblatt an der CAU, in dem sie sich hinter den von Neurechten und Rechtskonservativen um den Welt-Redakteur Zitelmann veröffentlichten Aufruf “Gegen das Vergessen” (siehe auch Artikel in diesem Heft) stellt. Der RCDS zitiert den Aufruf und benennt einige “respektable” Unterzeichner aus den bürgerlichen Parteien. Die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden der Republikaner und die mitunterzeichnenden Mitarbeiter der rechtsextremen Zeitung “Junge Freiheit” bleiben dagegen unerwähnt. Weiterhin wird in einem Absatz Ignaz Bubis, der sich über den Aufruf empört hatte und die Unterzeichnenden als “Ewiggestrige, die am liebsten alles, was zwischen ‘33 und ‘45 passiert ist fortsetzen würden - vielleicht in einer gemäßigteren Form, ohne gleich Völkermord zu betreiben,” bezeichnet hatte, mittels eines Zitats aus der FAZ als ewig mäklender Jude diffamiert.

Gegen diesen Aufruf des RCDS für das Vergessen und die Verbiegung der deutschen Geschichte wandten sich die Hochschulgruppen LiBuLi und Graue Panther in Flugblättern, die LiBuLi forderte den RCDS auf, diesen Aufruf zurückzuziehen. Darauf veröffentlichte der RCDS erneut mit dem bislang nicht in Erscheinung getretenen Fedor M. Mrozeck, der schon für den ersten Aufruf verantwortlich zeichnete, als V.i.S.d.P., ein weiteres Flugblatt. In diesem distanziert sich der RCDS allerdings nicht von seinem Aufruf, sondern rechtfertigt ihn als “Dokumentation verschiedener Meinungen”. Zudem verwies der RCDS auf die Meinungsfreiheit des Art. 5 Absatz1 Grundgesetz. Ein derartiges Verhalten ist an der CAU bereits aus dem letzten Jahr bekannt. Damals verteilten Burschenschafter Freiexemplare und Werbung für die rechtsextreme Wochenzeitung “Junge Freiheit”. Nachdem AntifaschistInnen an der CAU darauf aufmerksam gemacht hatten, daß die “Junge Freiheit” als neofaschistisch einzuordnen sei, verwiesen die neurechten Burschen, wie jetzt eben auch der RCDS, auf das Recht auf Meinungsfreiheit, um das Verteilen des Hetzblattes zu rechtfertigen.

Im Studierendenparlament der Uni (Stupa) fand eine weitere Auseinandersetzung mit den neurechten Tönen aus den Reihen des RCDS statt. Die LiBuLi stellte für die Sitzung am 22.05.1995 den Antrag den RCDS Stupa-Präsidenten Sven Donat sowie die Asta-Referentinnen des RCDS Gesche Busch und Gitta Butenschön ihrer Ämter zu entheben. In der Begründung heißt es: “Alle drei gehören dem RCDS an. Die Unigruppe dieses Studierendenverbandes brachte zum 8. Mai ein Flugblatt heraus, in dem die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten gegenüber dem Völkermord an den europäischen Juden und Jüdinnen als wesentlicher Inhalt des Gedenktages propagiert wird. Damit betrieb der RCDS eine Relativierung und Verharmlosung der Verbrechen Nazi-Deutschlands. Eine öffentliche Distanzierung von den Inhalten des Flugblatts erfolgte nicht. Damit sind die gennanten Personen als RepräsentantInnen der Studierendenschaft unhaltbar geworden.” Auf diesen Antrag reagierte der RCDS mit einem Dringlichkeitsantrag zur selben Sitzung; in diesem wurde das Stupa aufgefordert die Aussage in dem Flugblatt der LiBuLi “doch nicht nur inhaltlich macht sich der RCDS mit “Neuen Rechten” und Rechtsextremen gemein” als “Äußerungen, die den Straftatbestand der Beleidigung und der üblen Nachrede entsprechen” zu mißbilligen. Auf der Stupa-Sitzung tauchten dann etwa 30 Personen, die offensichtlich vom RCDS mobilisiert wurden, auf. Der Antrag der LiBuLi auf Absetzung der genannten RCDS Mitglieder wurde auf die nächste Stupa-Sitzung verschoben und der Dringlichkeitsantrag des RCDS debattiert. In der Debatte vertraten die RCDS-nahen Gäste, darunter auch Fedor M. Mrozek, dann massiv neurechtes Gedankengut, so daß jeder letzte Zweifel an den Absichten, die der RCDS mit Veröffentlichung des Aufrufs “Gegen das Vergessen” verfolgte, hinweggeblasen wurde. Zudem zeigte sich deutlich, daß der RCDS offensichtlich ohne Berührungsängste Neurechte in seinen Reihen duldet und diesen Raum für ihre Hetze gibt. Das Stupa entschied sich schließlich dazu, sich mit dem Antrag des RCDS nicht zu befassen, so daß ein Bekenntnis der sich bisher neutral verhaltenden Mehrheit der im Stupa vertetenen Gruppierungen gegen die bedenklichen Tendenzen beim RCDS ausblieb.

Am 12.6.1995 wurde der Antrag der LiBuLi schließlich im Stupa beraten. Der RCDS benutzte erfolgreich eine zweispurige Strategie. Zum einen stellte der vom RCDS gestellte Stupa-Präsident Sven Donat sich mitleidsheischend als von der LiBuLi gefordertes „Bauernopfer“ dar. Er thematisierte in erster Linie, daß er und die beiden RCDS-AStA-Referentinnen ja nicht rechts seien und daß sie doch gute Arbeit geleistet hätten. Die LiBuLi würde ihn in infamer Weise in die rechte Ecke rücken wollen. Er brachte es aber nicht über die Lippen, sich von dem 8. Mai Aufruf zu distanzieren; Donat bezeichnete ihn lediglich als „etwas unglücklich“. Auf der anderen Seite bemühten sich die anwesenden RCDS-Vertreter aus der Neuen Rechten, keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß der 8. Mai Aufruf vom gesamten RCDS getragen würde und es im RCDS keine rechte Fraktion gäbe. Der Aufruf sei nämlich vom RCDS-Präsidium einstimmig angenommen worden, ohne daß sich Widerspruch geregt hätte. Spätestens mit dieser Aussage war unzweideutig klar, daß der Aufruf des RCDS keine Veröffentlichung von „ein paar Rechten im RCDS“ war, sondern eine bewuße, von der RCDS-Spitze getragene Veröffentlichung dieses revisionistischen Aufrufes.

Nichtsdestotrotz stimmten lediglich 5 der 21 Abgeordneten für den Antrag der LiBuLi auf Abwahl des Stupa-Präsidenten Donat, 11 dagegen und zwei enthielten sich. Für die Abwahlanträge gegen die beiden AStA-Referentinnen Busch und Butenschön fanden sich sogar nur vier Stimmen. Damit hat also die Stupa-Mehrheit den 8. Mai-Aufruf des RCDS gebilligt und der Neuen Rechten an der Uni einen beachtlichen Erfolg beschert. Ob dabei für sich selbst wohl als linksliberal einstufende Gruppen, die die Mehrheit im Stupa stellen, in erster Linie politisches Unverständnis und Dummheit, was Aufrufe in Richtung der RCDS-Rechten wie: „Ich finde das gemein, ihr macht für Sven und Gesche alles kaputt!“ und das völlige Ausbleiben einer Beteiligung an der inhaltlichen Diskussion vermuten lassen oder der

Fortsetzung Seite 24

Rechter Terror in den USA

Als Im Februar 1995 zwei Antifaschisten aus den USA auf Einladung antifaschistischer Zeitungen in der Bundesrepublik Informationsveranstaltungen in mehreren Städten durchführten, war ein Thema bereits Gegenstand der Vorträge, das wenige Wochen später durch den Bombenanschlag von Oklahoma weltweite Schlagzeilen hervorrufen sollte: die Bewegung der Milizen.

Lenny Zeskind, lange Zeit als Forschungsdirektor des Center of Democratic Renewal (CDR) tätig, skizzierte nicht nur die verschiedenen Strömungen des US-amerikanischen Rechtsextremismus und Rassismus, sondern berichtete im Rahmen der Kieler Veranstaltung auch über die innenpolitischen Auseinandersetzungen in den USA um das Recht, Waffen tragen zu dürfen, sowie über die zunehmenden Aktivitäten und die wachsende Zahl von Milizen in den USA. Der Anschlag von Oklahoma, bei dem über einhundertundsechzig Menschen ermordet wurden, wird solchen rassistischen Milizen zugeschrieben. Diese haben auch Kontakte zu deutschen Nazis. Mehrfach soll Ewald Althans („Beruf: Neonazi“) die Michigan-Miliz besucht haben; im September 1994 reisten fünfzehn Mitglieder der Miliz von Montana nach Wittenberg, wo sie mit sächsischen und anhalitischen Neonazis Wehrsportübungen durchführten. Um einige Eindrücke vom Wesen der Milizen zu geben, haben wir einen längeren Artikel aus der USA-Zeitung "Covert Action Quarterly" übersetzt.

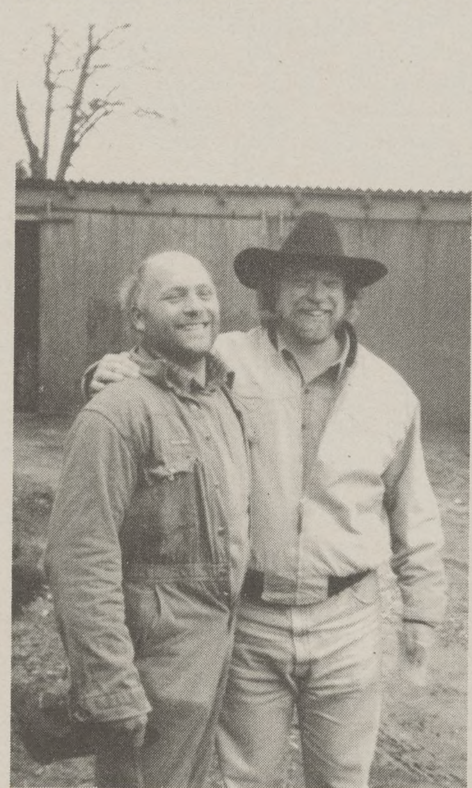
Zweiter Gast aus den USA war Roger Allison, Direktor des Missouri Rural Crisis Center, einer Selbsthilfeorganisation im Bereich der Landwirtschaft. Vor der Veranstaltung hatten wir dank der Hilfe durch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL) Gelegenheit, zwei Höfe zu besuchen. Dort stellte sich rasch heraus, daß die Situation der kleinen und mittleren Familienbetriebe, u.a. ihre Probleme mit den Agrarkonzernen, in den USA und Deutschland große Ähnlichkeiten aufweist. Kein Wunder also, daß schnell eine Diskussion über Kälberzucht, Milchpreise und Ökologie entstand. Abends erläuterte Roger den BesucherInnen der Veranstaltung dann den antifaschistischen Ansatz, mit dem **Missouri Rural Crisis Center** *den Agitationsversuchen faschistischer und antisemitischer Organisationen, die für die Agrarkrise „jüdische Bankiers“ verantwortlich machen, das Wasser abzugraben. Insgesamt ein interessanter und gelungener Besuch antifaschistischer Freunde aus den USA, der vom Bildungswerk anderes lernen e.V. unterstützt wurde.*

Der Aufstieg der Milizen

Der Winter ist rauh in Westmontana. Kurze Tage sowie bitterkalte und heftige Schneefälle verstärken die Abgeschiedenheit der kleinen Orte und einsamen Höfe, die entlang der breiten Flußniederungen und der Scheitelpunkte der nördlichen Rocky Mountains verstreut sind. Aber im Februar 1994 - mitten im Winter - fegte eine Welle von Furcht und Paranoia durch die Region, stark genug, um die Leute aus Montana davon zu überzeugen, den Unbilden des Wetters zu trotzen. Hunderte von Leuten kamen zu Treffen in den kleinen Orten, um die Geschichten von mysteriösen schwarzen Hubschraubern zu hören, die quer durch die USA gesehen worden waren, und von fremdem Militärgerät, daß mit dem Zug und auf Lastwagen quer durchs Land geschafft wurde, um auf die Invasion einer feindlichen Regierungsmacht vorbereitet zu sein, die mit Unterstützung von UN-Truppen die Errichtung einer Neuen Ordnung beabsichtige.

In Hamilton (1700 BewohnerInnen) am Fuß der Bitterroot Berge, die Idaho und Montana trennen, kamen 250 Leute; 200 weitere sammelten sich in Eureka (1000 BewohnerInnen), zehn Meilen von der Grenze nach Kanada entfernt. Und 800 Menschen trafen sich in Kalispell am Fuße des Glacier Nationalparks. Die Organisatoren der Treffen ermutigten ihr Publikum dazu, Bürgerwehren zu bilden, um sich vor der herannahenden militärischen Bedrohung zu schützen.[1]

Meistens leitete John Trochmann, ein drahtiger weißhaariger Mann in den Fünfzigern, die Versammlungen. Trochmann lebt in der Nähe der Grenze von Idaho in Noxon (270 BewohnerInnen), einem Ort, der sich sehr gut für eine strategische Verteidigung eignet. Eine einspurige Brücke über den Fluß Clark Fork ist der einzige Zugang, und eine Kette von Hügeln hinter der Stadt macht sie zu einer Art natürlicher Festung. Von dieser Bastion aus führen Tronchmann, sein Bruder David und sein Neffe Randy die "Milizen von Montana" (MOM), einen öffentliche Aufmerksamkeit suchenden Verein, der "Miliz-Unterstützungsgruppen"[2] organisiert und auf Flugblättern oder Kassetten eine ganze Reihe von Geschichten von einer geheimen globalen Verschwörung durch die USA-Regierung verbreitet. MOM stellt außerdem Anleitungen zur Verfügung, wie Bürgerwehren zur Abwehr dieser Bedrohung organisiert werden können.



Ottmar Stollwerck Bio-Landwirt und AbL-Mitglied, und Roger Allison aus den USA

Der Verfolgungswahn der Milizen

Es ist schwer, vom Besuch der öffentlichen Treffen auf die Zahl der Milizen und ihrer Mitglieder in Montana zu schließen, oder auch ob sie, wie es oft behauptet wird, militärisches Training und Übungen durchführen. Dasselbe gilt für das ganze Land; es gibt wenig zuverlässige Informationen, wie viele beteiligt sind und was sie tatsächlich

machen.

Aber die Trochmanns sind sicherlich nicht alleine mit ihrer wachsenden Furcht vor der Bundesregierung und ihrem Ruf nach Waffen. Im Januar hatten Beobachter der Milizbewegung Aktivitäten in wenigstens 40 Bundesstaaten festgestellt - mit vorsichtig geschätzt wenigstens zehntausend fester organisierten Mitgliedern - und deutlichem Wachstum.[3]

Das Auftauchen der bewaffneten Milizen erhöht die Spannungen in einer Region, in der es ohnehin bereits Auseinandersetzungen um Fragen der Umwelt und der Landnutzung gibt.

Eine Bedrohung, die unmittelbar mit den Milizen in Verbindung gebracht wird, tauchte im November 1994 während einer öffentlichen Versammlung in Ewerett, Washington auf. Zwei Männer näherten sich Ellen Gray, einem Aktivisten der Audubon Gesellschaft. Einer von ihnen, später als Darryl Lord identifiziert, legte nach Aussagen Grays eine Henkersschlaufe auf einen in der Nähe stehenden Stuhl und sagte: "Dies ist eine Mitteilung für dich". Außerdem verteilte er Karten, auf der eine Henkersschlaufe und das Motto "Verrat = Tod" auf der einen Seite, und die Parole "Ökofaschisten go home" auf der anderen Seite abgebildet war. Der andere Mann sagte zu Gray: "Wenn wir dich nicht an der Wahlurne erledigen können, dann eben mit einer Kugel. Wir haben eine Miliz mit 10.000 Mitgliedern".[4] In einer späteren schriftlichen Einlassung bestritt Lord, diese Drohung gemacht zu haben, jedoch nicht, die Henkersschlaufe mit zur Versammlung gebracht zu haben.[5]

Milizen, "Patrioten" und Wütende Weiße

So wichtig Umweltaspekte im Westen sind, so sind sie jedoch nur ein Aspekt, der die Milizbewegung antreibt. Die Milizen haben enge Beziehungen zu der bereits länger bestehenden und breit organisierten Bewegung der "Patrioten", aus der sie hervorgegangen sind und die ihre Weltanschauung unterfüttert. Folgt man Chip Berlet, der die Aktivitäten der extremen Rechten seit zwanzig Jahren wissenschaftlich verfolgt, so besteht diese Bewegung aus locker verbundenen Organisationen und Einzelpersonen, die an eine Weltverschwörung glauben, bei der politische und wirtschaftliche Schlüsselereignisse von einer kleinen Gruppe von elitären Insidern manipuliert werden.

Auf dem ganz rechten Flügel der Bewegung der "Patrioten" befinden sich die Vertreter der "Weißen Vorherrschaft" und Antisemiten, die daran glauben, daß die Welt von einer Gruppe jüdischer Banker kontrolliert wird. Diese Position wird u.a. von der *Liberty Lobby* und ihrer Wochenzeitung *Spotlight* vertreten. Am anderen Ende des recht eng zusammenliegenden Spektrums befindet sich die *John Birch Society*, die sich wiederholt vom Antisemitismus distanziert hat, aber einer eigenen paranoiden Vision anhängt. Für die Bircher sind es nicht die Rothschilds, sondern solche Einrichtungen wie der Council on Foreign Relations, die Trilaterale Kommission und die UNO, die im geheimen das Sagen haben.[6]



Von Generation zu Generation

Dieses rechtsextreme Milieu ist Ausgangspunkt einer Vielzahl von Bewegungen, u.a. den "Identity Christians", "Constitutionalists", Steuerprotestler und Überbleibseln der halbgeheimen *Posse Comitatus*. Mitglieder der *Christian right*, die sich an der Verschwörungstheorie orientieren, die Pat Robertson 1991 in seinem Buch "The New World Order" niedergeschrieben hat, zählen auch zu diesem Spektrum.[7] Berlet schätzt, daß etwa 5 Millionen Amerikaner/innen sich selbst in diesem Sinne als "Patrioten" bezeichnen.[8]

Während diese Bewegung der "Patrioten" seit jeher in der USA-Gesellschaft existiert hat, ist sie in den letzten Jahren deutlich gewachsen.[9] Hierfür sind drei Gründe ausschlaggebend. Einer ist das Ende des „Kalten Krieges". Über 40 Jahre lang hatte die "internationale kommunistische Gefahr" Verschwörungstheoretiker in ihren Bann gezogen. Aber mit dem Kollaps des Ostblocks wandten sie sich in ihrer Suche nach Feinden der Bundesregierung zu, der man schon vorher ablehnend gegenüberstand.

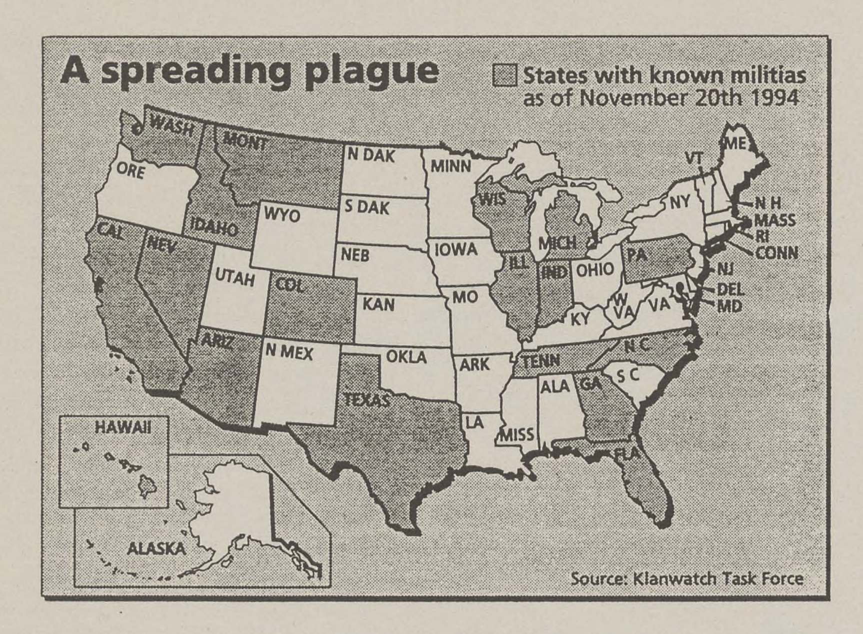
Die anderen Gründe sind wirtschaftlicher und sozialer Art. Während aus der Bewegung der "Patrioten" umfangreich für die Milizen rekrutiert wird, kommen ihre Mitglieder wiederum aus der großen und wachsenden Zahl von US-BürgerInnen, die enttäuscht und entfremdet sind von einer Regierung, die indifferent, wenn nicht feindlich gegenüber ihren Interessen ist. Diese meist weißen Männer aus der Mittel- und Arbeiterklasse sind von der weltweiten Strukturkrise geschüttelt worden, die sinkende Löhne und soziale Verwerfungen gebracht hat. Zu den wirtschaftlichen Problemen kam noch, daß dieser Bereich mit seinen traditionellen Privilegien und seinem Status durch die sozialen Bewegungen der 60er Jahre, wie die Frauenbewegung, Minderheitenorganisationen und Umweltschutzgruppen in Frage gestellt wurde.

Irgendjemandem muß die Schuld gegeben werden. Aber im aktuellen politischen Kontext ist eine seriöse fortschrittliche Analyse nicht sichtbar, während die Bewegung der "Patrioten" eine Reihe von Antworten bereitstellt. Unglücklicherweise sind sie falsch.[10]

Ruby Ridge und Waco

Zwei Ereignisse der jüngsten Zeit haben die Leidenschaft der Patrioten angestachelt und die Bildung der Milizen gefördert. Die erste war die Auseinandersetzung des FBI mit dem Vertreter der "Weißen Vorherrschaft" Randy Weaver am Ruby Ridge, Idaho, als FBI-Beamte Weavers Sohn und Frau töteten. Das zweite war der Angriff auf David Koresh und seiner Anhänger im Davidianer-Stützpunkt in Waco, Texas, im April 1993.[11] Die Agitatoren der Milizbewegung beziehen sich bei ihrem Versuch, die Milizen als Verteidigungsmaßnahmen der Bürger gegen die feindliche Bundesregierung darzustellen, auf Ruby Ridge und Waco.

Das ungute Gefühl und der Ärger gegenüber der Bundesregierung wurde durch die Verabschiedung des Brady-Gesetzes, das eine Wartezeit und ein Prüfverfahren beim Kauf von Handfeuerwaffen vorsieht, und des Verbrechensgesetzes, das den Verkauf bestimmter Typen von Sturmgewehren untersagt, hervorgerufen. Für einige Mitglieder der Bewegung der "Patrioten" stellen diese Gesetze die ersten Maßnahmen der Bundesregierung zur völligen Entwaffnung der BürgerInnen dar, der dann die so gefürchtete Invasion der UNO und



Verbreitung von rechtsradikalen Milizen

die Errichtung der "Neuen Weltordnung" folgen werde.[12]

Aber während die Waffenkontrollgesetze Weltuntergangsvisionen unter den "Patrioten" hervorriefen, verärgerten sie auch andere Waffenbesitzer. Einige wurden so für die Verschwörungstheorien und die Werber der Milizen ansprechbar, die diesen radikalen Schritt mit dem Zweiten Verfassungszusatz rechtfertigen: "Da eine wohlorganisierte Miliz zur Sicherheit eines freien Landes nötig ist, darf das Recht der Bürger auf den Besitz einer Waffe nicht behelligt werden."

Rechte Organisationen haben diesen Verfassungszusatz seit langem dazu benutzt, die Aufstellung bewaffneter Verbände zu rechtfertigen. Der *Ku Klux Klan* begann als Miliz, und die Idee der Milizen geisterte schon immer in den Kreisen der Vertreter "weißer Vorherrschaft" herum. Auch bei der "Christian Right" fand sie Verbreitung. Anfang der 90er Jahre verbreitete die *Coalition of Revival*, ein einflußreiches bundesweites Netzwerk der "Christian Right", einen 24-Punkte-Aktionsplan. Dieser befürwortete die Aufstellung "einer Bezirksmiliz gemäß der US-Verfassung, unter der Kontrolle des Bezirkssheriffs und eines Überwachungsgremiums".[13]

Wie die Bewegung der "Patrioten" so variieren auch die Milizen in Zahl und Ideologie. Im Osten scheinen sie enger an die *John Birch Society* angelehnt zu sein. In New Hampshire zum Beispiel tritt die 15-köpfige *Miliz zur Verteidigung der Verfassung* mit verschiedenen Verschwörungstheorien auf und macht Lobbyarbeit gegen die Waffenkontrollmaßnahmen.[14] Im Mittleren Westen haben einige Milizen enge Kontakte zur "Christian right", besonders zum radikalen Flügel der "Anti-Abtreibungsbewegung". In Wisconsin hat Matthew Trewhella, Anführer der *Missionaries to the Preborn*, paramilitärische Trainingskurse für seine Sektenmitglieder organisiert.[15]

Und in Indianapolis rief Linda Thompson, die selbsternannte amtierende Generaladjutantin der "Unorganisierten Miliz der USA", im letzten September zu einem bewaffneten Marsch auf Washington auf, um eine Untersuchung der Belagerung von Waco zu fordern. Obwohl sie den Marsch später absagte, weil niemand darauf ansprang, blieb sie eine der bedeutenden Milizführerinnen.[16] Während Thompson sich bei ihren Tiraden auf die US-Gesetzgebung und die "Neue Weltordnung" konzentriert, hat ihr Auftreten die *John Birch Society* dazu gebracht, ihre Mitglieder vor einem engen Kontakt mit ihr zu warnen.[17]

Trotz gewisser Unterschiede in ihren Motiven passen die Milizen in die Bewegung der "Patrioten". Und ein immer wiederkehrendes Thema für sie alle ist ein tiefsitzender Frust und die Ablehnung der Bundesregierung. Nirgendwo sitzt diese Abneigung tiefer als im Westen der Rocky Mountains, Ausgangspunkt solcher Aktivitäten seit jeher. Die *John Birch Society* hat hier eine größere Anhängerschaft als irgendwo anders.[18] Und hier war die Unterstützung für den Präsidentschaftskandidaten Ross Perot am größten.

Und nirgendwo im Westen sind die Vorbehalte gegen die Bundesregierung stärker als entlang des Gebirgsgrates, der den Zipfel von Idaho von Montana trennt. In den letzten beiden Jahrzehnten ist diese verlassene Gegend zu einem Gebiet von Anhängern der "Christian Identity" geworden, einer religiösen Doktrin, die die Weißen als wahre Israeliten ansieht und die Schwarzen und andere Farbige als nichtmenschlichen "Dreck".[19]

Mitte der 70er Jahre zog Richard Butler, ein Neonazi aus Kalifornien, der einen selbsterklärten Krieg gegen das "Zionistische Besatzungsregime" führt, nach Idaho in den Ort Hayden Lake, um ein Lager der "Aryan Nations" aufzubauen. Er sah den Nordwesten mit seiner geringen Bevölkerungsdichte als Gegend an, in der Gottes Königsreich errichtet werden könne. Butler ging auch davon aus, daß eine reinrassige Nation eine Armee benötigt.[20]

Butler wurde älter und seine Organisation ist in verschiedene Fraktionskämpfe verstrickt. Aber er hat zur Bildung eines Milieus beigetragen, in dem Milizen gedeihen. Im Mai 1992 gründete einer seiner Nachbarn und Anhänger, Eva Vail Lamb, die "Miliz von Idaho". Im selben Jahr war Lamb zentraler Organisator der Präsidentschaftskampagne von Bo Gritz, einer anderen Schlüsselfigur der Milizbewegung.[21]

Bo Gritz und die Ursprünge der Milizen

Bo Gritz, früheres Mitglied der Green Berets, ist ein Möchte-Gern-Rambo, der verschiedene private Unternehmungen nach Südostasien durchgeführt hat, um nach US-Kriegsgefangenen zu suchen. Außerdem hat er eine lange Karriere bei den "Patrioten". Er hat nachgewiesene Verbindungen zu den Führern der "weißen Vorherrschaft" und behauptet, daß die US-Zentralbank von acht jüdischen Familien kontrolliert wird.[22] 1988 kandidierte er für die *Populist Party*, eine Wahlplattform von Neonazis, dem Ku-Klux Klan und anderen rassistischen und antisemitischen Organisationen[23], für das Amt des Vizepräsidenten. Sein ebenfalls kandidierender Kumpan war David Duke, ein früheres Mitglied des Klans. Gritz stritt später jede Beziehung zu Duke ab, aber 1992 trat er erneut für die *Populist Party* als Präsidentschaftskandidat an.

Er trat zudem als Mentor der Milizen auf. Während der Wahlkampagne im Jahr 1992 ermunterte er seine Anhänger zur Bildung von Milizen[24], und er selbst spielte bei einem der Ereignisse eine Schlüsselrolle, die die Milizbewegung ins Leben riefen: der Angriff der Bundesbehörden auf das Anwesen der Weaver-Familie in Ruby Ridge, Idaho.

Mitte der 80er Jahre zog Randy Weaver, ein Maschinist aus Waterloo, Iowa, nach Ruby Ridge ins Grenzland im Norden. Als Vertreter der "weißen Überlegenheit", der

sich antistaatlichen Verschwörungstheorien verbunden fühlte, besuchte er mindestens drei Male Kongresse von Richards Butlers *Aryan Nations*.[25] Und von der tief verwurzelten rechtsextremen Vorstellung beeinflußt, daß der Bezirk die höchste Regierungsstufe sein solle, kandidierte er sogar für das Amt des Bezirkssheriffs.

Aber 1991, nachdem er wegen Waffenangelegenheiten inhaftiert worden war, entzog er sich der Gerichtsverhandlung und verkroch sich in seinem Bergstützpunkt. Im August 1992 führte der Versuch der Bundespolizei, ihn zu verhaften, zu einer Belagerung, bei der Scharfschützen des FBI seine Frau und seinen Sohn töteten; Weavers Kamerad Kevin Harris erschoß einen Bundespolizisten. Gritz tauchte auf und bot sich als Verhandler zwischen dem FBI und Weaver an. Schließlich überzeugte er Weaver davon, aufzugeben und die 11-tägige Belagerung zu einem Ende zu bringen. Diese Episode brachte Gritz bundesweite Bekanntheit und machte ihn zu einem Helden der Rechten.[26]

Er beeilte sich, diesen Mythos und die durch die Tötung der Weavers verursachte Entrüstung auszunutzen. Im Februar 1993 rief Gritz sein sehr profitables SPIKE-Trainingsangebot ins Leben (SPIKE-Specially Prepared Individuals for Key Events). Das zehnteilige Reiseprogramm stützte sich auf die Erfahrungen von Gritz bei der US-Spezialeinheit Special Forces und bestand in hartem Unterricht von Überlebenstechniken und paramilitärischem Training. Gritz, der inzwischen mehrere hundert *Christian Patriots* in Oregon, Washington, Idaho, Kalifornien und anderswo ausgebildet hat, sieht das Training als zentrale Vorbereitung für Mitglieder von Milizen an.[27]

MOM

Die Randy-Weaver-Schießerei führte auch direkt zur Formierung von Trochmanns *Miliz von Montana* (MOM). Im September 1992 unterstütze John Trochmann die Gründung der *United Citizens for Justice*, eine Unterstützungsgruppe für seinen Freund Weaver. Ein weiteres Vorstandsmitglied war Chris Temple, der regelmäßig für die Zeitschrift *Jubilee* schreibt, einer bedeutenden Publikation der *Christian Identity*. Temple betätigte sich im Westen Montanas auch als Aktivist in der Präsidentschaftskampagne von Gritz. Eine der ersten Einschreibelisten der MOM wurde von den UCJ versandt.

Aber trotz Trochmanns Verbindung zu den Anhängern "weißer Überlegenheit" und der *Christian Identity* ist deren Propaganda auffällig abwesend in den Schriften der MOM.[28] Stattdessen verkauft Trochmann die populäre UN/Neue-Weltordnung-Theorie mit einem Zungenschlag gegen Großkonzerne. Das Komplott, so behauptet er, habe zum Ziel, die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2000 auf 2 Milliarden zu reduzieren.[29]

In öffentlichen Veranstaltungen zitiert er Agenturmeldungen, Regierungsdokumente und Informationen seines eigenen Geheimdienstes. Trochmann berichtet auch über mysteriöse schwarze Hubschrauber und bringt sie mit der UN-Verschwörung in Verbindung. In einer seiner Vorträge, die als MOM-Video verbreitet werden, zeigt er zum Beweis eine Karte von der Rückseite einer Kix-Getreidepackung, auf der die USA in zehn Regionen unterteilt sind, was seiner Ansicht nach einen aktuellen Plan zur Teilung und Besetzung des Landes darstelle.[30]

Die Trochmanns halten Vorträge im ganzen Land und sind Teil eines sehr wirksamen Mediennetzwerks, das Versandaktionen, Fax, Videos, Radiosendungen, TV und das Internet nutzt, um seine apokalyptische und paranoide Weltanschauung zu verbreiten.[31]

Die Trochmanns nutzen alle diese Wege zur Verbreitung von MOM-Material; hierzu gehört auch das Organisationshandbuch, das eine Modellstruktur für Milizen enthält und die Ziele der MOM erläutert: "Die Zeit ist gekommen, um unsere Verbundenheit mit großen moralischen Werten zu erneuern und den weltlichen Humanisten und den selbsternannten Interessengruppen, einschließlich den Privatunternehmen, die Kontrolle der Regierung aus den Händen zu nehmen."[32]

Es hat sich zudem gezeigt, daß MOM landesweit sog. Miliz-Unterstützungsgruppen in einem Nachrichtennetzwerk organisiert hat, die MOM ständig mit Informationen versorgen, die in die Verschwörungstheorien eingebaut werden. Entsprechend gut vorbereitet waren die Tronchmanns, als in einer abgelegenen Ecke im Westen ein weiterer Brandherd entstand.

> Einer der Bestseller neonazistischer Literatur in den USA sind die sog. „Turner Diaries". Gegenstand der „Tagebücher" ist eine 1999 abgeschlossene „Great Revolution", die die USA in ein 18. Jahrhundert zurückbombt, wie es sich weiße Rassisten vorstellen: ein weißes Amerika, ländlich, rein und patriarchalisch, frei von Bevormundung durch Washington und vom „jüdischen Joch". Was als Protest gegen ein neues Waffengesetz beginnt, wird bald zu einer Generalrechtfertigung von Massenmord, Rassenwahn und Antisemitismus, die „in einer abschließenden Säuberung aller unerwünschten rassischen Elemente" endet. US-Neonazi William Pierce, Autor der „Turner Diaries", entwickelt in Romanform den Weg zur Machtergreifung. Eine Station ist die Zerstörung eines FBI-Gebäudes: „Gestern morgen um 9.15 Uhr detonierte unsere Bombe im FBI-Hauptquartier in Washington (...) Nach den letzten Schätzungen kamen etwa 700 Personen bei der Explosion um oder starben später in den Trümmern". Die Parallelen zum Anschlag in Oklahoma sind unübersehbar.

Die Bewegung für die Bezirksregierung

Im Bezirk Catron in New Mexico hat sich die Milizbewegung mit einigen anderen Strömungen der Anti-Regierungs-Rechten zusammengefunden und stellt eine neue Herausforderung für die Bundesregierung dar. Catron, im trostlosen Südwesten von New Mexico gelegen und mit einer Bevölkerung von weniger als 3000 Leuten, war Schauplatz einer neuen Herausforderung hinsichtlich der Kontrolle öffentlichen Landes durch die Bundesregierung. Im Rahmen dessen, was als die *Bewegung für die Bezirksregierung* bekannt geworden ist, war Catron der erste Verwaltungsbezirk, der die Aufsicht der Bundesbehörden über dieses Land gesetzlich in Frage stellte.

Dies entstand aus einem Konflikt zwischen örtlichen Farmbesitzern und Vertretern der Bundeslandbehörde über Bundesweideland. Bezirksstaatsanwalt James Catron, dessen Vorfahren dem Bezirk seinen Namen gaben, verbündete sich mit der Staatsanwältin von Wyoming, Karen Budd, einer langjährigen Feindin der Umweltschutzgesetzgebung[33], um die Bezirksverordnung von Catron zu schaffen. Diese legte fest, daß der Bezirk höchste Instanz bzgl. des öffentlichen Grundbesitzes sei , und damit schloß es die US-Forstverwaltung von der Beweidung sogar seiner eigenen Ländereien aus.[34]

Aber diese Festlegungen dienen auch den Interessen der natürliche Ressourcen ausbeutenden Industrie. Weil es für diese recht einfach ist, Bezirksregierungen zu kontrollieren, geben ihnen die Verwaltungsvorschriften ein nützliches Mittel an die Hand, um Bundesumweltgesetze und Vorschriften zu umgehen. Die Bezirksgesetze von Catron haben sich seitdem im Westen und seit kurzem im Mittleren Westen durch die *National Federal Lands*

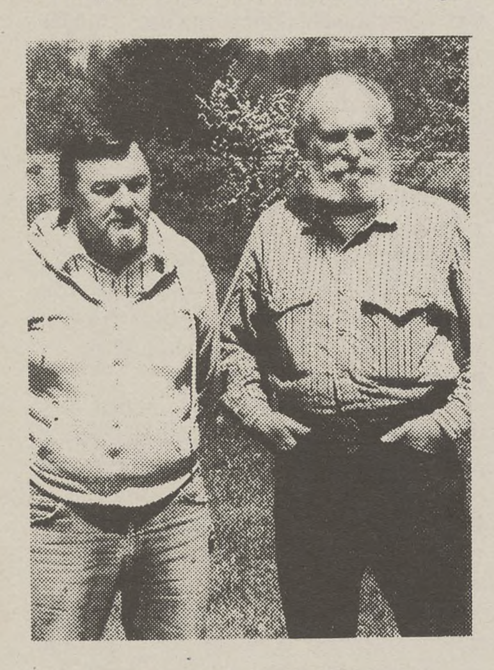
Conference of Bountiful, Utah, verbreitet, die Teil der Anti-Umweltschutz „Wise use"-Bewegung ist.[35]

Über einhundert Bezirke im Westen haben eine ähnliche Gesetzgebung verabschiedet, auch wenn diese Vorschriften auf schwachen gesetzlichen Füßen stehen. Die Vorschriften des Boundary-Bezirks, Idaho, sind von einem Gericht aufgehoben worden, und die Anträge der Bundesbehörden bzgl. der Bezirksgesetzgebung in Washington werden vermutlich obsiegen; das höchste Gericht der USA hat zudem wiederholt die Oberhoheit der Bundesbehörden über öffentliches Land betont.[36]

Trotzdem hat die Bewegung der Bezirksregierungen erfolgreich das Kräfteverhältnis zwischen der Bundesbehörde und den Bezirksverwaltungen verändert- und sei es durch Einschüchterung. Im Bezirk Catron hat der Sheriff damit gedroht, den Chef des örtlichen Büros der Forstverwaltung einzusperren. Zudem hat der Bezirk eine Regelung erlassen, die "umfangreiche Gewaltanwendung" vorhersagt, wenn die Bundesregierung auf der Durchsetzung der Weidevorschriften besteht.[37]

Tatsächlich sehen sich UmweltschützerInnen im Westen einer feindlichen Stimmung gegenüber. David Helvarg schreibt, daß es hunderte von Vorfällen von Bedrohung und körperlicher Gewalt in den letzten Jahren gegeben hat.[38] Sheila O'Donnell, eine Forscherin aus Kalifornien, die Bedrohungen von Umweltschützern recherchiert, stellt fest, daß diese Bedrohungen zunehmen.[39]

Der Bezirk Catron war Ort mindestens eines dieser Vorfälle. Richard Manning, ein örtlicher Farmer, beabsichtigte die Eröffnung einer Fabrik an der Challenger-Mine auf Land der Forstverwaltung in den Mogollon-Bergen. Forstverwaltung und staatliche Inspektoren wollten herausfinden, ob giftige Minenabfälle in das Grundwasser gelangen. Nach Aussagen verschiedener Mitarbeiter der Forstverwaltung drohte Manning damit, daß jedem Inspekteur "einhundert Mann in Waffen" gegenübertreten würden. Manning bestritt diese Äußerung.[40]



Bob Fletcher (links), John Trochmann

Gegen Erstattung der Kopier- und Versandkosten sind über die ATZE-Adresse folgende Informationsschriften aus den USA zu beziehen:

Montana Human Rights Network
A SEASON OF DISCONTENT
MILITIAS, CONSTITUTIONALISTS, AND THE FAR RIGHT
May 1994, 6.- DM

Coalition for Human Dignity Special Report
PATRIOT GAMES
Jack McLamb & Citizen Militias
1994, 3.- DM

Anti-Defamation League
ARMED & DANGEROUS:
Militias take aim at the federal Government
1994, 5.- DM

Lieferung nur gegen Vorkasse !

Milizen und die Macht der Bezirksregierungen

Die Bewegung für die Bezirksregierung und die Milizen sind ideologisch verwandt in dem Gedanken, der lange in rechten Zirkeln beliebt war, daß der Bezirk die höchste Regierungsebene und der Sheriff die höchste gewählte Instanz ist. *Posse Comitatus* - der Name einer rechtsextremen, halbgeheimen Anti-Steuer-Organisation, meint wörtlich "die Macht des Bezirkes".

Eine Miliz wurde im Bezirk Catron formiert, die rasch einen Zwischenfall provozierte, der das große Maß an Paranoia deutlich macht, das in der Region herrscht. Im September letzten Jahres, zwei Tage nach dem ersten Treffen der Miliz, trafen Vertreter des FBI und der Nationalgarde im Bezirk Catron ein, um nach dem Körper eines Menschen zu suchen, der ein Jahr vorher in den nahen Mogollon-Bergen getötet worden war. Eine Reihe von Milizmitgliedern wollte diese offizielle Version nicht glauben und floh aus ihren Häusern.[41]

Der Catron-Bezirk mag ein Vorreiter sein: Die Bezirksregierung und die Miliz handeln im Einklang. Im Oktober 1994 veröffentlichte die Nationale Landkonferenz in ihrem Rundbrief einen Leitartikel, der explizit zur Bildung von Milizen aufrief. Der Artikel, der sich auf Informationen der Miliz von Montana und anderer miliz-freundlicher Organisationen in Idaho und Arizona stützte, endete mit den Worten: "Niemals in unserer Geschichte, seitdem die Kolonien ihre Unabhängigkeit von der langen Kette von Mißbräuchen durch König George erklärt haben, hat unser Land eine aktive Miliz quer durch Amerika benötigt, um uns vor dem Monstrum zu schützen, welches wir die Bundesregierung haben werden lassen. Lang lebe die Miliz! Lang lebe die Freiheit! Lang lebe die Regierung, die das Volk fürchten muß!"[42]

Rauch am Horizont

Derartige Brandreden, sehr verbreitet in der Milizbewegung, machen eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und Mitgliedern der Milizen immer wahrscheinlicher. Wenn das bisherige Verhalten ein Indiz ist, so ist die Exekutive des Bundes nur allzu bereit, mit entsprechenden Mitteln zu antworten.

Natürlich sind die Milizen keine echte militärische Bedrohung für die Bundesregierung. Aber sie bedrohen die Demokratie. Bewaffnete Milizen, die von paranoiden Verschwörungstheorien angetrieben werden, können demokratische Prozesse unmöglich machen, und in manchen ländlichen Regionen im Westen läßt sich dies bereits erkennen.

So bedohlich wie die Milizen für einen schwelenden rechtsextremen Populismus - mit ihren tatsächlichen und eingebildeten Beschwerden, angeheizt durch eine Politik der Vorurteile und der Sündenbockmarkierung - sind, so sind sie nur eine Spur davon entfernt, eine amerikanische faschistische Bewegung zu entflammen.

Die heutige Milizbewegung ist wie ein Buschfeuer an einem heißen Sommertag an der Spitze einer hohen und trockenen Bergkuppe im Landzipfel von Idaho. Wie jeder dort weiß, haben diese Buschfeuer die Tendenz, außer Kontrolle zu geraten.

(Daniel Junas;
Covert Action Quarterly Nr. 52,
Frühjahr 1995)

[1] Montana Human Rights Network, "A season of Discontent: Militias, Constitutionalists, and The Far Right in Montana", May 1994

[2] Paramilitärische Formationen sind in Montana illegal. Die Organisatoren von Milizen umgehen das Gesetz durch die Bildung von "Miliz-Unterstützungsgruppen".

[3] Interview mit Chip Berlet, 21. Dezember 1994

[4] Diane Brooks, "Threats Replace Debate at Hearing", *Seattle Times*, Snohomish edition, Nov.15, 1994, p.B1; Interview mit Ellen Gray von Paul de Armond, 22. November 1994

[5] Pressemitteilung vom 16. November 1994

[6] Zur Weltanschauung der *Birch Society* vergleiche deren Magazin *"The New American"* sowie James Perloff, *"The Council on Foreign Relations and the American Decline"* (Belmont, Mass.: Western Islands, 1988) und Dan Smoot, *"The Invisible Government"* (Belmont, Mass.: Western Islands, 1965)

[7] Pat Robertson, *"The New World Order"* (Irving, Tex.: New Publishers, 1991)

[8] Berlet Interview, a.a.O.

[9] Berlet führt aus, daß die *John Birch Society* sich von einem Niedrigststand von 10000 Mitgliedern erholt hat und in den letzten Jahren angibt, ihre Mitgliederzahl verdoppelt zu haben. Berlet selbst schätzt, daß die Mitgliederzahl auf etwa 20000 angestiegen ist.

[10] Diese Einschätzung beruht auf Interviews mit Chip Berlet, 6. Februar 1995

[11] Das Verhalten der Exekutivorgane des Bundes verdient Kritik. Weaver und der der Todesschütze Kevin Harris wurden des Mordes angeklagt während der Belagerung. Ein im Dezember 1993 verfaßter Bericht des Justizministeriums ergab, daß FBI-Beamte sowohl polizeiliche Vorschriften als auch Verfassungsgrundsätze verletzten, als sie "Handlungsvorgaben" erließen, die den Beamten erlaubten, jeden bewaffneten Erwachsenen zu erschießen.

[12] vgl. "Under the Law of the Gun", *Taking Aim* (Militia of Montana Newsletter), v.1, n. 7, 1994, pp 1-3

[13] Fred Clarkson, "HardCOR", *Church and State*, Jan. 1991, p. 26

[14] Anti-Defgamation League, *Armed and Dangerous: Militias Take Aim at the Federal Government*, 1994, p. 20

[15] Joh Goetz, "Missionaries´Leader Calls for Armed Militia", *Front Line Research*, Aug. 1994, pp.1, 3-4; Beth Hawkins, "Patriot Games", *Metro Times* (Detroit), Oct. 12-18, 1994, p. 12-16

[16] Adam Parfrey und Jim Redden, "Patriot Games", *Village Voice*, Oct. 11,1994, pp. 26-31

[17] zit. nach Anti-Defamation League, a.a.O., p. 12

[18] Charles Jeffrey Kraft, "A Preliminary Socio-Economic and State Demographic Profile of the John Birch Society", Political Research Associates, 1991

[19] Leonard Zeskind, "The ‚Christian Identity' Movement", National Council of Churches, 1986

[20] 1984 wurde Butlers Vision kurzzeitig Realität, als unter Führung von Robert Jay Matthews die *Aryan Nations* einen Stützpunkt errichten konnten. The Order begingen eine Reihe von Verbrechen, darunter Banküberfälle, Bombenanschläge und den Mord an dem Radiomoderator Alan Berg in Denver. Matthews selbst starb bei einer Schießerei mit der Polizei im Dezember 1984 auf Whidbey Island in der Nähe von Seattle. Vgl. Robert Crawford, S.L. Gardiner, Jonathan Mozzochi und R.L. Taylor, *The Northwest Imperative* (Portland, Ore.: Coalition for Human Dignity, 1994), p.1.16

[21] Robert Crawford, S.L. Gardiner, Jonathan Mozzochi, "Patriot Games", Coalition for Human Dignity Special Report, 1994

[22] Crawford et.al., *Northwest Imperative*, a.a.O., p.2.25; Gritz dementiert trotzdem, zu den Vertretern der "weißen Vorherrschaft" zu gehören (Telephoninterview von David Neiwert, 10 Nov. , 1994)

[23] Crawford et. al., *Northwest Imperative*, p. 1.32

[24] Montana Human Rights Network, a.a.O., p. 7

[25] Philip Weiss, "Off the Grid", *New York Times Magazine*, January 8, 1995, pp. 24-33

[26] Weiss, a.a.O.; Crawford et. al., *Northwest Imperative*, a.a.O., p. 2.27

[27] Telefoninterview von David Neiwert, a.a.O.

[28] Trochmann weist die Bezeichnung "white supremacist" zurück. 1990 war er jedoch Sprecher bei einem Kongreß der *Aryan Nations* und ist seitdem zu mindestens fünf Treffen der "white supremacists" gereist. Interview von David Neiwert vom 15.11.1994

[29] ebd.

[30] Militia of Montana Information Video and Intel Update; undatiertes Videoband

[31] Interview mit dem Präsidenten Ken Toole; Montana Human Rights Network, 9. Januar 1995; Anti-Defamation League, *"Armed and Dangerous: Militias Take Aim at the Federal Government"*, 1994, pp. 7-9

[32] Militia of Montana, "Militia Support Group", ohne Datum

[33] Budd arbeitete früher für James Watt im Innenministerium sowie für dessen früheren Arbeitgeber, die von Konzernen finanzierte Anti-Umweltschutz *Mountain States Legal Foundation*. Barry Sims, "Private rights in public lands?", *The Workbook* (Albuquerque), Summer 1993, p. 55

[34] Charles McCoy, "Catron County, N.M. Leads a Nasty Revolt Over Eco-Protection", *Wall Street Journal*, Jan. 3, 1995; Scott Reed, "The County Supremacy Myth: Mendacious Myth Marketing", *Idaho Law Review*, v. 30, 1994, pp. 526-53; Interview mit Tarso Ramos, Western States Center, 21. Dezember 1994

[35] Die "Wise use"-Bewegung macht sich seit kurzem als einflußreiche politische Kraft im Westen bemerkbar. Sie ist im wesentlichen eine Erfindung von Ron Arnold, der seit Mitte der 70er Jahre den Holz-, Bergbau- und Agrarkonzernen bei der Bekämpfung der Umweltschutzbewegung geholfen hat. Seit 1985 stand Arnold dem von Unternehmen finanzierten *Center for the Defense of Free Enterprise* (CDFE) vor, das von Alan Gottlieb kontrolliert wird, einem Vertreter der Neuen Rechten, der zur Opposition gegen die Waffenkontrollgesetze zählt. Vgl. Alan Gottlieb, Hrsg.: *The Wise Use Agenda* (Bellevue, Wash.: Free Enterprise Press, 1989). Die *National Federal Lands Conference* unterstützte die erste „Wise use"-Konferenz. Vgl. National Federal Lands Conference Broschüre 1994

[36] McCoy, a.a.O.

[37] Ebd.

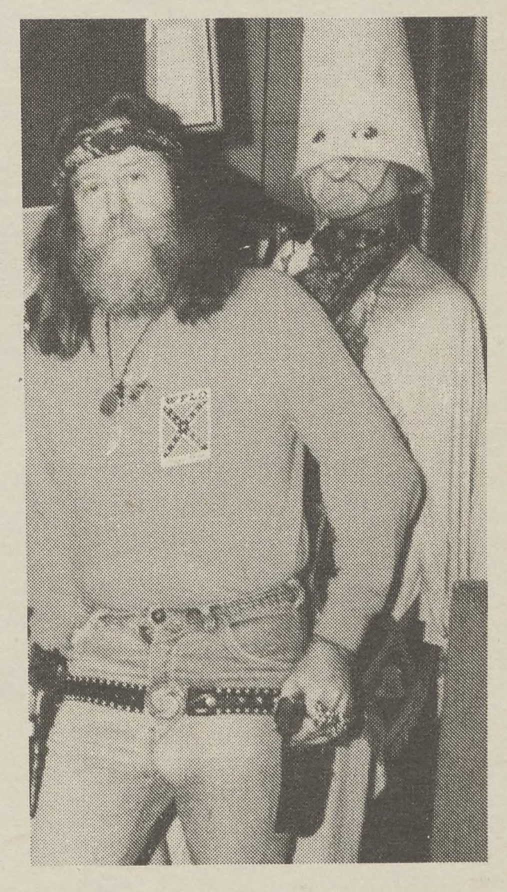
[38] David Helvarg, *The War Against The Greens* (San Francisco: Sierra Club Boks, 1994), p. 326

[39] Interview 9. Januar 1995

[40] McCoy, a.a.O.

[41] Tony Davis, "Militia Members scatter as FBI, Guard turn up in Catron", *Albuquerque Tribune*, Sept. 14, 1994

[42] Jim Faulkner, "Why There is a Need for the Militia in America", *Update*, National Federal Lands Conference, October 1994



Waffenfanatiker mit Sympathien für den Ku Klux Klan

Der 8.Mai 1945

Was am 8. Mai 1945 geschah, um welche Streitpunkte es geht und warum das ganze Spektakel hierzulande nur ein Ziel verfolgt: der ganzen Welt zu zeigen, daß Deutschland und die Deutschen sich ganz prächtig von ihrer einstigen Schmach erholt haben.

" Dieses Volk und seine Armee haben in diesem Krieg mehr geleistet und mehr gelitten als wahrscheinlich jedes andere Volk auf der Welt . In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf den Großmut des Siegers zu hoffen." Ausspruch des General Alfred Jodl, Bevollmächtigter der Regierung Dönitz, nach Unterzeichnung der Kapitulationsurkunden zu dem Oberbefehlshaber der Allierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower. Am 7. Mai, frühmorgens um 2 Uhr 41, war der Krieg in Europa zu Ende. Buchstäblich bis zur letzten Minute hatten sich die deutschen Unterhändler gegen eine 'unannehmbare Gesamtkapitulation' gesträubt, offenbar in dem Glauben, sie könnten wie 1918 das Schlimmste von Reich und Armee abwenden. Die seit dem 1. Mai 45 von Hitler in seinem Testament bestimmte neue Reichsregierung unter Admiral Dönitz hatte in den letzten Kriegstagen keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, den Amerikanern und Engländern immer neue Teilkapitulationen anzubieten. So als hätte sich in den vergangenen zwölf Jahren nichts besonderes zugetragen, führte der von Dönitz als neuer Außenminister eingesetzte Graf Schwerin-Krosigk das Wort wie jemand, der gerade aus einem bösen Traum erwacht ist. Die westlichen Alliierten, so sein mahnender Rat, müßten erkennen, daß Deutschland jetzt endlich wieder zu sich selbst gekommen sei und sollten vor allem den „heiligen Wunsch der deutschen Nation" respektieren, zur „europäischen Völkerfamilie" und zur „Welt der christlichen Zivilisation im Westen" zu gehören. Sobald sie im „Geist der Versöhnung auftraten", würden auch „die besten Kräfte Deutschlands", die der Welt dauernde große Werte geschaffen haben, wiedererwachen. Seinen Landsleuten riet er zu Würde und Selbstvertrauen , eingedenk der „Ehre" , die unsere Nation im heldenhaften Kampfe eingelegt hat. Die Verantwortung für die nun kommende Zeit, so Schwerin-Krosigk, trügen die Alliierten ganz alleine. Wir haben Ehre eingelegt, uns nicht mehr oder Schlimmeres als andere zuschulden kommen lassen, kämpfen im Westen eigentlich wider Willen, aber im Osten für eine gerechte Sache - das ist der Stoff der letzten Tage des Dritten Reichs, und Dönitz hegte und pflegte ihn nach Kräften. Ständig erneuerte er die Angebote zur Teilkapitulation im Westen, beschuldigte Churchill und Truman, einer Ausbreitung des Bolschewismus in Europa Vorschub zu leisten und den Dolch in den Rücken der abendländischen Kultur zu stoßen . Bekanntlich wurde der Lauf der Dinge davon nicht beeinflußt. Eisenhower drohte mit einer Wiederaufnahme des Luftkrieges und ebnete mit seinem Ultimatum den Weg zur bedingungslosen Kapitulation in Reims. Und die Sowjets wiederholten die Zeremonie anderntags, am 8. Mai, in Karlshorst, auf daß niemand dereinst behaupten könne, man hätte vor der Roten Armee gar nicht die Waffen gestreckt. Doch das Bild vom „geteilten Frieden" hatte sich längst in den Köpfen festgesetzt - unumgänglich im Westen, widersinnig aber und vor allen Dingen „ungerecht" im Osten.

Mit der Wahrheit Lügen.

Dregger , Zittelmann , der 8. Mai und die Deutschen. Der Streit um die Bedeutung des 8. Mai für Deutschland wurde eröffnet mit der Veröffentlichung eines Aufrufs, der initiiert vom Salonfaschisten und WELT - Redakteur Rainer Zitelmann, vor einiger Zeit in der FAZ erschien und von Politikern und Personen aus dem öffentlichen Leben unterzeichnet war, quer durch alle Parteien. Unter der Überschrift „Gegen das Vergessen" -übrigens ein Name, den eine Gruppe von Menschen sich gaben, die zur Erhaltung und Finanzierung der Mahn- und Gedenkstätte in Auschwitz in der vergangenen Zeit viel Arbeit geleistet haben- wird dort daran erinnert, „ daß der 8. Mai nicht alleine ein Tag der Befreiung sei, sondern ...auch der Beginn von Vertreibung und Terror gegen große Teile der deutschen Bevölkerung". Alexander von Stahl, Ex-Bundesanwalt, wie Zitelmann FDP-Mitglied und Unterzeichner des Aufrufs, schreibt: `Für diejenigen, die die Mordmaschinerie der Konzentrationslager überlebten, für diejenigen, denen sich die Tore der Zuchthäuser öffneten, für die Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern war die deutsche Niederlage der Tag ihrer Befreiung - für die Mehrzahl der Deutschen nicht. Die Alliierten wollten Deutschland nicht befreien, sondern besiegen. In den Augen der Deutschen waren sie nicht die Befreier sondern die Besatzer." Nun, jedes einzelne Wort davon ist wahr, es kommt nur darauf an, ob man den Alliierten dafür dankbar ist, oder, wie von Stahl, darunter leidet. Ansonsten spricht hier jemand in seltener Klarheit aus, was seit etlicher Zeit niemand wahrhaben will, daß nämlich die Truppen, die sich unter großen Opfern bis nach Deutschland durchschlugen, dies nicht etwa taten, um „die Deutschen" von etwas zu befreien (wie es die Repräsentanten der Regierung immer so schön nennen, befreien von dem verbrecherischen Regime, das im deutschen Namen viel Unrecht über die Welt brachte und, natürlich, über die Deutschen), sondern um die tödliche Politik zu beenden, die von Deutschland und einer sehr großen Zahl der Deutschen gegen sie betrieben worden war. Und, was die Bundesrepublik betrifft, so sind die Amerikaner, Engländer und Franzosen nicht etwa danach hiergeblieben, um den demokratischen Rechtsstaat zu beschützen, dafür haben sie noch nie und nirgends eine Kugel vergeudet, sondern erstens um von hier aus den Sozialismus zu bekämpfen und zweitens um „Die Deutschen" unter Kontrolle zu behalten. Das Anliegen von Zitelmann, Dregger, von Stahl und Konsorten indes ist es nun keineswegs, den geschichtlichen Fakten Rechnung zu tragen, sondern an genau das Bild der letzten Kriegstage anzuknüpfen, in dem die Wehrmacht durch das „zähe Ringen im Osten tausenden von Deutschen die grausame Rache der sowjetischen Soldateska erspart hat"(Dregger). Diese Zeichnung der Wehrmacht als Flüchtlingshilfswerk, als Humanitärer Rettungsdienst quasi, unterschlägt freilich den eigentlichen Sinn des verbissenen Kampfes im Osten. Bis zuletzt hat man in Flensburg, dem Sitz der neuen Reichsregierung, gehofft mit den West- mächten einen Separatfrieden schließen zu können und sich die Widersprüche zwischen ihnen und den Sowjets zunutze zu machen. Der Ton in dem Appell ist denn auch geprägt vom beleidigten Ton gegenüber den Westmächten und Anklagen gegenüber den Sowjets. Jetzt endlich soll den Deutschen dafür, daß sie all die Jahre verläßliche Partner im Kalten

Krieg gewesen waren, Anerkennung gezollt werden und, Hand auf´s Herz, doch mal ganz pragmatisch überlegt werden, ob es nicht doch ein Fehler war, auf der bedingungslosen Kapitulation zu bestehen, und -nur einmal angenommen, man käme zu diesem Ergebnis- dann wären die Siegermächte mitschuldig am „Vertreibungsterror".

Und genau diese Diskussion hat der Aufruf auch ausgelöst.

Das „andere", das „bessere Deutschland"

Auf der anderen Seite, mit leichten Nuancierungen versehen, reagierte man mit der in solcherlei Diskussionen eingeübten Rücksicht auf die verschiedenen Interpretationen mit dem Tonfall eines um die Sorgen, Ängste und Nöte besorgten kollektiven Seelsorgers.Natürlich, so die windelweiche Entgegnung von Rita Süßmuth, ist den „deutschen Bewohnern der ehemaligen Ostgebiete schreckliches Unrecht wiederfahren, viele die unschuldig waren, wurden zu Schuldigen gestempelt und von einer im Rausch des Sieges agierenden militärischen Rachemaschinerie den entsetzlichsten Qualen unterworfen..." , freilich dürfe darüber nicht vergessen werden, „ ...welches entsetzliche Elend seit Beginn der Naziherrschaft im deutschen Namen über die Welt hereinbrach ..." Auf die Gefahr hin mich zu wiederholen, ist erstens der Deutsche Name keineswegs bei irgendwem in irgendeiner Weise beschuldigt worden, irgendetwas über die Welt gebracht zu haben, sondern ganz konkret Deutschland, die „Deutsche Nation", die „ Deutsche Volksgemeinschaft", die Einwohner eines Landes also, die in diesen Jahren dem Rest der Welt ihre „Wesensüberlegenheit" notfalls bis zur letzten Patrone beweisen wollten. Und es ist zweitens eine sonderbare Ermahnung, die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten nicht dem Vergessen anheimzugeben, ist doch die Präsenz der Vertriebenenverbände in nahezu jeder Stadt gegeben, ist doch im Deutschen Bundestag seit jeher nicht nur ein Vertreter der Vertriebenenverbände zugegen, ist seit jeher auf den folkloristisch / revanchistischen Vertriebenenfesten unter dem Motto 'Schlesien bleibt unser' immer ein hochrangiger Vertreter der Bundesregierung zugegen, sind ganze Stadtteile mit Straßennamen versehen, die an die ehemaligen Gebiete erinnern und die Stadt Breslau, die es nicht mehr gibt, dürfte mehr Menschen heute bekannt sein, als die Stadt Wroclaw, die es gibt. Darüber hinaus ist niemals von irgendjemanden behauptet worden, die Vertreibung sei durch höfliche Aufforderung zum Überwechseln auf Gebiete jenseits der nach 1945 neu definierten Oder/Neiße Linie vonstatten gegangen. Nein, um diesen Streit geht es gar nicht. Die Empfehlung, den 8. Mai in Deutschland als Tag der Befreiung zu begehen, hat vielmehr einen anderen Hintergrund, der sich schon kurz nach dem Ende des Dritten Reiches in der Formulierung „Stunde Null" herausbildete. In einem offenen Brief, der am 11. Juni 1945 in verschiedenen Zeitungen der Besatzungszo-



Befreier (!) und Befreite (?) - von den amerikanischen Streitkräften angeordnete „Besichtigung" des Konzentrationslagers Buchenwald

nen veröffentlicht wurde, hatte der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen und Mitglied des Alliierten Kontrollrates in Berlin, Feldmarschall Montgomery, an das „Deutsche Volk" geschrieben: „ ...Ihr denkt, daß nicht Ihr, sondern Eure Führer verantwortlich sind. Aber diese Führer sind aus dem deutschen Volke gewachsen. Die Nation ist verantwortlich für ihre Führer. Solange sie erfolgreich waren, habt Ihr frohlockt, gefeiert und gelacht. Dieses Mal sind die Alliierten entschlossen, daß Ihr Eure Lektion lernen sollt ."

Anlaß dieses Briefes waren Stimmungsberichte aus den verschiedenen Gebieten des besetzten Deutschlands, in denen von „ ...zunehmenden Unwillen der Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen der Armee zur Aufklärung über die, von den Nationalsozialisten verübten Taten an Kriegsgefangenen, Juden und Oppositionellen..." berichtet wurden, sowie zunehmende Proteste gegenüber Anordnungen der jeweiligen Ortskommandanten.

Doch die Vertreter des „anderen Deutschlands", die linken, liberalen, christlichen Politiker, die daran gingen, Parteien neu zu gründen, die Gewerkschaften neu zu gründen und die Schriftsteller, die sich nach Jahren wieder zu Wort meldeten, hatten anderes im Kopf. Der Mann, der im Reichstag in den letzten Monaten der Weimarer Republik so entschieden gegen die Nationalsozialisten kämpfte, den diese 1933 sogleich inhaftiert hatten, und der bis 1945 fast ununterbrochen in verschiedenen KZ´s gefangen war und sich gleich nach seiner Befreiung dem Wiederaufbau der SPD widmete, Kurt Schumacher, sprach auf einer Kundgebung in Berlin Ende 1945 das von nun an geltende Gesetz des Nachkriegsdeutschlands aus: „Hitler ist für die Deutschen völlig bedeutungslos und unwirklich geworden, im Orkus der Geschichte verschwunden...". Dieser Satz, gemünzt auf diejenigen, die den Krieg überlebt hatten und nun beim Aufbau einer neuen Republik gebraucht wurden, mag stellvertretend für die damalige Stimmungslage sein, in der einerseits die Ergebnisse der vergangenen zwölf Jahre unbarmherzig zutage traten und andererseits eine adäquate Konsequenz daraus jenseits des Vorstellungsvermögens lag . Es galt, die Deutschen mit einem neuen Selbstbewußtsein auszustatten, einem Selbstbild, das fast einer Beschwörung gleichkam. Ein anderer Deutscher, Thomas Mann, seit 1933 im Exil, hatte über dieses Selbstbild des „anderen Deutschland" im selben Jahr geschrieben:"...Ihr solltet nicht der Vorstellung von zwei Deutschländern nachhängen, einem guten und einem Bösen. Es gibt nur ein Deutschland, dessen Bestes durch teuflische Schliche ins Böse gewendet wurde. Das böse Deutschland, das ist das fehlgegangene Gute, das Gute im Unglück, in Schuld und Untergang. Es ist unmöglich, von den vergewaltigten Völkern Europas und in aller Welt zu verlangen, daß sie klar und deutlich zwischen „Nazitum" und dem deutschen Volk unterscheiden. Wenn es so etwas wie ein Volk gibt, dann gibt es auch so etwas wie Verantwortung - ganz unabhängig von dem sehr diffizilen Problem der Schuld. Die deutsche Nation als solche stand hinter dem Regime und kämpfte dessen Schlachten." Doch diese Warnungen gegen die Verheißungen der vermeintlichen „Stunde Null" blieben rar, und, wie bekannt, unbeachtet. Der kurze Zeit später offen zutage tretende Bruch der Anti-Hitler Koalition und der heraufziehende „Kalte Krieg" taten dann das übrige zur Bildung der Legende vom „Anderen Deutschland", in dessen ersten Bundestag die NSDAP immer noch die größte Fraktion gewesen wäre, hätten die Alliierten diese Partei nicht verboten und sich die ehemaligen Pg's sich nicht auf andere Parteien verteilen müssen. Dieselben, die damals die Vernichtung der Juden organisierten, planten und durchführten, durften im Bundestag über die „Wiedergutmachung" bescheiden und diplomatische Beziehungen mit den Ländern aufnehmen, die sie einige Jahre zuvor überfallen und besetzt hatten. Heute ist es nicht mehr nur eine Tatsache, daß Deutschland den zweiten Weltkrieg doch noch gewonnen hat, sondern auch, daß etliche Reminiszenzen aus der vorübergehenden Niederlage aufgekündigt werden sollen. Einzig über den Weg, der dabei zu gehen ist, wird gestritten. Während die einen auf eben dieses Selbstbewußtsein des „anderen Deutschlands" setzen, das am 8. Mai befreit wurde, nehmen die anderen ganz unverhohlen alte Traditionen wieder auf und versuchen das nun Mögliche: die Entnazifizierung des Dritten Reichs. Die Reaktionen auf diesen Aufruf lassen Erinnerungen an einen anderen Streit aufkommen, in dem einer der Mitunterzeichner damals die Frage stellte, ob „...die Nationalsozialisten [und] Hitler eine „asiatische" Tat vielleicht nur deshalb [vollbrachten], weil sie sich und Ihresgleichen als potentielle Opfer oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten? War nicht der „Archipel Gulag" ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der „Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des „Rassenmords" der Nationalsozialisten? Heute wird diese Frage vom Fragesteller in etwa so beantwortet, daß man Nationalsozialismus und Kommunismus nicht miteinander vergleichen könne, denn so billig dürfe man die Kommunisten nicht davonkommen lassen.

Seine ehemaligen Gegner aber scheinen der folgenden Frage hinterherzudenken: Vollbrachten die Konservativen, vollbrachten Nolte, Zittelmann, Apel, Dregger, das Ehepaar Ute und Erwin Scheuch eine rechte Desinformationstat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als Opfer eines „rechtsextremen" und nationalwahnsinnigen Angriffskrieges und dessen Folgen in Form einer schmachvollen und so nicht gewünschten Reichsniederlage betrachten?

War nicht der „Anschluß" Österreichs 1938, die „Besetzung" des Sudetenlandes 1938 und Prags 1939 sowie der „Einmarsch" deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 viel ursprünglicher als die totale Kapitulation NS-Deutschlands am 7./9. Mai 1945, als sich Deutschland zuletzt mit 67 Staaten der Welt im Krieg befand?

Auf die Antworten braucht man nicht mehr gespannt zu sein. Denn allemal hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß doch alle irgendwie Opfer sind. Die Weimarer Republik mit ihrer Unfähigkeit den Deutschen ausreichend Arbeit zu verschaffen, die Nationalsozialisten, die den deutschen Namen mißbrauchten, die Siegermächte, die die Deutschen böse und ungerecht behandelten und einen großen Teil der Deutschen erst nach über 40 Jahren in die Freiheit entließen.

Wer will da noch kleinlich sein? Auschwitz? Geschenkt! Hat man doch gerade aus berufenen Munde erfahren, was die kommunistische SED mit Hilfe ihrer Staatssicherheit an den Deutschen verbrach. Ein „Auschwitz in den Seelen" erblicke man bei einem Blick in die Akten der Stasi, und, diese Erkenntnis ist schon etwas älter, die DDR [war] ein einziges riesiges KZ. Während andere Nationen den Tag feiern, an dem vor fünfzig Jahren eine schreckliche Bedrohung für sie zuende war, veranstaltet man in dem Land, das Hauptsitz der Bedrohung war, eine bunte Revue aus Selbstmitleid, Rührseligkeit und totaler Amnesie unter dem Motto „Die Freiheit hat Geburtstag". Welche Freiheit da Geburtstag hat, etwa die, gemeinsam mit den ehemaligen Opfern und Gegnern zusammen zu feiern, oder aber nun endlich die Schuldigen für die an Deutschen begangenen Verbrechen zu benennen, darüber mögen die einen noch streiten. Auf der Straße ist die Antwort bereits gegeben worden, als in den frühen Morgenstunden des 8. Mai 1995 in Lübeck ein Brandanschlag auf die Synagoge bereits zum drittenmal glückte. Die Glückwünsche dazu stehen noch aus.

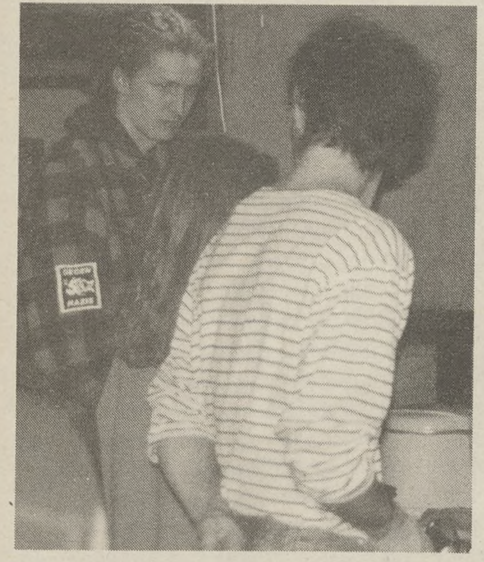
SoL

da war ja noch die Atze-Party !

Party-business as usual?

Diesmal waren zur Atze-Party erstaunlich viele Menschen erschienen, die mensch sonst nicht auf Hansastraßenpartys sieht, was sehr erfreulich war. Ob es Unterstützungswillen gegenüber der Atze war, oder einfach die Lust auf eine Party ist letztlich nicht so wichtig, solange der Eintritt, der ja einen Solidaritätsobulus beinhaltete, gezahlt wurde. Leider verstanden nicht alle Gäste den Sinn eines solchen Beitrags. Wir müssen wohl nächstes Mal deutlicher herausstellen, daß wir das Geld einfach brauchen, um damit die Atze weiterhin herausbringen zu können.





Selbstverständlich fanden sich auch die Personen ein, die praktisch bei jeder Party am Start sind und die gemeinhin zu dem gerechnet werden, was mensch Szene nennt. Es wurde wie immer viel gequasselt, gegessen, getrunken, und es wäre fast eine Party der üblichen Strickart geworden..., wenn da nicht die hervorragende, auf jeden Fall weiterzuempfehlende, ultragut abtanzbare Musik von der Band „A SMOKING SHITHOUSE" gewesen wäre. Dies war ein echter Glücksgriff. Es war ein richtig gutes Konzert und das schönste war, nach der anderen Band „ANORAK" , die auch gut war, ging es mit der Disco weiter!

Keine Stimmungszäsur, wie oft auf Hansastraßenpartys, durch Kabarettvorstellungen.



Das Bremer DJ-Kollektiv „Sound Squad", das für die Musik verantwortlich zeichnete, war zwar stilistisch einseitig, es wurde aber trotzdem getanzt „bis der Arzt kam".

So gegen 5 Uhr war dann Feierabend.

Fazit: Es bleibt zu hoffen, daß bei der nächsten Party wieder viele neue Gesichter zu sehen sind und das es mit der Musik wieder so gut klappt. Uns hat es jedenfalls Spaß gemacht und die Atze ist jetzt etwas weniger pleite.

Vielen Dank an die freundlichen Menschen, die das Essen gemacht haben, an das Kneipenkollektiv und an die Frau, die den technischen Krams (Licht,Strom,Verstärker,...) für uns organisiert hat.

S.Th.

Bücher Bücher Bücher

Aus Auschwitz doch gelernt...

Über John Sack: Auge um Auge Kabel-Verlag

Jahrestage haben etwas feierliches, man schwelgt in Erinnerungen, erzählt Anekdoten und redet gemeinsam über vergangene Zeiten. Handelt es sich um den 30. Geburtstag eines guten Freundes, spricht man von den wilden Zeiten, als alles noch ganz anders war und lacht über Streiche, die man dereinst ausgeheckt hat. Begeht jemand sein 50. Dienstjubiläum, gibt's vom Chef eine Uhr und von den Kollegen einen Strauß Schnittblumen. Handelt es sich um ein Geschichtliches Datum, wird je nach Ereignis tüchtig gefeiert oder heftig gedacht.

Das Jahr 1995 hat dazu viel Anlaß geboten: Sei es der 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, der 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, der 100. Geburtstag Ernst Jüngers oder der 50. Jahrestag der Befreiung der Welt vom deutschen Faschismus. Bücher werden auf den Markt geworfen, gute und nicht so gute, denn das Geschäft mit sachbezogenen Themen ist meist von kurzer Dauer. Über die Frage, wie denn nun richtig gedacht werden solle, gibt es viele Auffassungen und so ist kein Mangel für Talkshow, Feuilleton und Buchmarkt.

Ausgewogenheit wird großgeschrieben. Da fünfzig Jahre eine lange Zeit sind, kann man unverkrampft jedes Thema anpacken und offen sprechen, auch und gerade über den Holocaust. Hatte man sich anläßlich früherer Gedenktage zu diesem Thema mit den Fragen herumgeschlagen, warum denn die Juden aus Auschwitz nichts gelernt haben (Israel/Palästina), warum sie sich nicht gewehrt haben (*„ Man stelle sich vor, die Kolonnen der Hunderten und Tausenden auf dem Weg zu den Güterbahnhöfen hätten sich schlicht hingesetzt - hätten Polizei, SA, Wehrmacht und SS es gewagt, im Angesicht aller deutschen Zuschauer diese Menschen zusammenzuschlagen und sie Körper für Körper widerstandslos und doch mächtig, auf Lastwagen zu verfrachten?"* phantasierte der Politikwissenschaftler Ernst Thugenthat in der Taz zu einer Zeit, in der der irakische Präsident Hussein dem Staat Israel mit Vernichtung durch Giftgas drohte, um den Widerstand in Deutschland gegen den Krieg mit dem Irak zu mobilisieren.) und mit Klezmermusik und Christlich-Jüdischen Dialogen die Versöhnung suchte, sollte diesmal auch unbequemes diskutiert werden: *Die nichterzählte Geschichte jüdischer Rache an Deutschen im Jahr 1945*, so die Ankündigung im Verlagsprospekt des Piper-Verlages, in dem diese Neuauflage der „Protokolle der Weisen von Zion" ursprünglich erscheinen sollte. Nachdem die FR am 26.Januar 95 eine Buchkritik veröffentlichte (*„Antisemitische Rohkost"* von Eike Geisel) zog der Verlag am 9.Februar, eine Woche vor der Auslieferung an die Buchhandlungen, sein Vorhaben zurück und ließ die bereits gedruckten Exemplare einstampfen. Hierauf entbrannte in den Feuilletons von Taz, FAZ, Tagesspiegel, Zeit und Spiegel ein Wehklagen, das sich zwischen *„ Man kann hierzulande einfach bestimmte Dinge nicht, oder wenn, dann nur unter permanenter Hinzufügung, daß das alles nur eine Folge des von den deutschen natürlich begonnenen Weltkrieges, von Auschwitz und den deutschen Verbrechen sei"* (Taz) und *„ Man muß alles sagen, alles, damit nicht andere sich ihre eigenen Legenden bilden. Den industriellen Völkermord haben die Juden weder erfunden noch betrieben. Aber wären sie dazu in der Lage? Eine widerliche Frage; die hypothetische Antwort muß lauten: Ja."* (Tagesspiegel)

Dieser Not machte der Kabel-Verlag (Motto: Lebenshilfe zum Verschenken) Anfang März ein Ende, unter der Überschrift: *„Das heftig umstrittene Buch"* teilte es in Großformatigen Anzeigen mit *„Jetzt können Sie sich ihre Meinung selbst bilden !"*

> *Um fünf Uhr morgens am Freitag, dem 12.Januar 1945, wurde die Stille am polnischen Fluß Wisla, der Weichsel, von Tausenden Kommandos durchbrochen: „ Feuer!" Tausende russischer Offiziere riefen „Ogon!". Der Wind trug ihre Worte ans Ohr der russischen Artilleristen. Binnen Sekunden schien die Erde zu bersten: zwanzigtausend Kanonen-, Raketen- und Mörsergeschosse explodierten über den schlafenden Soldaten von Hitlers Armee. „ Richten ! Laden ! Feuer !", der Donner zwanzigtausend weiterer Geschosse," Feuer!", „ Feuer!", „ Feuer!", hunderttausend waren es jetzt. Granaten prasselten auf die Deutschen nieder, eine Stunde und fünfundvierzig Minuten lang. Als der Lärm verstummte, waren die Deutschen, die überlebt hatten, wie zerschmettert, Blut rann ihnen aus den Ohren, den Nasen, den offenen Mündern, während Rußlands drei Millionen Soldaten über sie hinwegrollten. Auf die russischen Panzer waren die Worte gemalt: NA BERLIN ! Nach Berlin !*
>
> *Sechs Tage später standen die Russen hundertfünfzig Kilometer weiter westlich. Jetzt erschütterten ihre Granaten die Fenster am Haus der Waffen-SS in der Stadt Oswiecim, Auschwitz. Darin hielten sich die Männer undFrauenvon Hitlers Privatarmee auf, der SS, die sich jahrelang an Schweinefleisch, Hecht, Ente, Hasenbraten und Rotkohl hatten sattessen und ihre Prassereien mit bulgarischem Wein und jugoslawischem Schnaps hatten hinunterspülen können. Nach solchen Gelagen zogen die SS-Männer den Frauen die Stühle unter dem Hintern weg, die Frauen plumpsten auf den Boden, schreiend, die Männer spien auf die Perserteppiche und wetteten, wer der nächste sein würde, der sich übergab, und die dicken, rotgesichtigen Frauen grölten zusammen mit den Männern. Als aber die Russen näherrückten, hatte die SS das Haus unter Wehklagen und verstärktem Zuspruch zur Schnapsflasche bereits verlassen: „Alles ist aus!"*

Bücher Bücher Bücher

Mit dieser atmosphärisch dichten Landserromanik beginnt Sack seine Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten, in der man ganz nebenbei erfährt, was die SS in Auschwitz so getrieben hat, nämlich gefressen, gesoffen und gefeiert. Doch ist das lustige Landserleben nicht Thema des Buches und er fährt fort:

An diesem Abend, dem 18.Januar, versetzten die russischen Kanonen die SS in Panik. Gott im Himmel! welche Milde konnte ein SS-Mann oder, schlimmer noch, eine nach Nuit de Paris duftende KZ-Aufseherin von der russischen Infanterie erwarten? Nicht weniger furchterregend war der Befehl Himmlers, des SS-Führers in Berlin, nach Groß-Rosen zu fliehen, dreihundert Kilometer westlich in Deutschland gelegen, und die 64 438 Mörder, Diebe und Juden mitzunehmen, die jahrelang Zwangsarbeit in Auschwitz geleistet hatten.

Womit Sack bei seinem Thema ist, nämlich zu erzählen was dem SS-Mann und der Aufseherin von den Mördern und Juden, Dieben und Juden oder einfach nur Juden widerfahren ist:

Ein Jude peitschte einen Deutschen aus...Wie der Jude so raste, schob sich sein Unterkiefer vor wie eine Baggerschaufel, und auf seinen Zähnen glänzte der Speichel...“ Du verdammter Hurensohn!“ schrie der Jude, als seine sechs Fuß lange Peitsche - wumm! - auf den nackten Rücken des Deutschen niedersauste.

Hätte Eichmann schon früher davon gewußt, währe dieser Rechtsbegriff damals schon gefunden worden, er hätte sich sämtliche Rechtfertigungen sparen können und sich schlicht auf putative Notwehr berufen können, denn

In Polen und in den von Polen nach Kriegsende annektierten deutschen Gebieten wurden vom jüdisch dominierten Sicherheitsdienst der polnischen Kommunisten 1225 Konzentrationslager für Deutsche eingerichtet. 200.000 waren in diesen Lagern eingesperrt. 60.000 bis 80.000 Deutsche, mehr Zivilpersonen als in Dresden sind dort 1945 verhungert, an Typhus gestorben oder Opfer von Folter und willkürlichen Totschlag geworden, zu 99 Prozent unschuldige Zivilisten

Nur, falsch verstehen soll man ihn nicht, den John Sack. „Wie kann man verniedlichen, wenn sechs Millionen Juden vernichtet wurden !“ stellt er präventiv im Vorwort fest, um möglichen Verdächtigungen, er würde den Holocaust relativieren, entgegenzutreten. Dies tut Sack, *der auf der Todesliste einer Neonazigruppe in Los Angeles steht,alleine über Auschwitz 30 Bücher gelesen hat und selber Jude ist*, bestimmt nicht. Hat er doch *„Auf Seite 249 ganz deutlich geschrieben, das damit der Holocaust nicht entschuldbar ist."* wie er im Nachwort seines Buches schreibt und was auch kein einziger Rezensent zu erwähnen vergaß. Darum geht es auch nicht, das schöne an diesem Buch ist es, daß es dem Bedürfnis begegnet, *dem verschwiegenen Leiden der deutschen Bevölkerung im Osten eine Stimme zu geben*, wie der Herausgeber in seinem Vorwort schreibt. Daß dieser Herausgeber in einem stinknormalem Verlag tätig ist und das Buch mit großem Aufwand als wichtiges Werk der Zeitgeschichte ankündigt ist, obschon außer den hinlänglich bemühten Floskeln vom bösen Polen und dem rachsüchtigen Juden nichts in diesem Werk enthalten ist, beweist, daß John Sack recht hat, wenn er sagt: *„Die Deutschen sind reif für dieses Buch."*

The 43 Group

Morris Beckmann: The 43 Group Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950 Harald Kater Verlag, 1995, 206 Seiten, 25 DM

„Der zweite Punkt ist der Mythos, daß die 43 Group der Meinung war, daß sie und nur sie allein die Faschisten angegriffen und besiegt habe. Das haben wir nie gesagt und nie gedacht. Wir wußten sehr wohl die Leistung des JDC, der AJEX und anderer, wie des National Council for Civil Liberties zu schätzen, die alle ihren Teil dazu beitrugen, die Aufmerksamkeit auf die Rückkehr des Faschismus in der Nachkriegszeit zu lenken und ihn zu verurteilen. Aber keine dieser Organisationen konnte Verstöße gegen die Gesetze in Erwägung ziehen oder gutheißen. Die Faschisten mußten aufgehalten werden und es gab nur einen einzigen Weg das zu tun, der zum vollen Erfolg führen konnte. Diesen Weg ging die 43 Group. „

Aus dem Epilog von Morris Beckmann

Beim Lesen des Buches überkam mich immer wieder eine eigentümliche Euphorie. Eine Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten, die den faschistischen Organisationen Englands so lange durch direkte Aktionen zusetzte, bis diese jeden Glanz und jede Anziehungskraft verloren, und schließlich zur Bedeutungslosigkeit verkümmerten. Allerdings stellte ich nicht erst beim Epilog fest, daß dieses Verständnis des Buches wohl mehr meinen eigenen Träumen entsprang. Tatsache ist, daß diejenigen jüdischen Soldatinnen und Soldaten, die sich nach dem Sieg über Nazi-Deutschland in

Bücher Bücher Bücher

ihrer Heimat mit englischen Nazis konfrontiert sahen, die in ihrer antisemitischen Hetze den gerade Besiegten in nichts nachstanden, nicht gerade zimperlich waren, wenn es darum ging faschistische Veranstaltungen aufzulösen. Und doch täte man dem Buch und der 43 Group Unrecht sie lediglich als Kronzeugen der antifaschistischen Aktion zu betrachten.

Die jungen jüdischen Militärangehörigen, die sich im Krieg nicht nur mit dem militärischen Gegner sondern auch mit der viehischen Hinschlachtung der europäischen Juden konfrontiert sahen, kehrten zurück in eine Gesellschaft, die zwar größtenteils anti-deutsch und anti-nazistisch eingestellt war, es jedoch faschistischen Gruppen gestattete, ihre Propaganda zu betreiben. Diese Hetzpropaganda vermischte sich mit brutalen Übergriffen und Attacken gegen jüdische Menschen. Die etablierten Parteien ignorierten die Situation der jüdischen Bevölkerung und der anderen Menschen die durch den Naziterror betroffen waren. Die etablierten jüdischen Institutionen versuchten durch Informationen und politische Arbeit den antisemitischen Angriffen entgegenzutreten. Aber die Übergriffe und Hetzveranstaltungen konnten auf diese Weise nicht verhindert werden. So entschloß sich eine Gruppe von ursprünglich 43 ehemaligen Soldaten, direkten Widerstand zu leisten. Die daraus entwickelte Organisation, mit mehreren hundert Mitgliedern, bestand im wesentlichen aus Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Abstammung.

Daß die Gruppe die im Buch beschriebene Wirksamkeit erreichte, ist sicherlich mehreren Umständen zu verdanken:

Einerseits waren die Mitglieder/innen der „Action Groups" im wesentlichen ehemalige Soldaten, die ein großes Maß an körperlicher Einsatzfreudigkeit, Kampferfahrung und Disziplin mitbrachten. Außerdem arbeiteten diese Gruppen von Anfang an koordiniert und unter größeren Sicherheitsvorkehrungen. Zweitens wurden die Aktionen getragen und unterstützt von einem großen Teil der jüdischen und antifaschistischen Communities. Dies gab der Gruppe großen Rückhalt. Drittens, und dieser Umstand darf aus heutiger Sicht nicht unberücksichtigt bleiben, waren die britischen Faschisten in den vierziger Jahren größtenteils isoliert. Auch wenn sie Tausende von Menschen auf die Straße kriegen konnten, hatten sie doch keine breite gesellschaftliche Unterstützung. So lesen sich die Strafen, die Mitglieder der 43 Group wegen Aktionen erhielten, aus heutiger Sicht relativ gering. Die Sympathien großer Teile der englischen Bevölkerung, bis hin zu Richtern und Teilen der politischen Parteien, gehörten den aktiven Antifaschist/innen, auch wenn sich viele Gruppen aufgrund der „Gewaltfrage" gegen militante Formen des Widerstands wendeten. Dabei darf aber sicherlich auch nicht unbeachtet bleiben, daß die 43 Group einen bestimmten Rahmen ihrer Aktionen nicht verließ. Zumeist war es das Ziel der Aktionen Veranstaltungen der Nazis zu sprengen. Dies Ziel war bereits erreicht, wenn die Polizei aufgrund von verschiedensten Scharmützeln die Veranstaltung auflöste. Außerdem wurde versucht sich gegen Angriffe von Nazis zur Wehr zu setzen. Dabei blieb aber immer eine Verbindung zur legalen Arbeit antifaschistischer Gruppen. Grundlage militanter Aktionen blieben immer die gemeinsamen Forderungen aller Antifaschist/innen. Nur da, wo legale Arbeit an ihre Grenzen stieß, wurde das Feld für militante Aktionen eröffnet. Militanz blieb also ein Werkzeug allgemeiner, breit getragener Politik. Als die faschistischen Gruppen um den Altnaziführer Mosley um 1950 völlig an Bedeutung und Kraft verloren hatten, löste sich die 43 Group folgerichtig auf.

Versorgungslinie

NORD

Die deutsch-dänische Nazi-Connection

Eine Broschüre von Demos (Kopenhagen) und ATZE

Ende 1994 sorgten deutsche Neonazis in Dänemark monatelang für Schlagzeilen. Nach dem Altnazi Thies Christophersen hatte sich unweit der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland auch Führungspersonal der verbotenen *Nationalistischen Front* niedergelassen; ihr Ziel: der Aufbau eines Nazi-Stützpunktes.

In einer umfangreichen Darstellung zeichnet die Broschüre *Versorgungslinie Nord* erstmals Geschichte, Umfang und Charakter der internationalen Zusammenarbeit von Nazis an konkreten Beispielen nach. In einer Vielzahl von Beiträgen werden unter anderem folgende Aspekte behandelt: Geschichte und Aktivitäten der NSDAP/AO, Thies Christophersen und die „Internationale der Auschwitzleugner“, die Kooperation von FAP und NF mit dänischen Nazis, das Nazi-Netzwerk in der Grenzregion Flensburg, ...

Die Broschüre (64 Seiten A4) ist in Kiel u.a. in den Buchläden *Zapata* (Jungfernstieg 27; Medusastraße 16) und *Trau Dich* (Holtenauer Str. 92) sowie (nur gegen Vorkasse: 7,- DM + 2,- DM Porto und Verpackung) direkt bei der ATZE (Schweffelstraße 6, 24118 Kiel) erhältlich.